

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Foto: CCC BY-NC-ND 2.0/Guy Gorek/Gelsenkirchen, GER, 2010, <https://www.flickr.com/photos/derguy/>

KOHLEAUSSTIEG ERST 2038?

INHALT

Ökosozialismus

Kohleausstieg erst 2038? Es kann schneller gehen! Klaus Meier 3

Theorie

Rätedemokratie? Was sonst! Jakob Schäfer 16

Geschichte

Die 133 Tage der ungarischen Räterepublik 1919, Anton Dannat 26

Frankreich

Gelbwesten – eine vorläufige Bilanz, Christine Poupin und Patrick Le Moal 35

Portugal

Frauen in der Nelkenrevolution, Mariana Carneiro 45

Ungarn

Protest gegen das „Sklavengesetz“, Kristof Szombati 49

Dossier Iran

Solidarität mit den Kämpfen im Iran! 53

Venezuela

Weder Guaidó noch Maduro 60

Iran

Gegen den Kopftuchzwang, Leila Rezaie 64

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Matte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis
V.i.S.d.P. Michael Weis

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

KOHLEAUSSTIEG ERST 2038? ES KANN SCHNELLER GEHEN!

Die Bundesregierung gibt vor, dass sie aus der Kohleverbrennung aussteigen will. Am 26. Januar 2019 hat die von ihr eingesetzte Kohlekommission ein Votum zugunsten des Kohleausstiegs abgegeben. Was ist nun daran zu kritisieren?

■ Klaus Meier

1. Der Kohleausstiegsbeschluss und was davon zu halten ist

Zunächst einmal ist genau das herausgekommen, was Angela Merkel und ihr Adlatus Ronald Pofalla erreichen wollten: Die Kohleverstromung soll noch bis 2038 laufen. Dafür hätte es eigentlich keine Kommission gebraucht, denn bereits im September 2018 hatte Ronald Pofalla hinter den Kulissen versucht, einzelnen Mitgliedern der Kohlekommission genau dieses Ausstiegsdatum 2038 einzuflüstern. Es ging vermutlich eher darum, die großen Umweltverbände einzubinden, sodass der offizielle Ausstiegsplan eine Legitimation erhält. Dieses Manöver ist offensichtlich gelungen. Es wird unter diesen Bedingungen nicht einfach sein, die Bewegung für die sofortige Stilllegung der Braunkohle fortzusetzen.

Die Auseinandersetzung um das Ausstiegsdatum scheint vielleicht kleinlich zu wirken. Aber man muss bei

einer Bewertung sehen, dass bisher keine wirklich effektiven Maßnahmen gegen den Treibhausgasausstoß getroffen worden sind. Es gab lediglich den Mitnahmeeffekt durch den Untergang der DDR und die Umstellung ihres auf Braunkohle beruhenden Energiesystems auf den westdeutschen Standard aus Öl, Gas und Steinkohle. Angela Merkel gelang es, sich darin zu sonnen, und sie wurde von der Bildzeitung sogar als Klimakanzlerin gefeiert. In den letzten 15 Jahren ist aber bei der deutschen Treibhausgasbilanz weitgehender Stillstand zu verzeichnen. Mit dem Kohleausstieg 2038 bekommen die Energiekonzerne noch einmal einen Freifahrtschein für 20 weitere Jahre Kohleverbrennung und Klimazerstörung.

Der wesentliche Kritikpunkt an dem sog. Kohleausstiegsbeschluss ist darin zu sehen, dass das Pariser Klimaschutzabkommen und eine Begrenzung der globalen Temperaturerhöhung auf 1,5° oder 2 °C mit solchen

Beschlüssen kaum noch möglich ist. Dies umso mehr, als die Kohleverstromung gerade mal für 32 % des deutschen CO₂-Ausstoßes steht. Dass sich die deutsche Regierung für diesen geringen Prozentsatz 20 Jahre Zeit einräumt, aber noch nicht einmal konkrete Pläne für den Ausstieg der anderen rund 70 % Treibhausgasemissionen vorliegen, zeigt die ganze Unernsthaftigkeit.

Was von den Versprechungen der deutschen Regierung zu halten ist, zeigt sich bei den Treibhausgasen: Bereits jetzt ist klar, dass die Merkel-Regierung ihre Zusagen für eine Reduktion bis 2020 krachend verfehlen wird. Wer möchte da an die Sicherheit des Kohleausstiegs bis 2038 glauben? Das umso mehr, als die Möglichkeit eines Betruges bereits im Ausstiegsvotum der Kohlekommission angelegt ist. So sieht der vorliegende Plan vor, dass 2023 „im Vergleich zu Ende 2017 (ein) Rückgang von annähernd 5 GW bei Braunkohlekraftwerken und 7,7 GW bei Steinkohlekraftwerken“ stattfindet [50]. Es sollen damit also zusammen 12,7 GW Kraftwerksleistung vom Netz genommen werden.

Doch damit sind die CO₂-Emissionen noch lange nicht vom Tisch. Denn für die Energiekonzerne sind Leistung (die Fähigkeit zur Stromerzeugung) und Energie (nämlich wirklich produzierter Strom) zwei Paar Stiefel. Wenn Kraftwerkskapazität stillgelegt wird, dann heißt das nicht, dass dann auch im gleichen Maße weniger Kohlestrom produziert wird. Der Grund: Die Steinkohlekraftwerke sind bisher kaum ausgelastet und laufen eher in Reserve. 2018 wurden sie gerade mal zu 34 % eingesetzt. Die Braunkohlekraftwerke liefen im Vergleich dazu über 70 % der Zeit. Bei einer Stilllegung von Kraftwerkskapazitäten existiert der Strombedarf natürlich weiter. Es ist klar, was dann passieren wird: Die Konzerne werden zum Ausgleich ihre vorhandenen Steinkohlekraftwerke verstärkt auslasten. Statt 34 % Auslastung vielleicht 65 %. Die Energiekonzerne können sich dabei sogar darauf berufen, dass

ihr Vorgehen genau dem Votum der Kohlekommission entspricht. Denn die hat ja einen Rückbau der Kohlekraftwerksleistungen und nicht der Strommengen aus den Kohlekraftwerken festgeschrieben! Es wäre naiv zu glauben, dass das zufällig passiert ist, denn die Energiekonzerne und ihre politischen Vertreter sind mit allen Wassern gewaschen. In jedem Fall dürfte das bei einer Umsetzung des Beschlusses dem Klima zunächst nur sehr begrenzt nützen, denn auch die verbrannte Steinkohle emittiert noch erhebliche CO₂-Mengen.

In Tabelle 1 sind die möglichen Kohlestrommengen in Terawattstunden aufgelistet, die nach dem Votum der Kohlekommission und nach den schrittweisen Stilllegungen noch möglich sind. Dabei wird von 6600 Volllaststunden Laufzeit der Kraftwerke ausgegangen, wie sie 2017 bei den Braunkohlekraftwerken erreicht wurden [16]. Außerdem werden Nettostrommengen aus 2018 als Bezugsgröße genommen. Im Kohleausstiegsvotum ist dagegen immer nur von Gigawatt die Rede, ohne Differenzierung, ob Brutto- oder Nettostrommengen gemeint sind. Da anzunehmen ist, dass die Energiekonzerne jede Zweideutigkeit zu ihren Gunsten auslegen, werden sich die Stilllegungen auf Bruttoleistungen beziehen. Dann wäre das Ergebnis sogar noch schlechter als es in der Tabelle 1 zum Ausdruck kommt.

Die in der Tabelle aufgeführte Berechnung zeigt, dass die Energiekonzerne trotz der festgelegten Reduktion von 12,7 GW Kraftwerkskapazität fast bis 2030 ungerührt die gleiche Menge Kohlestrom wie 2018 produzieren können. Es passiert also die nächsten 11 Jahre zunächst einmal gar nichts. Erst ab 2030 müsste die Kohleverstromung wirklich reduziert werden. Aber auch sie würde dann nur eine Kohlestromverringerung um 45 % gegenüber 2018 bedeuten. Das ginge so bis 2038. Erst dann wäre das definitive Ende gekommen. Aber kann man sich darauf verlassen? Was ist, wenn die bis dahin eingeführ-

TABELLE 1: ERLAUBTE KOHLESTROMMENGEN LAUT VOTUM DER KOHLEKOMMISSION AB 2023 UND 2030 IM VERGLEICH ZUR ERZEUGTEN STROMMENGE 2018

	Erzeugter Nettostrom 2018	Kraftwerksrestleistung ab 2023	Erzeugbare Strommengen ab 2023	Kraftwerksrestleistung ab 2030	Erzeugbare Strommengen ab 2030
Braunkohle	131,4 TWh	16,2 GW	106,9 TWh	9 GW	59,4 TWh
Steinkohle	73,4 TWh	17,3 GW	114,3 TWh	8 GW	52,8 TWh
Summe	204,8 TWh	33,5 GW	221,2 TWh	17 GW	112,2 TWh

ten Elektroautos so viel Strom fressen, dass ein Großteil der erneuerbaren Energien in diesem Loch verschwindet? Müssten dann die Kohlekraftwerke nicht länger laufen, damit die Industrie noch produzieren kann? Auf eine derartige Diskussion darf man sich getrost schon einmal gefasst machen.

Das Ende der Kohleverbrennung hängt auch davon ab, dass die erneuerbaren Energien rasch ausgebaut werden. Doch im Jahr 2018 gab es einen dramatischen Einbruch beim Ausbau der Windenergie [49]. Der Zubau war so schwach wie zuletzt vor 7 Jahren. Die Branche rechnet sowohl für 2019 als auch für 2020 mit einem unverändert schwachen Ausbautempo. Der Grund für diese Entwicklung: Während die Regierung von Kohleausstieg spricht, organisieren die an der Regierung beteiligten Parteien in den Ländern die Sabotage der Windenergie. So haben sowohl die CSU in Bayern als auch die CDU in NRW irrationale Abstandsregelungen für Windenergieanlagen festgeschrieben, was einen Ausbau kaum noch möglich macht.

Ein schlechter Witz ist auch die geplante Entschädigung der Energiekonzerne dafür, dass sie ab 2038 das Leben auf unserem Planeten nicht mehr zerstören wollen. Dass man den Konzernen die Gelder nicht gleich hinterherwerfen muss, zeigt das Beispiel der benachbarten Niederlande. Dort soll das vom deutschen Uniper-Konzern (EON) betriebene Kohlekraftwerk Maasvlakte bis 2030 stillgelegt werden. Uniper feiert bereits nach Entschädigungen und droht mit Klage. Die niederländische Regierung hält dagegen: „Das Kabinett erwartet, dass in der gewählten Frist die Befuerung mit Kohle auslaufen kann, ohne dass von Entschädigungen die Rede zu sein braucht.“ [48]

Anders in Deutschland, wo die Merkel-Regierung entschädigen will. Dabei wurden den Energiekonzernen bereits beim Ausstieg aus der Atomenergie die Risiken für die zukünftige Endlagerung geschenkt. Für eine einmalige Zahlung von läppischen 23,6 Mrd. Euro konnten RWE, EON und Co. sämtliche Verantwortlichkeiten für die Erkundung und den Bau eines Endlagers sowie die Sanierung der maroden Atommülldeponien Morsleben und Asse an einen Staatsfonds übertragen. Dabei ist jetzt schon klar, dass eine „Endlagerung“ des noch eine Million Jahre strahlenden Atommülls für so einen Minimalbetrag nicht zu haben ist. In eine Bilanz sollte auch eingerechnet werden, dass dieselben Energiekonzerne den Staat erst im Juni 2017 erfolgreich auf Rückzahlung der Brennelementesteuer von 7 Milliarden Euro verklagten. Das gelang

ihnen, weil das Atomausstiegsgesetz von der Regierung schlampig gemacht wurde. Und statt dass die Konzerne dafür abgestraft werden, können sie noch einmal 20 Jahre lang das Erdklima schädigen und kriegen noch Milliarden Euro Steuergelder obendrauf gelegt.

Für alle Klimaaktivist*innen kann dies nur heißen, dass der Streit für einen schnellen Kohleausstieg fortgesetzt werden muss. [...] Es gilt, einen langen Atem zu bewahren und die Auseinandersetzung um einen beschleunigten Kohleausstieg weiter zu führen. Die in dieser Broschüre gelisteten Fakten und Daten dienen genau diesem Ziel.

2. Um wieviel Kohlendioxid geht es bei der Kohleverstromung?

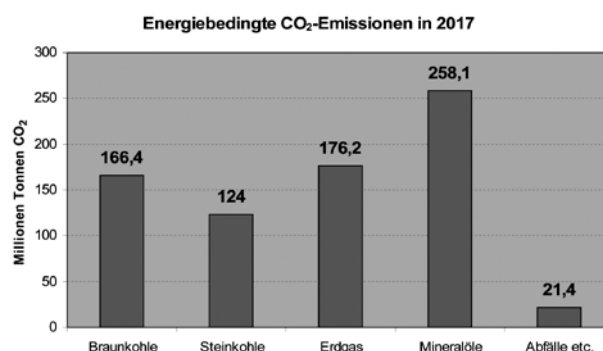
Die Zahlen besagen, dass 2017 166 Mio. Tonnen CO₂ durch die Braunkohlenverbrennung und zusätzlich 124 Mio. Tonnen CO₂ durch die Steinkohlenverfeuerung freigesetzt wurden [1] (Abbildung 1).

In der Summe geht es um 290 Mio. Tonnen, also um eine Verringerung von 32 % des deutschen Treibhausgasausstoßes, der 2017 bei 905 Mio. Tonnen lag.

3. Kann fossil erzeugter Strom durch Wind- und Solarenergie ersetzt werden?

Bei dieser Fragestellung ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass bis 2021 auch der Ausstieg aus der Atomenergie bewältigt werden muss. Das zu ersetzende Nettostrom-Mengengerüst umfasst also die Atomkraftwerke, die 2018 noch 72 TWh Energie geliefert haben, die Steinkohle mit 73 TWh sowie die Braunkohleverfeuerung, die für 131 TWh Strom steht [2]. Zusammen also 276 TWh, die es zu ersetzen gilt.

ABBILDUNG 1: ENERGIEBEDINGTE KOHLENDIOXIDEMISSIONEN IN 2017, [1]



Zum Potenzial der Windenergie existieren zwei ernst zu nehmende Untersuchungen. Eine ist im Auftrag des Umweltbundesamtes mit Hilfe des Fraunhofer Instituts IWES [30] erstellt worden und die andere vom Bundesverband Windenergie [32]. Die von Mitarbeitern des Fraunhofer Institut IWES 2013 durchgeführte Studie [30] berechnet, welche Flächen sich in Deutschland prinzipiell für die Windenergie eignen würden. Danach ließen sich theoretisch 13,8 % der Landesfläche nutzen. Bei einem Besatz mit Windkraftanlagen mit einer Leistung von 3,4 MW in Starkwind- und 3,2 MW in Schwachwindlagen läge die so verfügbare Energiemenge bei 2900 TWh pro Jahr. Die getroffenen Annahmen sparen Flächen der Infrastruktur, der Siedlungen und des Verkehrs sowie Naturschutz- und Waldflächen aus. Aber der Abstand zu Siedlungsflächen läge bei nur 600 Meter. Die Autoren der Studie betonen, dass es sich bei den 13,8 % um eine maximalistische theoretische Abschätzung handle, die so nicht sinnvoll und im Übrigen auch nicht politisch realisierbar sei. Würden dagegen etwa 1500 m Abstand zu Wohnbauflächen eingehalten, so würden nur 2 % der Landesfläche mit Windenergieanlagen bedeckt. Das wird als zumutbar angesehen. Man kommt dabei auf eine gewinnbare Energie von 390 TWh [30]. In einer weiteren Studie des Fraunhofer Instituts IWES wird das energetische Potenzial der Offshore-Windenergie in der Nord- und der Ostsee mit 390 TWh bei einer installierten Leistung von 54 GW angegeben [31]. Zusammen sind das 780 TWh Energie, die allein bei einem zurückhaltenden Ausbau der Windenergie in Deutschland zur Verfügung stehen würden.

Zur Photovoltaik: In einer Studie des Umweltbundesamtes [33] wird für die solare Energie in Deutschland eine

Potenzialgrenze von 248 TWh angegeben. Das entspricht einer installierten Leistung von 275 GW. Zum Vergleich: In 2018 lag die in Deutschland installierte Photovoltaikleistung bei 45,55 GW [34]. Die Anlagen lieferten 2017 immerhin eine Energiemenge von fast 40 TWh. Der heutige Ausbaustand ist Ausdruck eines nur dreijährigen rasanten Ausbaus der Photovoltaik zwischen 2010 bis 2014. Als deutlich wurde, dass die Solarenergie aufgrund der schnell fortschreitenden Produktionstechnik noch schneller als die Windenergie ausgebaut werden kann, sah sich diese Technologie zunehmenden Anfeindungen von Seiten der Energiekonzerne und ihrer politischen Unterstützer ausgesetzt. Administrativ wurde dann ein weitgehender Ausbaustopp verhängt. In den letzten 4 Jahren gab es dann nur noch einen sehr geringen Zubau der Solarenergie, obwohl gleichzeitig die Anlagenkosten immer preisgünstiger wurden.

4. Wie schnell geht der Ausbau von Wind- und Solarenergie?

Eine wesentliche Frage dreht sich um das erforderliche Zeitfenster, in dem Windkraft- und Photovoltaikanlagen schnell ausgebaut werden können. Das ist vor allem abhängig von den Kapazitäten der Planungs- und Montagefirmen sowie der Anlagenhersteller. Zwar sind Wind- und Sonnenenergie in den letzten Jahren von den Bundes- und Länderregierungen immer wieder massiv behindert worden. Aber in den besseren Jahren wurde deutlich, dass sie sich sehr schnell ausbauen lassen. Die energetischen und leistungsbezogenen Zahlen können den Abbildungen 2 und 3 entnommen werden. (Abbildung 2)

Danach lag der energetische Zubau der Photovoltaik in den 3 Jahren von 2010 bis 2013 bei 20 TWh [4]. Bezogen

ABBILDUNG 2: AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN IN DEUTSCHLAND IN TERAWATTSTUNDEN, NACH [6]

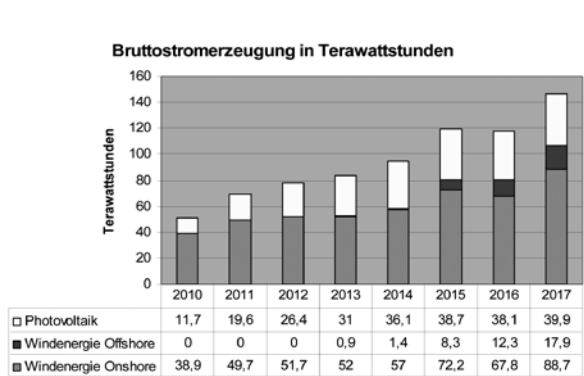
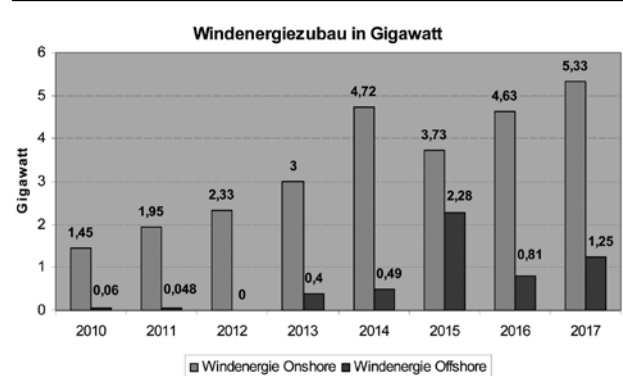


ABBILDUNG 3: WINDENERGIEZUBAU IN DEUTSCHLAND IN GIGAWATT, NACH [5]



auf den Jahresdurchschnitt waren dies in dieser Zeit 7700 Megawatt. Danach wurde der Zubau von der Politik im Einvernehmen mit den Energiekonzernen abgewürgt. 2017 lag der Zubau nur noch bei kläglichen 1750 Megawatt. Die Windenergie zu Land wurde von 2014 bis 2017, also auch in 3 Jahren, um 30 TWh erweitert [5, 6].

Und die Offshore-Windenergie erlebte im selben Zeitraum einen Zubau von rund 15 TWh [6]. Das bedeutet in der Summe, dass es möglich ist, innerhalb von 3 Jahren die erneuerbaren Energien in Deutschland um 65 TWh zu erweitern. (Abbildung 3)

5. Sind die inländischen Übertragungsleitungen ein Engpass?

Gegen den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien wird gerne vorgebracht, dass die Arbeiten an den Leitungen zum Stromtransport von Nord- nach Süddeutschland nur schleppend voran gehen. Bereits im Jahr 2011 beschloss der Bundestag ein sog. „Netzausbaubeschleunigungsgesetz“. Sieben Jahre später, 2018, zeigte sich, dass zwischenzeitlich kaum etwas passiert ist. Von den geplanten 5900 Kilometer Leitungen, die neu- oder ausgebaut werden sollten, sind gerade mal 150 Kilometer fertiggestellt. Die Bundesregierung hat offensichtlich in 2011 ein Papier produziert und sich dann nicht mehr weiter darum gekümmert [28]. Laut den Planungen sollen aber die Nord-Süd-Stromtrassen eigentlich in 2025 fertig sein. Es droht damit einmal mehr eine Argumentation der Bundesregierung, die man bereits kennt: Man würde ja gerne erneuerbare Energien weiter ausbauen, aber ohne neue Trassen gehe das eben nicht.

Doch bei genauerer Betrachtung fällt diese Behauptung in sich zusammen. So hat der Think Tank *Agora Energiewende* in einer Studie von 2018 Maßnahmen aufgelistet, mit denen es möglich ist, auch über die bestehenden Leitungen ausreichend große Mengen Strom

zu transportieren [12]. Ein wichtiges Instrument ist dabei das sog. Freileitungsmonitoring. Bisher werden die durch Freileitungen zu übertragenden Strommengen durch fixe DIN-Normen begrenzt. So soll vermieden werden, dass sich die Leitungen durch den Stromfluss übermäßig erwärmen, dann durchhängen und womöglich Gebäude oder sogar Personen durch elektrische Überschläge gefährden. Durch den Einsatz von Sensoren könnte statt vereinfachter, statischer DIN-Normen die tatsächliche Temperatur der Leitungen erfasst werden. Sie ist vor allem auch vom Wind und der aktuellen Lufttemperatur abhängig. Dieses Freileitungsmonitoring wurde in Norddeutschland bereits getestet, wobei festgestellt wurde, dass die Leitungen auf diese Weise um bis zu 50 % höher belastet werden können.

Agora Energiewende listet weitere Maßnahmen auf, mit denen es möglich wäre, mit der bestehenden Leitungsstruktur die nächsten Schritte der Energiewende schnell einzuleiten, ohne dass auf die Fertigstellung der neuen Hochspannungsgleichstrom-Leitungen gewartet werden muss. So können sog. Hochtemperaturseile verwendet werden, um den Stromdurchsatz entlang der heutigen Stromtrassen zu erhöhen. Trotzdem sind diese Maßnahmen kein Ersatz für den Aufbau einer guten Netzstruktur, die langfristig neue Möglichkeiten schafft.

6. Gaskraftwerke für den Übergang

Ein Problem der erneuerbaren Energien besteht darin, dass sie fluktuierend zur Verfügung stehen. Von Energieexperten wird zu Recht darauf hingewiesen, dass Gaskraftwerke in der Übergangszeit diese Lücke schließen können. Anders als die trägen Kohlekraftwerke können Gaskraftwerke innerhalb von Minuten schnell hoch- und auch wieder runtergeregt werden. Fluktuationen von Wind und Sonne können so ausgeglichen werden. Ein weiterer Vorteil von Erdgas besteht darin, dass pro erzeugter Kilowattstunde Strom nur ein Drittel des Kohlendioxids

TABELLE 2: KRAFTWERKSKAPAZITÄTEN UND EINSATZ ZUR STROMERZEUGUNG 2018, NACH FRAUNHOFER ISE ENERGY-CHARTS UND EIGENE RECHNUNG

	Vorhandene Kraftwerksleistung [GW]	Erzeugter Nettostrom in 2018 [TWh]	Theoretisch max. mögliche Jahresstrommenge [TWh]	Einsatz zur Stromerzeugung [%]	Erzeugbare Strommengen ab 2030
Erdgas	29,63	43,78	259,6	16,9	59,4 TWh
Steinkohle	24,18	73,42	211,8	34,7	52,8 TWh
Braunkohle	21,20	131,35	185,7	70,7	112,2 TWh

entsteht, das bei der Braunkohleverbrennung freigesetzt wird. Das bedeutet, dass es bei einem sehr schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien durchaus sinnvoll sein kann, auf die Kapazitäten bestehender und evtl. auch neuer Gaskraftwerke zu setzen. Die Energiekonzerne setzen Gaskraftwerke heute allerdings immer nur als letzte Möglichkeit ein (siehe Tabelle 2). So haben sie in 2018 die in Deutschland vorhandenen Gaskraftwerke nur zu 16,9 % eingesetzt. Die meiste Zeit standen die Gaskraftwerke also still. Im Vergleich dazu wurde die Stromerzeugungskapazität der Steinkohlekraftwerke doppelt so häufig eingesetzt, nämlich zu 34,7 %. Ungeschlagen an der Spitze lagen die Braunkohlenkraftwerke. Sie wurden 2018 fast nonstop gefahren: Ihre Auslastung betrug 70,7 %. Dass sie nicht zu hundert Prozent genutzt wurden, lag nur daran, dass in der Nacht der Stromverbrauch niedriger ist bzw. an manchen Tagen die erneuerbaren Energien selbst die Braunkohle ersetzt haben. (Abbildung 4)

Eine Studie des Instituts für Elektrische Anlagen und Energiewirtschaft (IAEW) der RWTH Aachen hat in einer Studie von 2018 [16] bereits auf diese Situation hingewiesen. In der Ausarbeitung wird ausgeführt, dass das bereits heute bestehende Potenzial an Gaskraftwerken ausreichen würde, um komplett aus der Braunkohle auszustei-gen. Weiter wird darauf hingewiesen, dass 2017 die Braunkohlekraftwerke pro Jahr 6600 Volllaststunden gelaufen sind, während die Gaskraftwerke mit nur 1000 Stunden Jahresvolllaufzeit im Vergleich dazu kaum zum Einsatz kamen. Die Studie des IAEW weist darauf hin, dass die bestehenden Gaskraftwerke ihre Volllaststundenzahl nur auf 5500 von insgesamt 8760 theoretisch möglichen Jahresstunden erhöhen müssten, um den Braunkohlestrom voll ersetzen zu können. Es müssten dafür noch nicht einmal neue Gaskraftwerke gebaut werden [15]. Eine schnelle Abschaltung der Braunkohlekraftwerke zugunsten von Gas hätte sogar noch positive Auswirkungen auf die Netzstabilität, denn die Gaskraftwerke sind gleichmäßig über ganz Deutschland verteilt, während die Braunkohlekraftwerke vor allem im äußersten Westen (Rheinland) oder im äußersten Osten (Lausitz) des Landes liegen. Der Transport des schmutzigen Braunkohlestroms in den Süden trägt erheblich zur Verstopfung der Netze bei, was wieder den Transport von sauberem Windstrom behindert.

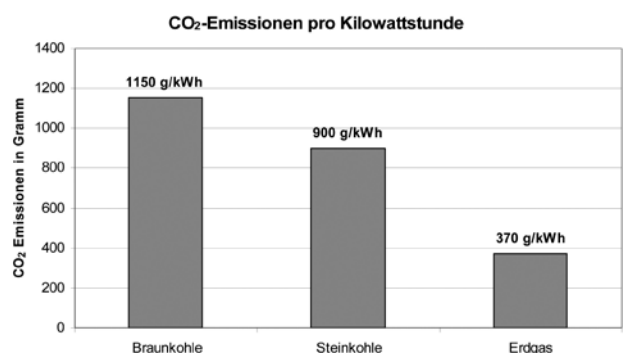
Warum also die Blockade? Braunkohle ist deutlich preisgünstiger als Erdgas. Bei einem stärkeren Erdgaseinsatz hätten Uniper und RWE weitere Profiteinbußen in ihrem Kraftwerksgeschäft. Laut Studie des IAEW hätte

der komplette Ersatz von Braunkohle durch Ergas höhere Erzeugungskosten von jährlich 3,6 Milliarden Euro zur Folge [16]. Eigentlich eine geringe Summe, wenn man bedenkt, dass der deutsche Staat jedes Jahr Dieselfahrzeuge mit rund 8 Milliarden Euro oder Flugbenzin mit 12 Milliarden Euro subventioniert. Die Energiekonzerne haben bei ihrer Brennstoffwahl als alleinigen Richtwert die Kosten und damit ihren Profit im Auge.

7. Lastverschiebung

Lastspitzen bei der Stromversorgung müssen heute immer ausgeglichen werden, auch wenn sie nur eine kurze Zeit auftreten. Das bedeutet, dass sich die bereitgestellte Stromversorgung an den Spitzenlasten orientiert. Mit einem Lastverschiebungsmanagement kann man dagegen die notwendige Leistungsbereitstellung auf der Stromangebotsseite reduzieren. Hier kann man beispielsweise Wasserstoff-Elektrolyseure, kleine Nachtspeicherheizungen, Wärmepumpen, Kühleinrichtungen aber auch größere Industrieanlagen, wie z.B. die Aluminiumproduktion, mit hineinnehmen. In extremen Stromunterdeckungssituationen werden Lasten sogar heute schon von den Netzbetreibern mit einer Vorlaufzeit von 15 Minuten abgeschaltet. Die *Frankfurter Allgemeine* berichtete im Januar 2019, dass die stromintensiven Aluminiumhütten bereits diverse kurzfristige Stromabschaltungen erlebt hätten [39]. Der Neusser Aluminium-Hersteller Hydro Aluminium sandte deswegen kurz vor Weihnachten einen Brandbrief an die Bundesnetzagentur und beklagte sich bitterlich über die Stromabschaltungen. Betroffen war auch die stromintensive Glasindustrie, wo 4 von 15 Unternehmen im vergangenen Jahr von Stromschwankungen bzw. Unterbre-

ABBILDUNG 4: CO₂-EMISSIONEN PRO ERZEUGTER KILOWATTSTUNDE, NACH [17]



chungen sprachen. Durch die Abschaltungen bleiben die Netze dann stabil und in den Haushalten und Büros merkt niemand etwas. [...] Lastverschiebungen sind allemal in bestimmten Industriebereichen gerechtfertigt, zumindest insofern gesichert ist, dass keine Schäden an den Prozessen und Maschinen auftreten. Insbesondere die Aluminiumindustrie ist wegen ihres hohen und auch subventionierten Stromverbrauchs von 15 kWh/kg Aluminium durchaus kritisch zu sehen [40]. 110 000 Tonnen dieses wertvollen Materials wurden 2015 in Deutschland allein für kurzlebige Verpackungen verschwendet. Und in deutschen Autos sind heute bereits pro Fahrzeug 140 kg Aluminium verbaut [40]. Die Fahrzeuge werden so leichter und ihr CO₂-Ausstoß reduziert sich damit. Man würde aber einen besseren Effekt erzielen, wenn die Autos wieder kleiner würden und keine superschweren SUVs mehr zugelassen würden. Ein großer Teil der Aluminiumproduktion samt dem hohen Stromverbrauch ist in Deutschland unter diesem Gesichtspunkt mehr als fragwürdig.

Auch die Glasindustrie ist zu einem gewissen Anteil kritisch zu sehen. Immerhin 2,7 Millionen Tonnen Glas wurden 2015 für Verpackungszwecke eingesetzt [41]. Dahinter stehen in Glas verpackte Konserven, Spirituosen- und Weinflaschen oder auch Marmeladengläser. Statt sie zu bepfanden und immer wieder zu verwenden, werden sie nach einmaligem Gebrauch in Glascontainer geworfen und dann wieder energieintensiv eingeschmolzen. [...]

8. Problemloser Ausstieg aus der Kohle bis 2030 möglich

In der Tabelle 3 wird eine erste zusammenfassende Rechnung durchgeführt, wie man in einem ersten Schritt von 6 Jahren bis 2025 komplett aus der Braunkohle aussteigen kann. Der zu ersetzende Braunkohle- und Atomstrom, der noch 2018 anfiel, liegt bei 203 TWh.

Diese Menge des zu ersetzenden fossilen und atomaren Stroms in Deutschland verringert sich sofort, wenn die hohen deutschen Stromexporte betrachtet werden, die in den letzten Jahren zunehmend gestiegen sind. Allein 2017 lag der Saldo, also die Differenz von Stromexporten minus Importen bei plus 53 TWh. 2018 lag der Saldo bei 49 649 TWh [47].

Weiterhin müssen die unmittelbaren Möglichkeiten zur Stromeinsparung betrachtet werden. Ein Sektor, der dabei sofort ins Auge fällt, sind die Nichtwohngebäude in Deutschland. Während in den letzten Jahren der Energieverbrauch in den Millionen Wohngebäuden durch Effizienzmaßnahmen auf jährliche 10 TWh runtergefahren

werden konnte, ist bei den Nichtwohngebäuden fast nichts passiert. Aufgrund veralteter Lichttechnik verschwenden sie laut dena-Gebäudereport jährlich unfassbare 62 TWh allein für Beleuchtung [7]. Durch eine gesetzliche Verpflichtung zur Einführung einer effizienten Lichttechnik könnten hier in wenigen Jahren große Strommengen eingespart werden. Wir gehen im Folgenden von bescheidenen 20 TWh aus. (Tabelle 3)

Schließlich könnten in den verbleibenden 6 Jahren bis Ende 2024 die erneuerbaren Energien, nämlich Wind- und Solarstrom um 130 TWh kräftig ausgebaut werden. Dann verbliebe eine rechnerisch nicht abgedeckte Restenergiemenge von 3 TWh, die mit Hilfe der reichlich vorhandenen Gaskraftwerkskapazitäten problemlos ausgeglichen werden könnte.

Weiterhin muss natürlich davon ausgegangen werden, dass es zu Schwankungen der erneuerbaren Energien kommt. Dies gilt insbesondere für einzelne Wochen im Januar und Februar. Auch dieser Ausgleich muss vornehmlich mit den vorhandenen Gaskraftwerken ausgeglichen werden. Parallel dazu muss bereits in den Ausbau von Speichereinrichtungen investiert werden.

In einem zweiten Schritt könnte dann die Abschaltung der 73 TWh zählenden Steinkohlekraftwerke folgen. Zusätzlich müsste die Restmenge von 3 TWh aus Tabelle 3

TABELLE 3: AUSSTIEG AUS DER BRAUNKOHLE BIS ENDE 2024

Zu ersetzender Braunkohle- und Atomstrom aus 2018	203 TWh
Abzüglich Beleuchtung Nichtwohngebäude und Stromexporte	- 70 TWh
Abzüglich Zubau Wind- und Solarstrom bis 2025	-130 TWh
Verbleibende Restenergiemenge	+ 3 TWh

TABELLE 4: AUSSTIEG AUS DER STEINKOHLE UND WEITERER AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN VON 2025 BIS 2030

Zu ersetzender Steinkohlestrom aus 2018	73 TWh
Abzudeckende Reststrommenge aus dem Braunkohleausstieg	3 TWh
Abzüglich Zubau Wind- und Solarstrom bis 2030	- 130 TWh
Überschuss erneuerbarer Energien Ende 2030	56 TWh

ausgeglichen werden. Dazu würde der Ausbau der erneuerbaren Energien im gleichen Tempo fortgesetzt werden. Die zugeordnete Betrachtung ist in Tabelle 4 angegeben. Die Rechnung zeigt, dass man bis spätestens Ende 2030 komplett aus der Steinkohle aussteigen kann und dann noch einen Überschuss an erneuerbaren Energien von 56 TWh hat. Wenn man den Saldo von 56 TWh einrechnet, könnte man auch bereits Ende 2027 aus der Kohle aussteigen. (Tabelle 4)

9. Die Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien

Der geräuschlose Ausstieg aus der Braunkohle bis 2025 und aus der Steinkohle bis 2030 würde vor allem durch den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien ermöglicht. Aber werden die Kosten dafür nicht explodieren? Tatsächlich sind die Preise für Wind und Photovoltaik in den letzten Jahren drastisch gefallen. Das eingeführte Ausschreibungssystem, bei dem Anbieter von Wind- und Photovoltaikanlagen im Vorfeld ihre Preise pro erzeugter Kilowattstunde festlegen müssen, belegt dies glasklar. Die Zahlen werden regelmäßig von der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Bei den Ausschreibungsrunden für Windenergieanlagen an Land lagen sie im Jahr 2018 im Durchschnitt bei 5,63 Cent pro Kilowattstunde [8]. Die Offshore-Windkraftpreise liegen sogar noch tiefer, nämlich bei etwa 4,7 Cent. Auch für Photovoltaikanlagen lag im Oktober 2018 der durchschnittliche Zuschlagspreis bei 4,7 Cent/kWh [9]. Diese Kosten müssen für die erneuerbaren Energien zugrunde gelegt werden, die im ausgebauten Zustand ab 2030 rund 203 TWh Atom- und Kohlestrom ersetzen. Wenn man das mit den gegebenen Zahlen für Windkraftkosten berechnet, kommt man dafür auf jährlich anfallende Herstellungskosten für den Strom aus Wind und Sonne auf 11,4 Milliarden Euro.

10. Kostenvergleich mit Kohle- und Atomstrom

Betrachten wir im Vergleich dazu die 2018 für die Kohle- und Atomenergie anfallenden Kosten. Laut dem RWE-Geschäftsbericht 2017 konnte der Konzern an den Terminmärkten zuletzt 31 €/MWh für Atom- und Braunkohlestrom realisieren [10]. Bei der Steinkohle waren es 34 €/MWh [10]. Daraus ergeben sich Kosten für den in 2018 erzeugten Kohle- und Atomstrom von 8,5 Mrd. Euro. Das sind nur knapp 3 Mrd. Euro weniger, als 2030 jährlich für den Strom aus erneuerbaren Energien verausgabt werden müsste. Eigentlich Peanuts für den deutschen Staat. Zum Vergleich: Der deutsche Finanz-

minister Scholz bezifferte im September 2018 die Kosten von Bund und Ländern für die sog. Bankenrettung auf 60 Milliarden Euro [11].

11. Europaweite Vernetzung

Wenn man den notwendigen Umfang von Speichersystemen abschätzen will, sollte man gleichzeitig an eine europaweite Stromvernetzung denken. Denn selbst wenn wir in Deutschland z.B. im Zeitraum von November bis Januar im Bereich einer Hochdruckzone mit Hochnebel und Windflaute liegen sollten, gibt es i.A. ausreichend Wind in Irland, Großbritannien, in den französischen Küstenregionen und Norwegen oder Sonne in Südspanien, Italien und Griechenland. Das Gesamtnetz wäre noch sicherer, wenn man auch Nordafrika miteinbeziehen würde. So beträgt die durchschnittliche Geschwindigkeit der Passatwinde an der nordafrikanischen Atlantikküste 11 bis 12 Meter pro Sekunde. Damit könnte auch eine Elektrifizierung der nordafrikanischen Länder aufgebaut werden. So erzeugt Marokko heute immer noch 97 % seines Energiebedarfs mit fossilen Energien, obwohl das Land ein großes Wind- und Solarenergiepotenzial besitzt.

Allerdings sind Drehstromleitungen für solche großräumigen Netze ungeeignet. Sie sind weder für große Übertragungsleistungen (einige GW) noch große Übertragungsentfernungen, z.B. 1000 Kilometer und mehr, geeignet. Daher liegt die mittlere Transportentfernung bisher innerhalb der meisten europäischen Länder im niedrigen Bereich. Schlecht sieht es auch mit der Nettoübertragungskapazität (NTC) zwischen den europäischen Ländern aus [45]. Deutschland besitzt noch eine vergleichsweise hohe NTC gegenüber seinen Nachbarländern. Für den großräumigen Stromaustausch zwischen den europäischen Regionen ist dies aber bei Weitem nicht ausreichend. Es ist festzuhalten, dass das bestehende Leitungssystem mit seiner Drehstromübertragung bei Spannungen bis 380 bzw. 400 kV insbesondere wegen seiner vielen Engpässe für einen europäischen Netzverbund ungeeignet ist. Eine Lösung stellt aber eine Landesgrenzen überschreitende Verbindung mittels verlustarmer Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) dar. [...]

Ein großräumiger, europaweiter Stromverbund würde in jedem Fall die jederzeitige Verfügbarkeit erneuerbarer Energien deutlich verbessern. Das hätte damit auch zur Folge, dass die Notwendigkeit von Speichersystemen reduziert werden könnte. Es wäre eigentlich die Aufgabe der deutschen Regierung für umfassende Regelungen und

Absprachen zugunsten eines europaweiten Energienetzes einzutreten. Die Interessen der Europäischen Union sind dagegen auf eine Liberalisierung des Energiemarktes in Europa ausgerichtet. Damit sollen die länderübergreifenden Vermarktungschancen der kapitalistischen Stromkonzerne verbessert werden.

12. Stromverbrauch reduzieren durch industriellen Umbau

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien, einem europaweiten Stromausgleich, Speichern und Lastverschiebungen gibt es weitere Möglichkeiten, Strom einzusparen:

Ein Industriesektor, der große Energiemengen verbraucht, ist die chemische Industrie. Riesige Strommengen werden zur Umwandlung von Öl und Gas in Kunststoffe und andere Produkte eingesetzt. Unter Berücksichtigung von Gummiwaren wurden 2017 dort 66 TWh Strom verbraucht. Die Einsparpotenziale ergeben sich aus dem Verwendungszweck der chemischen Produkte. So gehen 35 % der Kunststoffe in den Verpackungsbereich [42]. Durch die verpflichtende Einführung von normierten Mehrweg-Pfandbehältern nicht nur für Getränke, sondern auch für Pflege- und Reinigungsmittel sowie Joghurt oder Milch würde der Kunststoffbedarf drastisch gesenkt. Dadurch und beispielsweise durch ein Verbot von Mehrfachverpackungen und weitere Restriktionen könnte nicht nur das Müllproblem drastisch reduziert werden, sondern man würde auch den Stromverbrauch reduzieren.

Ein anderer Großverbraucher von Kunststoffen ist die Autoindustrie. 12 % der produzierten Kunststoffe werden in Autos verwendet – mit wachsender Tendenz [42]. Durch die ökologisch sowieso erforderliche Umstellung vom Individualverkehr hin zum ÖPNV würde man nicht nur weniger Autos benötigen, sondern es würde auch die Menge der stromfressenden Kunststoffe reduziert. Weitere 22 % der Kunststoffe wandern in den Bausektor [42]. Auch das ist in weiten Teilen zu hinterfragen, denn der momentane Bauboom wird zu einem erheblichen Teil dadurch verursacht, dass ganze Bevölkerungssektoren aufgrund einer nicht vorhandenen Strukturplanung gezwungen werden, vom Land in die Ballungsräume zu ziehen. Zudem weisen ökologisch orientierte Architekten und Bauexperten seit langem auf die Notwendigkeit ökologischen Bauens hin.

Eine andere Branche, die mit fast 20 TWh große Strommengen frisst, ist die Papier- und Pappeherstellung.

Die Erzeugnisse wandern einerseits in den ausufernden Verpackungssektor und andererseits werden viele Mitbürger mit einer sinnlosen papiernen Werbeflut belästigt. Durch Verordnungen und Beschränkungen ließen sich hier große Strommengen einsparen.

Wenn man den Schutz des Klimas und die Rettung dieses Planeten vor einer extremen Hitzezeit auch nur ansatzweise ernst nimmt, dann muss auch die Zahl der Autos drastisch zurückgefahren werden. Elektroautos sind angesichts der planetarischen Krise keine Alternative. Stattdessen sollte vor allem der öffentliche Verkehr gefördert werden. Wie hoch ist nun der Stromverbrauch im Automobilssektor? Um dies erfassen zu können, müssen auch die vorgelagerten Industrien berücksichtigt werden. Allein der metallverarbeitende Sektor – und hier steht der Automobilssektor im Mittelpunkt – benötigt pro Jahr 70 TWh Strom in Deutschland. Singapur hat aus ökologischen Gründen die Neuzulassung von Autos drastisch reduziert. Auch in Deutschland wäre dies überfällig. Mit als erstes sollte die Neuzulassung schwerer SUVs beendet werden. Die Zahlen sind offensichtlich: Durch eine Umorientierung der Mobilität auf öffentliche Verkehrsmittel würden nicht nur die direkten CO₂-Emissionen der Autos reduziert, sondern es würden so große Stromeinsparpotenziale in der Produktion erschlossen.

Ein weiteres großes ökologisches Problem wird durch die bewusste Verkürzung der Lebensdauer vieler Konsumgüter durch die Hersteller hervorgerufen, also die geplante Obsoleszenz. Beispielsweise gilt dies für Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen, Küchenherde oder Spülmaschinen. In dem Buch „Murks? Nein Danke!“ von Stefan Schridde [43] sind nicht nur weitere Beispiele aufgelistet, sondern es werden auch detailliert die Methoden benannt, wie die Lebensdauerverkürzung erreicht wird. In der Konsequenz bedeutet dies höhere Produktionsmengen und damit auch einen größeren Stromverbrauch bei der industriellen Güterherstellung.

Ein wichtiges Element, um eine lange Nutzungsdauer von Gütern zu erreichen, ist ihre Reparaturfähigkeit. Allerdings gilt auch hier, dass Produkte heute bewusst so entwickelt und hergestellt werden, dass eine Reparatur meist nicht mehr möglich ist. Es scheitert vielfach schon an der Zugänglichkeit und Austauschbarkeit von verschlissenen Teilen. Das Problem ist heute allgegenwärtig. Viele Methoden der gezielten Lebensdauerverringering von technischen Gütern sind heute dokumentiert. Das gilt auch für ihre Reparaturfähigkeit. Daraus ließen sich produktspezifische Vorschriften entwickeln, die die Produktlebensdauer

er verlängern und damit auch den Energieverbrauch bei der industriellen Güterherstellung verringern würden.

13. Der Weg zum Aufbau einer Speichereinfrastuktur

Nicht zuletzt müssen die Energiespeichermöglichkeiten zügig aufgebaut werden. In mehreren Studien [25, 21] wurde nachgewiesen, dass Speichersysteme in den ersten Stadien des Ausbaus erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung noch eine untergeordnete Rolle spielen. Die erforderliche Flexibilität zum Ausgleich des fluktuierenden Windkraft- und Photovoltaik-Stroms kann kostengünstig mit Hilfe von Gaskraftwerken, Lastverschiebungen und einem Stromaustausch über die Landesgrenzen hinweg realisiert werden. Braunkohlekraftwerke können dafür aber nicht eingesetzt werden, denn sie sind völlig unflexibel. Sie gehören schnellstmöglich abgeschaltet. Ab wann werden nun Speichertechnologien wichtig? In mehreren Studien wird dafür eine Größenordnung von etwa 70 bis 90 % der Stromerzeugung genannt. Bei einem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien wird dies aber bereits nach wenigen Jahren erreicht. Deswegen ist eine weitere Verzögerung bei der Entwicklung von Speichern nicht angebracht.

Um dies zu erreichen, müssen auch vorhandene Bremsen gelöst werden. So ist es kurios, dass für Stromspeicher heute gleich die doppelte EEG-Umlage zu bezahlen ist. Das passiert einmal, wenn ein Stromhersteller erneuerbaren Strom an einen sog. Letztverbraucher liefert. Ein Letztverbraucher in diesem Sinn kann dabei ein Stromspeicher sein. Wenn der Strom dann wieder aus dem Speicher ausgegeben wird, fällt die EEG-Umlage gleich noch ein zweites Mal an. Hier haben offensichtlich die Kohlekonzerne ihre Interessen durchgesetzt. Denjenigen, die erneuerbare Energien erzeugen und diese in Kombination mit Stromspeichern selbst nutzen wollen, wird so ein Knüppel zwischen die Beine gehauen. Eine Art Strafsteuer für diejenigen, die keine Energie mehr bei RWE oder Uniper kaufen wollen.

Der Entwicklungsstand vieler Speichersysteme kann heute mit den Windkraftanlagen und der Photovoltaik vor der Einführung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) verglichen werden. Es sind bereits zahllose funktionsfähige Prototypen, wie z.B. Power-to-X- oder Redox-Flow-Speicher, aufgebaut worden. Trotzdem gibt es für den Einsatz noch eine erhebliche Hürde. Sie ist preislicher Natur. Man wird sie nur überwinden, wenn große Anlagen und Serienfertigungen aufgebaut werden. Dann wird es auch schnell zu Preissenkungen kommen,

wie man es bei den erneuerbaren Energien erlebt hat. Es geht um den Aufbau einer neuen Energieinfrastruktur, die das alte kohlebasierte System ablösen wird. Zum Nulltarif ist das nicht zu haben. [...]

14. Was ist mit den Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie?

Es gibt heute in Deutschland vier Braunkohleabbauregionen, in denen insgesamt 19 420 Personen beschäftigt sind. [...] Am größten ist das Rheinische Revier mit 9000 Personen. Etwa dieselbe Beschäftigtenzahl mit 8000 Personen hat das Lausitzer Revier. Die Abbaugelände Helmstedter Revier und Mitteldeutsches Revier sind dagegen deutlich kleiner. [...]

Aus den Zahlen geht hervor, dass die Bedeutung der in der Braunkohle Beschäftigten gemessen an der Gesamtbeschäftigtenzahl der jeweiligen Bundesländer verschwindend gering ist. [...]

Zusätzlich zu den Beschäftigten im Braunkohlebereich müssen noch diejenigen in den Steinkohlekraftwerken betrachtet werden. Laut einer Studie des Energieberatungsunternehmens Enervis Energy, das im September 2016 von der Gewerkschaft ver.di in Auftrag gegeben wurde [14], sind in 2016 rund 15 000 Personen in allen Kohlekraftwerken zusammen beschäftigt gewesen. Davon waren nach der Studie der Grünen/Bündnis90 von 2017 5740 in Braunkohlekraftwerken tätig [17]. Daraus ergibt sich die Zahl der Lohnabhängigen in den Steinkohlekraftwerken von rund 9300. An anderer Stelle wird auch eine Zahl von nur 5700 Beschäftigten genannt [44]. [...]

Klar sollte sein, dass die Beschäftigten nicht im Regen stehen gelassen werden dürfen und dass eine sozialverträgliche Lösung gefunden werden muss. Verhältnisse wie zur Wendezeit darf es insbesondere in der Lausitz nicht noch einmal geben.

Den Ausstieg aus der Braunkohle sozialverträglich auffangen

Interessant ist ein Vergleich mit dem Ausstieg aus dem deutschen Steinkohlebergbau. Hier waren in 2000 noch 60 000 Bergleute beschäftigt. In den 18 Jahren bis Ende 2018 wurde die letzte Zeche geschlossen. Im Vergleich dazu ist der Ausstieg aus der Braunkohle ein deutlich geringeres Problem. Mit knapp 20 000 Personen ist hier im Vergleich zum Steinkohlebergbau nur ein Drittel der Beschäftigten tätig. Eine Lösung, die sich an den Vorschlag der Gewerkschaft ver.di anlehnt, könnte darin bestehen, dass niemand entlassen wird und parallel dazu neue

Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Diesem Vorschlag entgegen kommt die Altersstruktur der Beschäftigten. 2016 waren bereits etwas mehr als ein Drittel der im Braunkohletagebau Tätigen, also 3222 Menschen, zwischen 55 bis 65 Jahre alt [13]. Sie könnten in wenigen Jahren mit Hilfe großzügiger Vorruhestandsregelungen sozialverträglich in die Rente gehen. Wenn man diese Personenzahl aus der Betrachtung herausrechnet, verbleiben noch rund 16 000 Personen im Braunkohlesektor.

Was würde ihre Weiterbeschäftigung nach der Stilllegung der Braunkohletagebaue und Kraftwerke kosten? Die enervis-Studie im Auftrag von ver.di [14] geht inklusive Arbeitgeberanteil für die Sozialversicherungen von 68 000 Euro pro Beschäftigten und Jahr aus. Im Ergebnis wären das 1,1 Milliarden Euro pro Jahr. Eine kleine Summe angesichts der Milliardenbeträge, die beispielsweise für die zukünftige Aufrüstung Deutschlands geplant sind. Es ist aber sogar noch weniger, denn die 1,1 Milliarden wären nur die maximale Zahl, die theoretisch nach der Stilllegung der gesamten Braunkohleinfrastruktur anfallen würde. Bis dahin wäre aber ein weiterer Teil der Beschäftigten aus den Kraftwerken bereits in die Verrentung übergewechselt. Zum anderen könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die eine weitere Anzahl von Beschäftigten auffängt. Eine Studie der *Agora Energiewende* [19] schlägt u.a. den Aufbau eines neuen Gas-KWK-Kraftwerks am Standort Jänschwalde auf. Mit seiner Wärmeauskopplung könnte die Stadt Cottbus mit Wärme versorgt werden und somit als Ersatz für die bisherige Wärmebereitstellung aus den Braunkohleblöcken dienen. Und auf den stillgelegten Tagebauflächen könnte auch die Ansiedlung einer effizienten hybriden Photovoltaik-Windkraftanlage inklusive Speichersystemen gefördert werden. Die Netze zur Weiterleitung des gewonnenen Stroms wären durch die vorherige Braunkohleninfrastruktur bereits vorhanden.

In der bereits zitierten Studie von *Agora Energiewende* zum Strukturwandel in der Lausitz [19] wird für die Region auch eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur gefordert. Dies sollte vor allem den Schienenverkehr betreffen. So sind die Bahntrassen Cottbus-Görlitz und Dresden-Görlitz auch 30 Jahre nach der „Wende“ immer noch nicht elektrifiziert. Dadurch gibt es keinen durchgehenden Bahnverkehr, sondern es ist immer noch ein Diesellokwechsel erforderlich [28]. Weiterhin wird ein zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Cottbus-Lübbenau gefordert. Auch sollten grenzüberschreitende Bahnverbindungen zwischen der Lausitz und dem polnischen Wrocław/Bres-

lau umfassend entwickelt werden. Im Bereich des ÖPNV sollte weiterhin eine Grundversorgung in den ländlichen Gebieten entwickelt werden. Dies umso mehr, weil Görlitz und Bautzen große Kompetenzen beim Bau von Eisen- und Straßenbahnen besitzen.

Das Görlitzer Werk des kanadischen Konzerns Bombardier mit seinen 1900 Beschäftigten ist aber gefährdet. Das Unternehmen will das Görlitzer Werk auf einen reinen Wagenrohbau reduzieren. Das ist ein erheblicher Know-how-Verlust und könnte mittelfristig dazu führen, dass der Bombardier-Standort Görlitz ganz geschlossen wird. Bereits jetzt sollen bis zum Jahresende 2019 mehrere hundert Arbeitsplätze abgebaut werden. Dies geht komplett in die falsche Richtung. Denn aus ökologischen Gründen muss der Autoverkehr zugunsten des Ausbaus öffentlicher Verkehrsmittel rückgebaut werden. Die Bundesregierung schaut dem Treiben des Bombardier-Konzerns in der Lausitz völlig tatenlos zu. Dabei ist der Konzern von öffentlichen Aufträgen abhängig und es gäbe genug Möglichkeiten, Druck für die Erhaltung und den Ausbau der Arbeitsplätze aufzubauen.

Beschäftigte beim Rückbau der Kohlekraftwerke absichern

Zusätzlich müssen nach der hier vorliegenden Betrachtung bis 2030 auch die Steinkohlekraftwerke abgeschaltet werden. In diesem Sektor sind noch einmal rund 9000 Beschäftigte tätig. Es wäre sinnvoll, die zukünftig neu aufzubauenden Power-to-Gas-Kraftwerke möglichst an den heutigen Kohlekraftwerksstandorten zu bauen. Gleiches sollte prinzipiell auch für neu zu bauende Druckluftspei-

BROSCHÜRENREIHE

In der Schriftenreihe „**Ökosozialismus: Analyse + Perspektiven**“ werden in unregelmäßigen Abständen umfangreichere Analysen zur ökosozialistischen Strategiediskussion in Broschürenform herausgegeben. Sie verstehen sich als Diskussionsbeiträge zur Entwicklung einer nachhaltigen Antwort auf die globale ökologische Krise. Die Schriften sind im Internet zu finden auf den Seiten des Netzwerks Ökosozialismus (oekosozialismus.net) sowie teilweise der Sozialistischen Zeitung (sozonline.de). Der hier vorliegende Text ist ein Auszug aus der aktuellen Broschüre zum Kohleausstieg.

Die Anforderung von Referenten kann erfolgen über:
MeierKlaus13@yahoo.de

cheranlagen gelten, wobei dies nicht immer möglich sein wird. Für eine Integration der neuen Kraftwerke spricht vor allem die dort bereits vorhandene Netz- und Umspannungsinfrastruktur. Damit könnte aber auch ein Großteil der Beschäftigten in den heutigen Kohlekraftwerken direkt zu den neuen Speicherkraftwerken wechseln. Ihr Know-how der Kraftwerkstechnik könnte weiterhin eingesetzt werden. Die Zeichen der Zeit haben im übrigen Unternehmen der Gaswirtschaft erkannt. Sie verfolgen eine „Energieimpulse“ genannte Strategie [20], bei der konventionelles Erdgas schrittweise durch erneuerbares Power-to-Gas ersetzt wird. Das heißt, es wird dem Erdgas schrittweise Wasserstoff und Biomethan aus erneuerbaren Quellen zugemischt. Für die Herstellung der erneuerbaren Gase mittels Elektrolyse und weiterer Verfahrensschritte kann überschüssiger Solar- und Windstrom genutzt werden. Das bedeutet, dass es keinen wirklichen Bruch weg von der heutigen Technik zu neuen Speicherkraftwerken gibt, sondern dass es einen graduellen Übergang gibt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die neuen Speichertechnologien eine geringere Energiedichte als die alten Kohlemeiler haben. Dies bedeutet in der Folge, dass für die neuen Technologien mehr Arbeitskräfte benötigt werden. Es wäre wichtig, dass sich die Gewerkschaft IG BCE für diese vorwärts gewandte technologische Strategie einsetzt, statt nach rückwärts zu schauen. Und von der Bundesregierung muss klar und unmissverständlich eingefordert werden, dass die Beschäftigten des fossilen Energiesektors nach dem Ende der Kohle entweder eine Beschäftigungssicherung erhalten oder dass ihnen ein finanziell verlustfreier Übergang in die Rente ermöglicht wird.

Verwendete Literatur:

- [1] UBA, Emissionssituation, Stand 06.03.2018
- [2] Fraunhofer ISE: Nettostromerzeugung in 2018, www.ise.fraunhofer.de
- [3] Fraunhofer ISE, Stromerzeugung in Deutschland im Jahr 2017, S. 26
- [4] Solarstrom, Wikipedia, abgerufen: 12/2018
- [5] Windenergie-Ausbau in Deutschland, www.windbranche.de
- [6] Stromerzeugung, Wikipedia, abgerufen: 12/2018
- [7] dena-Gebäudereport kompakt, 2018, S. 18
- [8] Ergebnisse der Ausschreibungsrunden für Windenergie-Anlagen an Land 2018, www.bundesnetzagentur.de
- [9] Ausschreibungen 2017, Ergebnisse der drei Ausschreibungen für Solaranlagen, www.bundesnetzagentur.de
- [10] RWE-Geschäftsbericht 2017, S. 31–33
- [11] Süddeutsche Zeitung
- [12] Agora-Energiewende_Synchronisierung_Netze_EE_Netzausbau_web.pdf
- [13] Arepo Consult: Arbeitsplätze in Braunkohleregionen – Entwicklungen in der Lausitz, dem Mitteldeutschen und Rheinischen Revier, Kurzstudie für die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin, 01.07.2017
- [14] Gutachten: Sozialverträgliche Ausgestaltung eines Kohle-konsens, enervis im Auftrag von ver.di, September 2016
- [15] Fakten und Argumente Kraftwerkspark in Deutschland, BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, Berlin 27. April 2018
- [16] Bewertung der Netzsicherheit bei einem „Fuel Switch“ von Braunkohle zu Erdgas in Deutschland in 2020, IAEW Institut für Elektrische Anlagen und Energiewirtschaft, 20.07.2018
- [17] Warum Braunkohle besonders schädlich fürs Klima ist, wdr.de/wissen, 06.11.2017
- [19] Agora Energiewende: Eine Zukunft für die Lausitz, Berlin 2017
- [20] Die Welt: Gaskraftwerke könnten Braunkohle vollständig ersetzen, 30.07.2018
- [21] Roadmap Speicher, Fraunhofer IWES, AEW, RWTH, S. 54
- [22] DLR Presseinformation: Adele soll Strom sicher, effizient und in großen Mengen speichern, 19.01.2010
- [23] RWE-Projekt Adele macht Staßfurt mit der Energiewende weltweit bekannt, Salzland-Kurier, 08.08.2012
- [24] Pläne zum Druckluftspeicher eingestellt, Volksstimme.de, 31.03.2015
- [25] Agora Energiewende: Agora_Speicherstudie_web.pdf, Stromspeicher in der Energiewende, September 2014
- [26] Nelufar Jusefy: Anwendungsbereiche von Power-to-Gas auf Haushaltsebene, Bachelorarbeit, 14.05.2018, Technische Hochschule Köln
- [27] Handelsblatt: Netzbetreiber wandeln Strom in Gas um, 20.06.2018
- [28] VCD: 180515_PM_Elektrifizierung_end.pdf, Cottbus, 15.05.2018
- [29] Mehr Strom, Süddeutsche Zeitung, 17.10. 2018
- [30] UBA: Potenzial der Windenergie an Land, Dessau-Roßlau, Juni 2013
- [31] Fraunhofer IWES: Energiewirtschaftliche Bedeutung der Offshore-Windenergie für die Energiewende, Kurzfassung, 2014
- [32] Bundesverband Windenergie: Potenzial der Windenergienutzung an Land, 2011
- [33] Umweltbundesamt: Energieziel 2050, 100 % Strom aus erneuerbaren Quellen, Dessau-Roßlau, Juli 2010
- [34] Fraunhofer ISE: Installierte Netto-Leistung zur Stromerzeugung in Deutschland, www.energy-charts.de, abgerufen: 1/2019
- [35] Spektrum.de Eine gigantische Batterie im Untergrund, 24.09.2018
- [36] Yu Ding; Yafei Li; Guihua Yu: Exploring Bio-inspired Quinone-Based Organic Redox Flow Batteries: A Combined Experimental and Computational Study, Chem 1, 790–801, November 10, 2016

[37] Öko-Stromspeicher; Redox-Flow-Batterien mit Lignin-Elektrolyten, energieexperten.org, 12.05.2017

[38] CMBlu und Schaeffler wollen organische Redox-Flow-Großspeicher industrialisieren, pv, 30.11.2018

[39] Der Tag an dem der Strom knapp wurde, FAZ, 12.01.2019

[40] Aluminium-Werke in Deutschland, Dr. Ludwig Lindner, buerger-fuer-technik.de

[41] Statista.com: Statistik zur Verpackungsindustrie in Deutschland

[42] Politikbrief September 2018, VCI Verband der Chemischen Industrie e.V., Kunststoffe

[43] Stefan Schridde: Murks? Nein Danke!, Was wir tun können, damit die Dinge besser werden, Oekom Verlag, München 2014

[44] Frührente für Bagger und Kumpel, Süddeutsche Zeitung, 29.01.2019

[45] Gregor Czisch: Szenarien zur zukünftigen Stromversorgung, Kostenoptimierte Variationen zur Versorgung Europas und seiner Nachbarn mit Strom aus erneuerbaren Energien, Dissertation, Kassel 2005

[46] Siemens: Fact Sheet Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ), Stand Juli 2012

[47] Fraunhofer ISE, Energy Charts, Stromflüsse zwischen Deutschland und seinen Nachbarn in 2018

[48] Kohleausstieg in Holland birgt Zündstoff für Uniper, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.01.2019

[49] Der Windkraft geht die Puste aus, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.01.2019

[50] abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf



Winfried Wolf

MIT DEM ELEKTROAUTO IN DIE SACKGASSE

Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt

ISBN 978-3-85371-450-8, br., 216 Seiten, 17,90 Euro,
E-Book: 978-3-85371-870-4, 14,99 Euro



Christian Koller/Matthias Marschik

DIE UNGARISCHE RÄTEREPUBLIK 1919

Innenansichten – Außenperspektiven – Folgewirkungen

ISBN 978-3-85371-446-1, br., Bilder, 280 Seiten, 21,90 Euro

PROMEDIA
www.mediashop.at

RÄTEDEMOKRATIE? WAS SONST!

In den folgenden Ausführungen werden einige Grundzüge der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umrissen, für die sich nach Ansicht des Autors revolutionäre Sozialist*innen starkmachen sollten.

■ **Jakob Schäfer**

Der Sozialismus, den wir wollen, stellt mindestens auf zwei Ebenen eine große Herausforderung dar: ökonomisch insofern, als es zu erläutern gilt, auf welcher Grundlage eine nachkapitalistische Wirtschaftsordnung funktionieren kann; politisch deswegen, weil die kapitalistische Klassenherrschaft durch ein radikal anderes System ersetzt werden muss, sollen nicht die alten Verhältnisse gleich wieder durch die Hintertür eintreten.

Zur Herausforderung aus ökonomischer Sicht

Ablehnend oder zumindest skeptisch gegenüber einer geplanten Wirtschaft sind viele Menschen vor allem aus folgendem Grund: Sie können sich kaum vorstellen, dass ein so komplexes Gebilde wie eine Volkswirtschaft (erst recht im Verbund mit anderen Volkswirtschaften) überhaupt effektiv (also ohne Fehlsteuerung und Verschwendung) geplant werden kann und zwar möglichst ökologisch, sodass nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei produziert und konsumiert wird.

Eine bedürfnisorientierte Ökonomie wird grundsätzlich immer nur auf Grundlage einer voll entfalteten Demokratie möglich sein, einer Räte-demokratie. Diese gilt es im zweiten Teil zu erläutern.

Aus systemischen Gründen ist eine geplante Wirtschaft der anarchischen Produktionsweise des Kapitalismus weit überlegen.

■ „Kapitalistisches Wirtschaften kann nicht vorhersehen und kann nur im Nachhinein (post festum) reagieren. Weder kann also das einzelne Unternehmen wissen, welche Vorteile sich andere real verschaffen werden (und durchsetzen), noch können die Konsument*innenwünsche im Kapitalismus vorher erfasst werden. Sie werden erst in Verbindung mit der Kaufkraft ermittelt. Tatsächliche Bedürfnisse sind so nur sehr verzerrt (oder gar nicht) feststellbar. Faktisch herrscht im Kapitalismus auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene Anarchie, eine Form des Wirtschaftens und des Zusammenlebens, die die Menschheit teuer zu stehen kommt.

■ Im Kapitalismus werden keine großen Investitionen getätigt, wenn sie nicht direkt oder indirekt für das Kapital nutzbringend sind. Säkulare Investitionen, mit denen keine Profite zu erzielen sind, die aber für die Gesamtgesellschaft äußerst sinnvoll wären, haben im Kapitalismus keine Realisierungschancen. Am deutlichsten springt dies heute bei den notwendigen Umbaumaßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels ins Auge, betrifft aber grundsätzlich alle Bereiche von der Bildung über die Gesundheitsvorsorge, Ernährung usw. bis zu großen ökologischen Reparaturmaßnahmen.

■ Aufgrund der kapitalistischen Konkurrenz und des Strebens nach möglichst kurzfristiger Verwertung des Kapitals (und damit auch nach maximalem Profit) ist es

dem kapitalistischen System nicht möglich, den Einsatz der begrenzten Ressourcen so zu planen und einzusetzen (und langfristig, nicht profitorientiert in alternative Stoffe und Techniken zu investieren), dass sie auch für künftige Generationen in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Am deutlichsten tritt dies heute in der auf Öl basierten Energiewirtschaft zu Tage, wo Mensch und Natur nicht nur immer rücksichtsloser ausgebeutet werden, sondern wo die Energieeinsparung grundsätzlich nicht im Interesse des Kapitals ist (wohl aber im Interesse der Menschheit läge). Aber auch andere Ressourcen (v.a. bestimmte Edelmetalle) werden gemäß der kapitalistischen Logik brutal (und dabei nicht nur im Kongo mit kriegerischen Mitteln) gefördert und vermarktet.“¹

Selbst unter den Bedingungen einer von Krieg und Bürgerkrieg völlig ruinierten Infrastruktur konnten in der Sowjetunion der 1920er Jahre durch die Planwirtschaft qualitativ andere Fortschritte im Lebensstandard breiterer Schichten erzielt werden, als dies in Ländern mit vergleichbarem technologischen Stand, aber unter kapitalistischen Bedingungen möglich war. Die Verfestigung der Bürokratenherrschaft und die stalinistische Diktatur ab Ende der 1920er Jahre allerdings bedeuteten nicht nur Terror für große Teile der Bevölkerung, sondern hatte mit der Kommandowirtschaft auch gewaltige Fehlplanungen und ökologische Verheerungen zur Folge. Auf diese Weise – und auf Konkurrenz mit dem Kapitalismus ausgerichtet – zehrte die Sowjetunion dann mit einer extraktivistischen Wirtschaftsweise von der Substanz und musste früher oder später zusammenbrechen.

Wird nach der Entmachtung und Enteignung der Bourgeoisie unter den heute existierenden Bedingungen etwa Mitteleuropas eine Wirtschaft geplant, so kann sie auf eine qualitativ andere Produktivität bauen und andere Mittel nutzen, als dies der staatlichen Planungsbehörde der Sowjetunion (Gosplan) möglich war. Dies betrifft die Produktionstechniken, die Informations- und Kommunikationstechnologie, vor allem aber die Planungsmöglichkeiten, die uns heute mit den fortgeschrittenen Planungs- und Steuerungsprogrammen zur Verfügung stehen.

Ohne hier ins Detail gehen zu können², sei kurz auf die gewaltigen Möglichkeiten moderner ERP-Programme verwiesen: *Enterprise-Resource-Planning* (ERP) ist der Kern heutiger Unternehmenssteuerung. Mithilfe umfangreicher, sehr detaillierter und vielfältig verknüpfter Teilprogramme werden dabei geplant und gesteuert: Materialbedarfsplanung, Materialbeschaffung und Materialwirtschaft

(einschließlich der fixen Betriebsmittel), der eigentliche Produktionsprozess (samt Personalüberwachung), die Steuerung der Lieferanten (bis hinein in *deren* Produktionsplanung), die Finanzplanung, aber auch Forschung und Entwicklung.

Vorläufer waren die BDE/PPS Programme³, die dafür sorgten, dass alle für die Herstellung der Erzeugnisse und Komponenten erforderlichen Materialien an der richtigen Stelle, zur richtigen Zeit und in der richtigen Menge zur Verfügung standen. Heute gehen die Planungen bis in die Kernbereiche der Produktionsplanung der *Lieferanten* hinein (= eine fortgeschrittene Form des SCM⁴). Diese arbeiten dann oft mit webbasierten Programmen, sodass die System-Oberfläche in einem Browserfenster dargestellt wird, was den unternehmensexternen Zugriff (also durch den Abnehmerkonzern) erleichtert. Zu diesen „ERP II-Systemen“ gehört z. B. auch das CRM (Customer Relationship Management).

Die großen Konzerne planen und steuern mit diesen Programmen internationale Wertschöpfungsketten. Jeder einzelne der zehn größten Konzerne setzt jährlich mehr um als das jeweilige Bruttoinlandsprodukt ganzer Länder wie Tschechien, Israel, Malaysia usw. Und wenn wir nur auf die ersten drei Konzerne schauen, so setzt jeder einzelne von ihnen bereits mehr um als ein ganzes Land wie Schweden oder alle nachfolgenden (Norwegen, Griechenland usw.).

Da einige dieser großen Konzerne durchaus in verschiedenen Branchen aktiv sind, können wir davon ausgehen, dass die heute zur Verfügung stehenden Programme wie auch die Rechnerleistungen vollkommen ausreichen, auch eine gesamte Volkswirtschaft zu planen und so durchschaubar darzustellen und mit unterschiedlichen Optionen auszustatten, dass die Bevölkerung mittels Abstimmungen unter ihnen auswählen kann. Dafür muss halt „nur“ die Bourgeoisie entmachtet und müssen die Produktionsmittel in gesellschaftlicher Hand sein.

Ökonomische und politische Grundzüge einer entfalteten Rätedemokratie

Ein paar Klarstellungen vorneweg: Die folgenden Ausführungen umreißen keine Strategie zur Entmachtung der Bourgeoisie. Dies muss anderen Texten vorbehalten bleiben. Zweitens sollen hier auch keine Vorhersagen dessen getroffen werden, was sich im Einzelnen nach der Revolution abspielen wird.

Ein aktiv geführter Streik ist im Ansatz ein Stück Gegenmacht und kann sich bei entsprechender Intensität und

Ausdehnung zu einer regelrechten Machtprobe mit der bürgerlichen Klasse entwickeln.

„Wenn man die Entwicklung eines lokalen Generalstreiks beobachtet; wenn sich dann demokratisch gewählte Streikkomitees nicht nur in einer Fabrik, sondern in allen Fabriken der Stadt (vielmehr noch in der Region, im Land) bilden, die von Vollversammlungen der Streikenden gewählt werden; wenn diese Komitees sich zusammenschließen, sich zentralisieren und ein Organ schaffen, welches regelmäßig seine Delegierten zusammenruft, dann entstehen *territoriale Arbeiterräte*, Basiszellen des zukünftigen Arbeiterstaates. Der erste »Sowjet« in Petrograd war nichts anderes als das: ein Rat der Delegierten der Streikkomitees der wichtigsten Fabriken der Stadt. [...] Ohne eine Reihe *bewusster* Entscheidungen kann kein Streik das Regime in Frage stellen, kann sich kein Streikkomitee in einen Sowjet verwandeln.

Der Sturz des bürgerlichen Staates erfordert somit eine bewusste und zentralisierte Aktion. Die Organisation einer sozialisierten und geplanten Wirtschaft verlangt ihrerseits bewusste, artikulierte und aufeinander abgestimmte Maßnahmen“⁵

Die Prozesse (vor und nach der Revolution) können sehr unterschiedlich sein, aber zwei Dinge können als gesichert angesehen werden: Räte bilden sich unter sehr verschiedenen Bedingungen und wenn dies geschieht, dann in der Regel ohne eine Aufarbeitung geschichtlicher Erfahrungen, sondern fast immer sehr spontan, einem urwüchsigen Trieb nach Selbstermächtigung breiter Bevölkerungsschichten folgend. Zweitens erweisen sich die Räte immer wieder als die demokratischste Machtausübung schlechthin, um Welten demokratischer als jegliche Form bürgerlicher Herrschaft. Gut nachzulesen ist dies in zwei Standardwerken zum Thema Räte, nämlich in der von Ernest Mandel herausgegebenen Anthologie sowie in der Textsammlung von Dario Azzellini.⁶

Und noch eine wichtige, sehr prinzipielle Feststellung: Nicht jede Revolution muss sich mit Hilfe von Räten gegen die Bourgeoisie durchsetzen. Aber für den Aufbau und die Festigung einer nichtkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird es ohne die Einrichtung von Räten – oder *räteähnlichen* Strukturen (wobei der Name keine Rolle spielt) – *nicht* möglich sein, „die ganze alte Scheiße“ hinter sich zu lassen und Wege für die Emanzipation der Menschen zu öffnen. Dies hat wirtschaftliche und politische Gründe.

Eine Räte Demokratie ist nicht nur auf die tatsächliche politische Mitwirkungsmöglichkeit aller ausgerichtet,

sondern ist auch eine ökonomische Voraussetzung, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu überwinden:

1. Sie muss von Anfang an das Ziel haben, den Staat als gesondertes Herrschaftsgebilde überflüssig zu machen und absterben zu lassen.
2. Die neue Gesellschaft kann nur dann die Emanzipation der Menschen überhaupt ermöglichen, wenn diese gemeinsam über ihr Schicksal auch auf ökonomischer Ebene befinden. Gemeinsam (mit demokratischen Mehrheitsentscheidungen) muss also entschieden werden, was und auf welche Weise produziert wird und wie es zu verteilen ist. Daraus ergibt sich die unabwendbare Konsequenz, dass eine bedürfnisorientierte Ökonomie die mittelfristige Abschaffung der Warenform und des Geldes überhaupt anstreben muss.

Die Hauptschritte zur Durchsetzung einer demokratisch geplanten Wirtschaft müssen mit einem Schlag erfolgen, nämlich mit dem positiven Ausgang der revolutionären Krise und der Machtergreifung durch die assoziierten Produzent*innen.

„Planung bedeutet Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen nach bewusst aufgestellten Prioritäten anstatt gemäß den blinden Kräften des Markts und des Profitgesetzes. *Wer aber legt diese Prioritäten fest*, welche den Wohlstand Dutzender und Hunderter Millionen von Menschen betreffen?

Grundlegend gibt es nur zwei Mechanismen, die an die Stelle der Herrschaft des Wertgesetzes treten können:

- entweder bürokratische Entscheidungen, die der Masse der Produzent*innen bzw. Konsument*innen von oben *aufgezwungen* werden (gleich wie ihr Ursprung und Charakter aussehen mag, vom aufgeklärten technokratischen Paternalismus bis zum äußersten willkürlichen Despotismus vom Typ Stalins);
- oder Entscheidungen, die *von der Masse der Produzent*innen selbst getroffen* werden, mittels des Mechanismus der demokratisch zentralisierten Arbeiter*innenmacht, d.h. dank dem Funktionieren der sozialistischen Demokratie.“⁷

Eine Planwirtschaft (bedürfnisorientierte Ökonomie) kann nicht in den Poren der alten Gesellschaft entstehen. Schon gar nicht kann sie dort Anziehungskraft oder gar ökonomische Dominanz entwickeln. Konkurrenzwirtschaft (also kapitalistische Anarchie) und geplante Ökonomie schließen sich gegenseitig aus. Keime des künftigen Produktionsverhältnisses kann es im Kapitalismus

strukturell nicht geben, und auch die politischen Strukturen können nur in der allgemeinsten Form und nur *ansatzweise* auf Formen des künftigen Zusammenlebens bzw. künftiger gemeinsamer Verwaltung der Gesellschaft verweisen.

Ansatzweise kann die Betriebsbesetzung eine Vorahnung geben, aber eben nur auf der betrieblichen Ebene, nicht auf der Ebene *gesellschaftlichen Funktionierens* und der positiven Aufhebung der Warenproduktion. Auch ein besetzter Betrieb stellt Waren her, die auf dem nationalen (oder internationalen) Markt (gegen Geld oder andere Waren) getauscht werden.

Eine Fortführung der Produktion unter Arbeiter-selbstverwaltung ist auf Dauer nur vorstellbar, wenn es eine radikale Umwälzung der Besitzverhältnisse auf *gesellschaftlicher* Ebene gegeben hat, sodass ein gesamtgesellschaftlicher Plan erstellt werden kann. Nur dieser kann dem Kapitalismus überlegen sein. Zur Vorbereitung wird es allerdings nicht unerheblich sein, wie weit es der anti-kapitalistischen Bewegung (präziser: der sozialistischen/kommunistischen Linken) gelingt, im Alltagsbewusstsein der Menschen „politische Hegemonie“ (Antonio Gramsci) zu erobern.

Die wesentlichen Wirtschaftsentscheidungen werden nicht mehr vom Wertgesetz diktiert sein, Investitionen werden sich nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen richten, und zwar basierend auf einer demokratischen Entscheidung der jeweils Betroffenen. Allerdings können nicht mit einem Schlag alle Bedürfnisse mittels freier Verteilung der vorhandenen Güter befriedigt werden. Aber: Je grundlegender die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse sein soll, umso mehr gesellschaftliche Ressourcen müssen dafür aufgebracht werden, damit es weder Existenzsorgen noch Benachteiligung gibt. Das Verschwinden der Warenproduktion muss zwar das gesellschaftliche Ziel sozialistischer Planung sein, aber es lässt sich nicht administrativ durchsetzen.⁸

Ohne eine breiteste – auf Räten oder räteähnlichen Strukturen basierende – Beteiligung der Bevölkerung kann es keine wirklich bedürfnisorientierte und gleichzeitig auch effektive Wirtschaftsordnung geben.

Funktionsweise der Räte

„Das Regime der proletarischen Diktatur höre [...] schon bei seiner Geburt auf, ein »Staat« im alten Sinne des Wortes zu sein, d. h. ein spezieller Apparat, der die Mehrheit der Bevölkerung zum Gehorsam zwingt. Mit den Waffen geht die materielle Gewalt direkt und unmittelbar in die Hände

der Organisationen der Werktätigen, zum Beispiel der Sowjets über. Der Staat als bürokratischer Apparat beginnt vom ersten Tage der proletarischen Diktatur an abzusterben.“⁹

In einer wirklichen Demokratie müssen *alle Betroffenen* auf der für sie jeweils relevanten Ebene (zu den sie betreffenden Fragen) uneingeschränkte Entscheidungsbefugnis haben. Sobald die Zahl der Betroffenen zu groß wird (eine Diskussion und Abstimmung unter Tausenden oder Zehntausenden von Menschen ist nicht umsetzbar), muss ein Delegierten-System aufgebaut werden. Entscheidend beim Rätekonzept: Diese Delegierten werden von der jeweiligen Ebene der Betroffenen gewählt und können jederzeit abgewählt (abberufen) werden.

Ein imperatives Mandat sollen diese Delegierten nicht haben, sonst bräuchte es eine Diskussion und Auseinandersetzung (mit dem Ziel der gegenseitigen Überzeugung oder des Findens neuer Lösungen) gar nicht zu geben.¹⁰ Wenn nun der oder die Delegierte gegen den Willen der jeweils sie Entsendenden (also ihrer „Basis“) handelt (abstimmte), muss das Recht gewährleistet sein, diese Delegierten mit sofortiger Wirkung abzuberufen.

Heute können wir die Debatten der Delegierten auf den Ebenen, auf denen nicht wir selbst anwesend sind, aber wohin wir unsere Delegierten geschickt haben, live (oder als Aufzeichnung) mitverfolgen. Es lässt sich also nachvollziehen, wie die Delegierten sich verhalten haben, ob ihr Abstimmungsverhalten (im Lichte der Diskussion) von den Menschen zu Hause gebilligt wird oder nicht.

Und noch ein anderer großer Vorteil ergibt sich aus den Möglichkeiten moderner Informationstechnologie: Es lässt sich heute nach entsprechenden Diskussionen in der Gesamtbevölkerung viel leichter eine direkte Abstimmung durch die Gesamtheit aller Betroffenen durchführen. Das wird bestimmt nicht für jede Einzelfrage Sinn machen, aber für wichtige grundlegende Richtungsentscheidungen sehr wohl. Über welche Fragen, wie und wie oft dann von allen in Volksentscheiden befunden werden soll, genau das wird die Bevölkerung selbst entscheiden können.

„Nur durch konkrete Teilnahme an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen können die Massen lernen, derartige Entscheidungen mit immer mehr Effizienz zu treffen. Niemand kann schwimmen lernen, ohne ins Wasser zu gehen.“¹¹ Die Menschen und die von ihnen gewählten Räte werden die Auswirkungen ihrer Entscheidungen im Positiven wie im Negativen zu spüren bekommen und deshalb ganz andere Lernprozesse durchmachen als ein unbeteiligter „Betrachter“. D. h., Räte und ihre Basis

sind zur Selbstkorrektur in der Lage und entsprechend motiviert.

Wer entscheidet?

Bei der Frage nach den „Betroffenen“ muss klar sein, dass es diese *auf drei unterschiedlichen Ebenen* gibt: als Produzent*innen, als Konsument*innen und auf der territorialen Ebene (also Stadtteil, Stadt, Region usw.). Auf der letztgenannten Ebene – auf das gesamte Land bezogen – wird sinnvollerweise die höchste Instanz angesiedelt sein müssen, die auch *konstitutionelle Entscheidungen* zu treffen hat. Ganz selbstredend wird auf allen diesen Ebenen das Prinzip gelten, dass jeder und jede das gleiche Stimmrecht hat. Es wird also beispielsweise keine Unterscheidung zwischen Einheimischen und Migrant*innen geben.

Es versteht sich, dass über die Arbeitsbedingungen der Produzent*innen, die davon nicht betroffenen Konsument*innen nicht mitzuentcheiden haben. Umgekehrt haben die Produzent*innen nicht etwa gegenüber anderen Teilen der Bevölkerung (also solchen in der Ausbildung oder in Rente usw.) höhere Rechte, wenn es um die Form des Zusammenlebens, die Entscheidung zum Bau von Infrastrukturprojekten usw. geht. Und die Produzent*innen können nicht allein bestimmen, was, in welcher Form und in welcher Menge produziert wird. Das muss sich logischerweise aus den gesamtgesellschaftlich entschiedenen Prioritäten ergeben.

Ernest Mandel führte in seinem Referat bei der „Praxis“-Gruppe aus, dass die „zentralen Planziele durch Mehrheitsbeschluss der assoziierten Produzenten nach voll demokratischer Diskussion, vollem Zugang zu allen Informationsquellen und reichlicher Auswahl zwischen zahlreichen Planvarianten bestimmt werden“ müssen.¹²

Und in „Der dritte Weg“ schreibt Mandel: „Demokratische sozialistische Planung auf der Grundlage einer klar als solche erkennbaren Selbstverwaltung bedeutet, dass die Prioritäten in der Verteilung uneingeschränkt zur Verfügung stehender ökonomischer Güter in demokratischer Weise von den Produzenten/Konsumenten/Staatsbürgern selbst getroffen werden. Dabei muss die Möglichkeit einer bewussten Wahl zwischen mehreren durchschaubaren Alternativen gewährleistet sein; diese Wahl muss auf der Basis eines in jeder Hinsicht pluralistischen Mehrparteiensystems zur Gänze öffentlich und unter Einhaltung aller demokratischen Freiheiten erfolgen.“¹³

Mit diesem Gesamtinstrumentarium ist die selbstverwaltete Planung unvergleichlich effektiver als die für den anonymen Markt produzierenden (und zwangsläufig kon-

kurrierenden!) Einzelpläne kapitalistischer Unternehmen. „Die Erfahrung hat jedoch auch gezeigt, dass dieser Mechanismus der im System der Arbeiterräte demokratisch zentralisierten Arbeitermacht die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Widersprüche des Aufbaus des Sozialismus nicht ohne zusätzliche, *vom Rätestaat unabhängige* Korrektivinstrumente bewältigen kann. Die Existenz *unabhängiger Gewerkschaften* und eines Arbeitsrechts, das das *Streikrecht* garantiert, sind in dieser Hinsicht ausschlaggebend, um die Verteidigung der Bedürfnisse der Arbeitenden und ihres Lebensstandards gegenüber den Beschlüssen der Arbeiterräte und insbesondere gegen jede bürokratische Willkür der Verwaltungsorgane sicherzustellen.“¹⁴

Aber die Räte werden nicht nur wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen haben. Der neue Typus gesellschaftlicher (und vorläufig noch staatlicher) Ordnung wird alle Bereiche unter größtmöglicher Beteiligung aller organisieren. Dazu gehört die Wahl aller Verwaltungsbeamten*innen, der Richter*innen usw. und die Beschränkung ihrer Einkommen, sowie die „gleichzeitige Ausübung von legislativer und exekutiver Gewalt durch Institutionen vom Typ der Sowjets; radikale Herabsetzung der Zahl der Berufsbeamten und zunehmende Übertragung der Verwaltungsaufgaben auf direkt von den Arbeitenden gebildete Organe. Dies bedeutet, mit anderen Worten, eine demokratische Vertretung in der Art der Sowjets, was – im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie – immer umfangreichere Formen direkter Demokratie zur Folge hat.“¹⁵

„Der Aufbau einer klassenlosen sozialistischen Gesellschaft ist zugleich ein Prozess der Umwandlung sämtlicher Aspekte des gesellschaftlichen Lebens. Er schließt eine konstante Veränderung nicht nur der Produktionsverhältnisse, der Distributionsweise, des Arbeitsprozesses, der Formen der Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft, der Sitten, der Gebräuche und der Denkgewohnheiten der großen Mehrheit der Bevölkerung ein, sondern auch einen grundlegenden Umbau der Städte, eine vollständige Revolution des Bildungswesens, die Wiederherstellung und den Schutz des ökologischen Gleichgewichts, technologische Neuerungen zum Erhalt der seltenen Naturvorkommen usw.“¹⁶

Eine umfassende Rätedemokratie hört also selbstredend nicht bei der Klärung der Machtverhältnisse im Betrieb oder der Wirtschaftsplanung auf. „Dies bedeutet, dass die Arbeiter*innenräte, auf denen die Diktatur des Proletariats beruhen wird, nicht nur aus Fabrikkomitees bestehen werden, sondern aus Organen der Selbstorgani-

sation der Massen in allen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, einschließlich selbstverständlich der Fabriken, der Betriebe für die Güterverteilung, der Krankenhäuser, der Schulen, der Einrichtungen für Telekommunikation und Transport und der Stadtviertel (territoriale Einheiten).¹⁷

Es versteht sich, dass es umfassende Informations- und Organisationsfreiheit geben muss. „Unbegrenzte politische Freiheit für alle Individuen, Gruppen, Tendenzen und Parteien, die das Kollektiveigentum und die Verfassung des Arbeiter*innenstaats praktisch anerkennen, so lautet unsere programmatische und prinzipielle Richtlinie.“¹⁸

Dezentralisierung

Aus zwei ganz wesentlichen Gründen wird eine sehr weitgehende Dezentralisierung der Wirtschaft (national und international) umgesetzt werden müssen: *Erstens* ist eine reale Entscheidungsbefugnis der Menschen über das, was und wie produziert wird, nur möglich, wenn diese Angelegenheiten nicht weit entfernt abgehandelt werden und sie selbst möglichst unmittelbaren Einblick (reale Beteiligung) haben. Und *zweitens* müssen allein aus Klimaschutzgründen möglichst viele Transporte (von Gütern, aber auch Personen) vermieden werden.

Sicherlich wird in einer demokratisch geplanten Wirtschaft nicht alles in einer „Garagenwerkstatt“ zu fertigen sein, und es wird auch Arbeitsteilung geben. Aber wenn nicht mehr die Verwertungsinteressen des Kapitals über die Größe von Fertigungsanlagen bestimmen und wenn der Klimawandel wirklich gebremst (bzw. gestoppt) werden soll, dann muss die Wirtschaft sehr weitgehend dezentralisiert werden.

Mit dieser generellen Zielsetzung sind natürlich noch lange nicht alle Kompetenzabgrenzungen im Verhältnis von Zentralität und Dezentralität geklärt und schon gar nicht ein für alle Mal. Wie auch in anderen Fragen müssen wir dies als ein fließendes System begreifen, bei dem außer den wichtigen Prinzipien (v. a. das Prinzip der größtmöglichen Beteiligung aller) nichts für alle Zeiten festgelegt werden kann.

Arbeiter*innenkontrolle und Arbeiter*innen-selbstverwaltung

Der Kampf um Arbeiterkontrolle ist die politisch wertvollste Vorbereitung auf die Räteherrschaft. „Die Arbeiterkontrolle [...] verlangt ein Vetorecht der Arbeiter auf einer ganzen Reihe von Gebieten, die ihre tägliche Existenz im Betrieb oder ihre Anstellungsdauer betrifft.

Die Arbeiterkontrolle [...] verlangt [...] die weitestgehende Veröffentlichung aller Geheimnisse, die zur Aufklärung der Arbeiter beitragen können, und dies nicht nur durch die Untersuchung der Rechnungsführung der Betriebe und ihrer Bankoperationen, sondern auch und vor allem durch die Nachprüfung am Arbeitsplatz, durch die Konfrontation dieser Daten mit der ökonomischen Wirklichkeit des Betriebes. [...]

Die Arbeiter akzeptieren nicht mehr, dass das Kapital die Herrschaft über Betriebe und Wirtschaft innehat; sie akzeptieren nicht mehr die Logik der kapitalistischen Wirtschaft, jene des Profits; sie suchen, die Wirtschaft auf Grundlage anderer Prinzipien – den sozialistischen, die ihren eigenen Interessen entsprechen – umzugestalten.“ (E. M. in AAA)

Diese Orientierung steht im Gegensatz zur Losung der Arbeiterselbstverwaltung innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung: „Wenn die syndikalistische und proudhonistische Idee einer Aneignung der Produktionsmittel jeder Fabrik durch die Arbeiter bereits utopisch ist, so geht die einer solchen Aneignung durch isolierte »genossenschaftliche« oder »selbstverwaltete« Betriebe innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft [...] noch weiter ins Utopische. . Soweit diese Unternehmen nicht zum raschen Fehlschlag verurteilt sind [...], verwandeln sie sich unvermeidlich in Betriebe, die kapitalistische Ausbeutungsbeziehungen mit der Außenwelt herstellen. Nur in Zeiten revolutionärer Krisen, wenn sich die Erfahrung der Arbeiterkontrolle bereits zu verallgemeinern beginnt und somit nicht Gefahr läuft, in einigen Betrieben isoliert zu bleiben, können die durch die Arbeiter besetzten Betriebe die Arbeiterselbstverwaltung einführen und somit die Verschärfung der Krise beschleunigen und sie zum entscheidenden Kampf um die Macht auf nationaler Ebene vorantreiben.

Aus dem gleichen Grund ist es falsch, die Losung der »Arbeiterkontrolle« heute durch jene der »Arbeiterselbstverwaltung« als zentrale Losung des Übergangsprogramms zu ersetzen. [...] In agitatorischer Weise die Losung der Selbstverwaltung auszugeben, bedeutet, das entscheidende Problem, das es zu lösen gilt, als bereits gelöst zu betrachten. Zu glauben, dass die werktätigen Massen in den imperialistischen Ländern bereit seien, sofort die Verwaltung der Wirtschaft in eigene Hände zu nehmen, stellt einen Selbstbetrug dar und führt zur Verbreitung schädlicher Illusionen bezüglich des tatsächlichen Bewusstseinsstands dieser Massen.“ (Mandel in AAA)

Zur jugoslawischen Erfahrung der betrieblichen Selbstverwaltung, ohne dass die Menschen die Möglich-

keit hatten, gesamtgesellschaftlich über die Prioritäten zu bestimmen, schreibt E. Mandel: „In der gegenwärtigen Diskussion [Ende der 1960er Jahre] über diese Frage stehen sich zweifellos zwei gegensätzliche Erfahrungen gegenüber: die stalinistische und die jugoslawische. Von beiden Seiten versucht man, die möglichen Varianten der Betriebsverwaltung in das Dilemma einzuschließen: entweder Autonomie der Betriebe und Beurteilung ihres Erfolges nach dem globalisierenden Kriterium der finanziellen Rentabilität (des Profits), durch die Vermittlung des Marktes, oder administrative Zentralisierung, die die Unmöglichkeit jeglicher Arbeiterselbstverwaltung impliziert. [...] Was ist somit der Unterschied zwischen ökonomischem Zwang, der sich hinter dem Rücken der »Selbstverwalter« durchsetzt, und einer administrativen Verordnung, die ohne ihr Wissen getroffen wird? Sind nicht beide Verfahren in Wirklichkeit gleich und gleichfalls entfremdend? Und besteht die wirkliche sozialistisch-demokratische Lösung nicht darin, diese Entscheidungen durch Kongresse von Arbeiterräten auf allen Ebenen, wo Entscheidungen wirksam getroffen werden können, treffen zu lassen (es versteht sich von selbst, dass eine ganze Reihe dieser Entscheidungen innerhalb eines Betriebes und selbst innerhalb einer Betriebsabteilung und Werkstatt getroffen werden können)? [...]

Dieser Einfluss kann durch die Vermittlung des Marktes in einem System der dezentralisierten Betriebsverwaltung genauso wirksam wie in einem System der administrativen Zentralisation zur Entfaltung gelangen. Und zu den Faktoren, die die Demoralisierung der Arbeiter verursachen, darf man nicht nur den Mangel an wirklicher Beteiligung an der Betriebsverwaltung zählen (ein offensichtlicher Faktor der Entfremdung), sondern ebenfalls das Anwachsen sozialer Ungleichheit, die allgemeine Kommerzialisierung des gesellschaftlichen Lebens und die sich daraus ergebende Verdinglichung aller menschlichen Beziehungen, die wachsende Konkurrenz zwischen verschiedenen Arbeitergruppen, die Zersetzung kollektiver Solidarität, das neuerliche Wiederaufkommen von Arbeitslosigkeit und viele andere unvermeidliche Ergebnisse »sozialistischer Marktwirtschaft«, wie sie sich heute [in den 1960er Jahren] in Jugoslawien entwickeln.“ (E. M. in *AAA*)

Die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter*innen, die sich im revolutionären Prozess – v. a. in der Phase der Doppelherrschaft – durchsetzen bzw. erobern lässt, umfasst solche Momente wie Veto-Rechte gegen Entscheidungen der Betriebsleitung, Öffnung der

Bücher, Kontrolle der Arbeitsbedingungen. Sie sind das Experimentierfeld und bilden – dort, wo es vor dem Umsturz dazu kommt – einen ersten Erfahrungshintergrund für die Übernahme der Betriebe und für die Selbstverwaltung. Aber letztlich muss die Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeiter*innen (dann besser zu formulieren: durch die dort Beschäftigten) immer im gesellschaftlichen Zusammenhang begriffen werden. Eine völlige Selbstverwaltung der Betriebe (also eine Autonomie) muss sowohl zum Schutz der Beschäftigten wie auch der übrigen Bevölkerung abgelehnt werden.

Werden nämlich gewisse Produkte nicht mehr gebraucht, dann kann es nicht das Schicksal der zufällig in diesen Betrieben Beschäftigten sein, dies dadurch ausbaden zu müssen, dass sie dann ausrangiert werden, ganz unabhängig von einer materiellen Absicherung bei „Erwerbslosigkeit“. Erwerbslosigkeit in diesem Sinne kann es gar nicht mehr geben, weil schließlich von allen Arbeitsfähigen zu erwarten sein wird, dass sie einen Beitrag zur Reproduktion des Gemeinwesens leisten.

Und auf der anderen Seite kann es nicht im Belieben der einen oder anderen Belegschaft sein, bestimmte Produkte überhaupt oder in einer gewissen Form weiter zu fertigen, die von der Gesamtgesellschaft so nicht gewünscht werden. Das heißt: Der Souverän, die Gesamtbevölkerung der jeweiligen Region bzw. auch des nationalen oder supranationalen Rahmens, muss bei den grundsätzlichen Entscheidungen das letzte Wort haben.

Das betrifft nicht die Arbeitsbedingungen für jede einzelne Belegschaft. Diese muss ein Höchstmaß an Selbstbestimmung haben, wohl wissend, dass alle Beschäftigten ja auch gleichzeitig Konsument*innen sind.

Räte plus Parlament?

Aus den obigen Ausführungen sollte deutlich geworden sein, dass die Räte Demokratie nicht nur allen Betroffenen auf den jeweils sie betreffenden Ebenen offensteht, sondern gerade auf die aktive Beteiligung aller ausgerichtet ist, was allerdings mit einer bedeutsamen Verkürzung der Arbeitszeit verbunden sein muss, sodass diese Rechte nicht nur theoretischer Natur sind. Allein so können Fehlentwicklungen (nicht nur wirtschaftliche Fehlplanungen, sondern auch politisch-gesellschaftliche Fehlentscheidungen relevanten Ausmaßes) vermieden bzw. auf ein Minimum begrenzt werden.

Und genau deswegen ist eine Räte Demokratie einer repräsentativen Demokratie weit überlegen. Umfassende Demokratie ist nur dann gewährleistet, wenn es ein

Maximum an Mitwirkungsmöglichkeiten gibt, und zwar mittels Volksabstimmungen, mindestens aber über ein Delegiertensystem, das eine jederzeitige Rückberufung (Abwählbarkeit) sicherstellt. Nicht nur dürfen diese Delegierten über keine materiellen oder immateriellen Privilegien verfügen, sie müssen zu jeder Zeit voll rechenschaftspflichtig sein, was heute schon deswegen leicht zu realisieren sein wird, weil wir über ganz andere Mechanismen der Information über die ablaufenden Diskussionen verfügen, als dies im von Krieg und Bürgerkrieg verwüsteten Russland Anfang der 1920er Jahre der Fall war.

Ein repräsentatives System, wie wir es von Parlamenten in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung kennen, steht dem Prinzip der maximalen Beteiligung, der Rechenschaftspflicht und der Abwählbarkeit grundsätzlich entgegen. Hinzu kommt ein weiterer, sehr gewichtiger Einwand: Parlamentsabgeordnete, die also für eine festgelegte Periode gewählt werden und nicht unmittelbar rechenschaftspflichtig sind, haben immer die Tendenz, sich von ihrer Basis abzukoppeln und gesonderte (möglicherweise vom kapitalistischen Ausland gesponserte) Interessen zu verfolgen. Das gelingt ihnen umso leichter, je länger die Wahlperiode ist, je mehr sie gesonderte Informationen für sich behalten können, ohne direkt abberufen werden zu können usw.

Kodifiziertes Recht unabdingbar

Eine Räte Demokratie hat mitnichten zur Folge, dass die Räte immer über alles nach freiem Gusto entscheiden können, auch nicht der oberste Rätekongress auf nationaler Ebene. Ganz selbstverständlich muss es klare und verbindliche Rechtsmaßstäbe geben. Zitieren wir dafür noch mal aus der Resolution des XII. Weltkongresses der IV. Internationale: „Die IV. Internationale spricht sich für die Verteidigung und die Ausweitung der fortschrittlichsten Errungenschaften der bürgerlich-demokratischen Revolutionen auf dem Gebiet des Strafrechts und der Justiz aus und kämpft für deren Aufnahme in die sozialistischen Verfassungen und Strafgesetzbücher. Das betrifft Rechte wie:

1. die Notwendigkeit eines geschriebenen Gesetzes und die Ablehnung des Konzepts rückwirkender Straffälligkeit; die Anklage muss den Beweis für das Vergehen beibringen; der/die Angeklagte gilt bis zur Vorlage dieses Beweises als unschuldig;
2. das volle und uneingeschränkte Recht aller Individuen, ihre Verteidigung selbst zu bestimmen; volle und uneingeschränkte Immunität der Rechtsanwälte für jegliche

MARX ZUR NATIONALISIERUNG VON GRUND UND BODEN

„Die Nationalisierung des Bodens und seine Verpachtung in kleinen Parzellen an Einzelpersonen oder an Arbeitergenossenschaften würde unter einer bürgerlichen Regierung nur eine rücksichtslose Konkurrenz unter ihnen auslösen und eine gewisse Steigerung der „Rente“ mit sich bringen und dadurch den Aneignern neue Möglichkeiten bieten, auf Kosten der Produzenten zu leben.

Auf dem Internationalen Kongress in Brüssel 1868 sagte einer meiner Freunde [César de Paepe]:

„Das kleine Privateigentum hat der Urteilspruch der Wissenschaft zum Untergang verdammt, das große die Gerechtigkeit. Es bleibt also nur eine Alternative. Der Boden muß entweder das Eigentum von landwirtschaftlichen Assoziationen werden oder das Eigentum der gesamten Nation. Die Zukunft wird diese Frage entscheiden.“

Ich hingegen sage: Die Zukunft wird entscheiden, daß der Boden nur nationales Eigentum sein kann. Das Land an assoziierte Landarbeiter zu übergeben, würde heißen, die ganze Gesellschaft einer besonderen Klasse von Produzenten auszuliefern. Die Nationalisierung des Grund und Bodens wird eine vollkommene Änderung in den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital mit sich bringen und schließlich die gesamte kapitalistische Produktion beseitigen, sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft. Nur dann werden die Klassenunterschiede und Privilegien verschwinden, zusammen mit der ökonomischen Basis, der sie entspringen, und die Gesellschaft wird in eine Assoziation freier „Produzenten“ verwandelt werden. Von anderer Leute Arbeit zu leben wird eine Angelegenheit der Vergangenheit sein! Dann wird es weder eine Regierung noch einen Staat geben, die im Gegensatz zur Gesellschaft selbst stehen!

Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, mit einem Wort alle Zweige der Produktion, werden allmählich auf die nutzbringendste Art organisiert werden. *Die nationale Zentralisation der Produktionsmittel* wird die natürliche Basis einer Gesellschaft werden, die sich aus Assoziationen freier und gleichgestellter, nach einem gemeinsamen und rationellen Plan bewußt tätiger Produzenten zusammensetzt. Das ist das Ziel, welchem die große ökonomische Bewegung des 19. Jahrhunderts zustrebt.“

Aus Karl Marx: Über die Nationalisierung des Grund und Bodens, [1868], MEW 18: 59 ff

Erklärung oder Verteidigungsform im Verlaufe eines Prozesses;

3. die Verwerfung jeglichen Konzepts kollektiver Verantwortlichkeit von gesellschaftlichen Gruppen, Familien usw. für individuell begangene Verbrechen;
4. das strikte Verbot jeder Form von Folter oder der Abpressung von Geständnissen unter Zwang;
5. die Aufhebung der Todesstrafe mit Ausnahme von Situationen des Kriegs oder des Bürgerkriegs;
6. die Ausdehnung und allgemeine Einführung von öffentlichen Prozessen vor Geschworenengerichten;
7. die demokratische Wahl aller Richter*innen mit dem Recht auf Abberufung aller Gewählten nach Ermessen der Wähler*innen.¹⁹

So darf es z. B. nicht von den finanziellen Ressourcen des/der Betroffenen abhängen, ob ihm/ihr ein Rechtsanwalt freier Wahl zur Verfügung steht, wie dies in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung der Fall ist. Hier wie in allen anderen Bereichen muss gelten: Mit der geschriebenen Verfassung der neuen Gesellschaftsordnung (in Rojava nennt sich dies „Gesellschaftsvertrag“) müssen die Freiheitsrechte und der Schutz der Individuen (auch ihrer Privatsphäre) weit über das hinausgehen, was wir im Kapitalismus kennen.

Feministisch, ökologisch ...?

Hier wurde umrissen, auf welchen Prinzipien eine Räte-demokratie basiert und warum sie anderen Gesellschaftsformen überlegen ist. Mit der Enteignung der Bourgeoisie, der Etablierung einer Räte-demokratie und der Entwicklung einer demokratisch geplanten Wirtschaft (Grundlage der Freiheit der assoziierten Produzent*innen) sind ganz selbstredend nicht alle politischen Probleme gelöst. „Man muss herausstellen, dass es während des gesamten Prozesses des Aufbaus einer klassenlosen Gesellschaft soziale Kämpfe gegen gesellschaftliche Übel geben wird, die in der Klassengesellschaft wurzeln, aber nicht unmittelbar mit der Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung und der Lohnarbeit verschwinden werden. Die Unterdrückung der Frauen, die Unterdrückung der nationalen Minderheiten, die Unterdrückung und die Entfremdung der Jugend, die Diskriminierung der Homosexualität sind Urbilder für derartige Probleme, die sich nicht schlicht auf den „Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie“ zurückführen lassen.“²⁰

Wir können zwar umreißen, welche gesellschaftliche Struktur, welche Wirtschaftsordnung und welche Ent-

scheidungsmechanismen nach dem Sturz der Bourgeoisie angestrebt werden sollten, aber damit sind nicht alle Muttermale der alten Gesellschaft überwunden, schon gar nicht diejenigen, die schon weit vor dem Kapitalismus existierten. Mit anderen Worten: Feministisches oder z. B. ökologisches Bewusstsein lassen sich nicht dekretieren.

Es lassen sich aber bestimmte institutionelle Bedingungen schaffen, die es ermöglichen, die dann immer noch existierenden Widersprüche und Unterdrückungen offensiv anzugehen. Dazu gehören sicherlich etwa auch Quoten und dergleichen mehr, und genau dies wird politisch durchzusetzen sein.

Ein phantastisches Beispiel für eine Rätegesellschaft ist genau das, was heute in Rojava existiert. Diese Gesellschaft ist feministisch, weil dort in allen Entscheidungskörperschaften die Frauenquote von 40 % gilt. (Bei uns, also vor einem nicht ganz so extrem patriarchalen Hintergrund, müssten 50 % nicht nur beschlossen, sondern könnten auch leichter realisiert werden.) Rojava ist feministisch, weil alle Leitungspositionen doppelt besetzt werden – durch eine Frau und einen Mann. Es ist feministisch, weil mehrere zehntausend Frauen in weiblichen Kampfeinheiten mit großer Entschlossenheit ihre Heimat verteidigen und für die Freiheit der Frau kämpfen. Sie werden dabei von eindrucksvollen Kommandantinnen geführt, und sie sehen sich bewusst als Teil und als Vorhut der weltweiten Frauenbewegung. Rojava ist feministisch, weil in all seinen gesellschaftlichen Formationen die Rechte der Frau nicht nur propagiert werden, sondern strukturell verankert sind. Dieser Emanzipationsprozess läuft seit Jahren, zum Teil sogar schon seit Jahrzehnten, und hat eine breite Schicht von politisch sehr erfahrenen Aktivistinnen hervorgebracht, die heute zahlreiche Führungspositionen einnehmen. Begünstigt wurde dieser Prozess durch eine absurde partielle Blindheit des Assad-Regimes: Während die männlichen kurdischen Aktivisten ins Gefängnis geworfen und etliche auch ermordet wurden, haben ihre Frauen die politische Untergrundarbeit übernommen. Sie wurden vom Regime nicht wahrgenommen bzw. als politischer Faktor nicht ernst genommen.²¹

Der Gesellschaftsvertrag, den sich die Menschen in Nord- und Nordostsyrien gegeben haben, ist in jeder Beziehung demokratisch und emanzipativ. Dies wäre ohne die Rätestruktur und ohne die sehr umfassende politische Aktivierung und Beteiligung einer größtmöglichen Zahl von Menschen nicht möglich. Wenn wir uns dann noch vergegenwärtigen, dass diese Entwicklung mit vergleichsweise geringen technologischen Mitteln und sogar unter

seit Jahren herrschenden Kriegsbedingungen umgesetzt wird, so nötigt uns dies höchsten Respekt ab. Es zeigt die Überlegenheit kollektiver demokratischer Verwaltung einer Gesellschaft.

Es bleibt nur zu hoffen, dass dieses Projekt nicht von türkischen (oder anderen) Bombern und Panzern niedergemetzelt wird. Die Entwicklung internationalistischer Solidarität ist auf jeden Fall nicht nur ein Gebot der Humanität. Wirksame Unterstützung für dieses Projekt kann dazu beitragen, dass diese Flamme der Revolution im Nahen und Mittleren Osten und auch weit darüber hinaus Ausstrahlung entfaltet.

11.2.2019

1 Zitiert aus Jakob Schäfer: „Plädoyer für eine demokratisch geplante Wirtschaft“, <https://intersoz.org/plaedoyer-fuer-eine-demokratisch-geplante-wirtschaft/>

2 Detailliertere Ausführungen unter: <https://intersoz.org/plaedoyer-fuer-eine-demokratisch-geplante-wirtschaft/>

3 BDE/PPS. (Betriebsdaten-Erfassung/Produktionsplanung und -steuerung) war der Horror aller fortschrittlichen Betriebsräte in den 1970er und 1980er Jahren, weil damit nicht nur die Arbeitsvorbereitung geplant wurde, sondern auch die Leistungskontrolle und Personalüberwachung erleichtert wurden.

4 SCM (Supply chain management) umfasst das Management aller Vorprodukte.

5 Ernest Mandel, *Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie*, Frankfurt 1971. Dieses Buch ist nicht mehr erhältlich. Die ausgezeichnete Einleitung von E. Mandel findet sich unter: <https://intersoz.org/arbeiterkontrolle/>; im Folgenden zitiert als AAA. Hinweis: In den zitierten Passagen aus Texten von Ernest Mandel wurde (sehr) zurückhaltend auf die neue Rechtschreibung umgestellt, nicht aber bei dem aus der MEW entnommenen Text von K. Marx.

6 Ernest Mandel, a. a. O. in AAA Dario Azzellini: „Die endlich entdeckte politische Form“, *Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute*, Karlsruhe 2012 (Neuer ISP-Verlag)

7 „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats. Resolution des XII. Weltkongresses der IV. Internationale.“ [1985] <https://intersoz.org/sozialistische-demokratie/>

8 Mehr dazu in: Ernest Mandel: „Freiheit und Planung im Kapitalismus und Sozialismus“, Hg.: Revolutionäre marxistische Liga (seinerzeitige Schweizer Sektion der IV. Internationale), Zürich, o. J. [ca. 1970] S. 12 f; ausführlich zitiert in <https://intersoz.org/plaedoyer-fuer-eine-demokratisch-geplante-wirtschaft/>

9 Leo Trotzki, *Verratene Revolution, Was ist die U.S.S.R. und wohin treibt sie?* Antwerpen 1936, S. 53; hier zitiert nach der überarbeiteten Übersetzung in: Trotzki: „Schriften“, hgg. von Helmut Dahmer, Rudolf Segall und Reiner Tosstorff, Hamburg (Rasch und Röhring) 1988, Bd. I.2, S. 742 f; Trotzki meint das Programm der bolschewistischen Partei vom März 1919.

10 Vgl. dazu auch Friedrich Engels: „Die imperativen Mandate auf dem Haager Kongreß“, MEW 18: 171

11 E. Mandel: „Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft“ in Oktober Texte-29. Dieser Text ist Teil der Debatte mit Alec Nove. Sie begann mit diesem Beitrag von Mandel in *New Left Review* (NLR), Nr. 150 [1985], in dem er auf das Buch von Alec Nove: „The Economics of Feasible Socialism“, London (Allen & Unwin) 1985, einging. In NLR Nr. 161 antwortete Nove und darauf erwiderte Mandel in NLR Nr. 169. Die Übersetzung von Mandels Kritik erschien erstmals in *Inprekorr* Nr. 200 (Februar 1988) und Noves Antwort und Mandels Erwiderung in *Inprekorr* Nr. 209 (November 1988). Ein Nachdruck dieser drei Artikel erschien dann im Dezember 1989 als „Oktober-Text 2“.

12 Ernest Mandel: „Freiheit und Planung im Kapitalismus und Sozialismus.“ A. a. O. S. 8 ausführlicher zitiert in <https://intersoz.org/plaedoyer-fuer-eine-demokratisch-geplante-wirtschaft/>

13 in „Ost-West Gegeninformationen“, 1990, S. 22

14 „Sozialistische Demokratie ...“ a. a. O.

15 *ibid*

16 *ibid*.

17 *ibid*

18 *ibid*

19 „Sozialistische Demokratie ...“ a. a. O.

20 „Sozialistische Demokratie ...“ a. a. O.

21 Die Anmerkung zu Rojava basiert auf den Erkenntnissen aus einem ausgezeichneten Referat von W. Schindler.



DIE 133 TAGE DER UNGARISCHEN RÄTEREPUBLIK 1919

Im Unterschied zu Russland war die kommunistische Bewegung in Ungarn beim Ausbruch der Revolution sehr unerfahren und wenig verankert. Gegen die ausländische Intervention hatte sie einen extrem schwierigen Stand.

■ Anton Dannat

■ Mit dem zaristischen Russland hatte das Königreich Ungarn einige Ähnlichkeiten: In beiden Staaten herrschte ein autoritäres Regime, das die nichtbesitzenden Klassen und Minderheitsvölker brutal unterdrückte. Ungarn war in Personalunion mit dem greisen Kaiser Franz Josef von Österreich-Ungarn verbunden, seit dem „Ausgleich“ von 1866 bestimmten die Interessen der Großgrundbesitzer, Kapitaleigner und die Staatsbürokratie die Politik des Landes. Während im österreichischen Landesteil nach der russischen Revolution von 1905 ein Parlament mit allgemeinem Männerwahlrecht zugestanden wurde, fanden die Herrschenden Ungarns diese Reformen für nicht notwendig.

Großgrundbesitz dominiert

Vor dem ersten Weltkrieg entwickelte sich rund um Budapest ein Industriegürtel, Auf dem Land orientierten sich die Grundbesitzer an den Interessen des Weltmarktes. Knapp 5000 Großgrundbesitzer besaßen jeweils über 2750 Hektar des Landes, lebten in einem mit hohen Mauern umgebenen Schloss, auf dem sie aber nur zu Beginn der Jagdsaison anwesend waren, sonst vergnügten sie sich in Budapest oder trafen im Winter am französischen

Mittelmeer in den Spielkasinos ihre russischen Klassen-genossen.

Sie verschmolzen langsam mit den zirka 65 000 Fabrikanten und Finanzkapitalisten, die sich in ihrem Lebensstil der Aristokratie anpassten. Eine eigenständige Artikulation ihrer Klasseninteressen ist nicht überliefert. In den Städten kämpfte ein breit gefächertes Kleinbürgertum hauptsächlich ums Überleben.

Auf dem Land lebten etwa sieben Millionen Kleinbauern und Pächter, die neidisch auf das Land der Magnaten schielten. Kennzeichnend für den Großgrundbesitz waren die vier Millionen Landarbeiter, die unter den ärmlichsten Bedingungen in Siedlungen rund um die Gutshöfe wohnten. Gyula Illyés hat in „Die Puszta“ ihrem Leben ein eindrucksvolles Denkmal gesetzt. Ungarn hatte nach Italien den größten Anteil der Landarbeiter im Vorkriegs-Europa, mehr als Russland.

Elende Lage der Landarbeiter

Die Landarbeiter lebten völlig isoliert unter der Fuchtel der Magnaten, arbeiteten in der Landwirtschaftssaison statt frühen Morgen bis zum späten Abend. Das war körperlich nur auszuhalten durch äußerste Langsamkeit und Kräfte-

schonung, Tausende von Aufsehern mussten die Landarbeiter ständig überwachen und antreiben in einer extrem unproduktiven Wirtschaftsform. Ein sozialer Aufstieg war für die Landarbeiter kaum möglich, im günstigsten Falle schafften sie es, nach Amerika auszuwandern.

In den Städten entwickelte sich eine Arbeiterklasse, die 1910 knapp dreieinhalb der gut 18 Millionen Einwohner ausmachte. Neben der knappen Mehrheit der Ungarn lebten Rumänen, Slowaken, Deutsche, Ukrainer, Serben, Kroaten, Juden und Zigeuner im Königreich Ungarn, denen nationale Rechte verweigert wurden. Österreich-Ungarn galt wie Russland als „Völkergefängnis“.

Die Bürokratie misstraute jeder Form von Selbstverwaltung. Sie war nicht irgendeiner Nation, sondern der Dynastie der Habsburger verbunden, um Franz Joseph wurde ein Personenkult getrieben. Auch die Musik wurde zur Stabilisierung der Monarchie benutzt, Höhepunkt des kulturellen Lebens vieler öder Landstädte war das sonntägliche Platzkonzert.

Dem Volk wurde das allgemeine Wahlrecht vorenthalten. Ein an Besitz gebundener Zensus gab etwa sechs Prozent der Menschen das Stimmrecht, Frauen sowie Arbeiter in Stadt und Land waren davon ausgeschlossen. Auf dem Land wurden die Wähler auf Kosten der Kandidaten zum Wahlort gebracht und durften öffentlich abstimmen. Kein Sozialdemokrat schaffte es jemals vor der Revolution ins Parlament.

Der Staatsapparat schuf eine konservative Schicht von Verwaltungsdienern, Unteroffizieren, Polizisten, Eisenbahnern, Briefträgern, Werkmeistern, Aufsehern und Hausmeistern, die durch Gehorsam gegenüber ihren Vorgesetzten und der Disziplinierung nach unten gekennzeichnet war. Sie versuchte den bürgerlichen Lebensstil zu erreichen und war überwiegend konservativ, antisemitisch und arbeiterfeindlich. Nur ein kleiner Teil des – meist jüdischen – Kleinbürgertums fand den Anschluss an die Arbeiterbewegung.

Behinderung der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie wurde vom Staatsapparat unterdrückt und behindert. Die 1880 gegründete MSzDP orientierte sich an den österreichischen und deutschen Mutterparteien. In Budapest war die Partei nicht zu unterdrücken, aber die Ausweitung auf die Provinz wurde systematisch behindert. Das Wachstum der Partei vollzog sich mit der Hilfe der Gewerkschaften, sie arbeitete im kleinen Milieu der ungarischen, deutschen und jüdischen Arbeiter und bestand meist aus Arbeiteraristokraten. Zu

der Masse der auf den Gütern isolierten Landarbeiter fand sie kaum Zugang, unter den Kleinbauern agitierte sie nicht.

Die MSzDP hatten in Budapest 1912/13 nur 3921 Mitglieder. Durch die Gewerkschaften war die Partei mit 72 700 Anhängern der Provinz verbunden, die einen Beitrag an die Partei entrichteten. Alle Gewerkschaftsmitglieder zählte man einfach zu den Parteianhängern. Die Gewerkschaften wählten Vertrauensleute, die zu den Parteitag reisten. Die Repression förderte gute Organisatoren und Redner und behinderte die Herausbildung von theoretisch gebildeten Marxisten. Die Parteiführer kamen aufgrund ihrer langjährigen Organisationstätigkeit nach oben, nicht aufgrund ihrer politischen Fähigkeiten. Durch die fehlende Kontrolle der Basis entwickelte sich eine Parteibürokratie.

Auf den Parteitagen kam es ab 1900 zu Diskussionen um den Reformismus und die Agrarfrage. Eine kleine Minderheit kritisierte die vorsichtige Haltung der Parteiführung bei Streiks, aber selbst als sich während des Krieges die Zimmerwalder Bewegung bildete, gab es in der kaiserlich-königlichen Monarchie noch keine organisierte Opposition gegen den Krieg. Bei Kriegsausbruch hatte die Sozialdemokratie den Vorteil, nicht über Kriegskredite abstimmen zu müssen; sie war im Zensus-Parlament nicht vertreten und niemand fragte sie.

Kapitulation und Asterrevolution

Im ersten Weltkrieg kämpften die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn gegen die Alliierten Großbritannien, Frankreich und Russland samt ihrer jeweiligen Verbündeten gegeneinander. Als im September 1918 Bulgarien kapitulierte, brach innerhalb weniger Tage die Balkanfront zusammen, die französische Armee marschierte mit ihren Verbündeten in wenigen Tagen von der Griechenland-Front bis an die Grenze zu Österreich-Ungarn. Der Vielvölkerstaat zerfiel, Tschechen, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn bildeten Nationalausschüsse und später Regierungen.

In Ungarn wurde unter Mihaly Karolyi auch ein Nationalausschuss gegründet, dem sich dessen Partei, Radikale und die Sozialdemokraten anschlossen. Die Karolyi-Partei und die Radikalen waren kleine Formationen, die von der Macht ausgeschlossen waren und wenige Mitglieder hatten. Ihr Anführer war einer der reichsten Grundbesitzer des Landes, ein Playboy mit politischen Ambitionen. Die einzige Massenpartei waren die Sozialdemokraten. Das Ziel des Nationalausschusses

war kein Umsturz, sondern eine vom König ernannte demokratische Regierung.

In den nächsten Tagen weigerte sich der König, Karolyi zum Regierungschef zu ernennen, es kam zu Demonstrationen, die blutig zusammengeschossen wurden. Die Arbeiter zogen zu den Kasernen, die Soldaten verbrüdereten sich, meuterten und steckten sich die Blumen der Saison an die Gewehre, das war die „Asterrevolution“. Die öffentlichen Gebäude wurden besetzt, die alten Machthaber vertrieben, am 30. Oktober 1918 übernahm Karolyi die Regierung, die Sozialdemokraten traten ihr bei. Ihre Ziele waren wenig klar, sie wollten die Republik.

Ein Arbeiterrat wurde gebildet, die Sozialdemokraten konnten eine „anarchistische Wahl“ verhindern, sie setzten durch, dass nur Partei- und Gewerkschaftsmitglieder gewählt wurden und der Arbeiterrat erstmalig unter der Kontrolle der Partei stand. Im neuen Soldatenrat war der sozialdemokratische Einfluss weniger groß. Im Gegensatz zu Russland 1917 gab es keine Doppelherrschaft, die Machtverhältnisse waren unklar. Der „Honigmond der Demokratie“ vereinte die Volksmassen.

Harter Belgrader Waffenstillstand

Einen kräftigen Dämpfer erlebte die Stimmung, als Ministerpräsident Karolyi zum Oberbefehlshaber der französischen Truppen nach Belgrad reiste. Frankreich behandelte die ungarische Republik als Kriegsgegner, man habe an der Seite der Deutschen und Österreicher gekämpft, jetzt werde man gemeinsam mit ihnen gestraft. Die Nationalausschüsse der Tschechoslowaken, Rumänen und Jugoslawen hatten sich früh auf die Seite der Alliierten gestellt, der französische Imperialismus setzte auf sie in der Bekämpfung der russischen Revolution und der Stärkung des eigenen Einflusses in Europa.

Karolyi musste ein Waffenstillstands-Abkommen unterzeichnen, welches die Eisenbahnen, Bergwerke und Rohstoffe unter französische Kontrolle stellte. Die Reste der ungarischen Truppen wurden aus der Slowakei, Transsylvanien und Kroatien zurückgezogen, die Truppen der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens rückten in ein beträchtlich reduziertes Ungarn nach.

Schwerer als die Gebietsverluste wog das wirtschaftliche Desaster. Der Winter nahte, fast alle Bergwerke lagen außerhalb der neuen Grenzen, die Nachbarländer ließen keine Kohle und Lebensmittel nach Ungarn, die Städte hungerten, die Züge wurden von den heimkehrenden Soldaten blockiert. Hungerunruhen brachen aus, Veteranen plünderten. Für die Umstellung auf zivile Produktion

wäre eine Zusammenarbeit der neuen Regierung mit der alten Bürokratie und den Privilegierten nötig gewesen, die verweigerten das.

Schwache Karolyi-Regierung

Die Regierung Karolyi verlor schnell die Unterstützung ihrer Anhänger. Die Partei aus Landadligen und Bürgerlichen erwies sich angesichts der sozialen Spannungen als nicht fähig, einen klaren Kurs einzuschlagen, sie zersplitterte sich und flüchtete sich in Passivität, viele der Minister gaben ihr Amt schnell wieder auf. Karolyi wollte am Privatbesitz an Produktionsmitteln festhalten, aber in alter Form konnte der nicht mehr existieren.

Als einzige halbwegs stabile Formation existierten die Sozialdemokraten. In Deutschland und Österreich wurden sie 1919 zu Vertretern des bürgerlichen Staates. In der Regierung Ungarns entwickelten sie eine Abneigung gegen die Noske-Methoden. Ohne Erfahrung mit der Ausübung der Herrschaft hatten sie zwar die gleichen Voraussetzungen wie die Bolschewiki in Russland, ihnen fehlte der unbedingte Wille zur Macht.

Die „ungarischen Bolschewiki“

Ende 1916 waren 450 000 Kriegsgefangene aus Ungarn im Zarenreich interniert. Sie arbeiteten in Landwirtschaft und Industrie und waren den gleichen Entbehrungen wie die Zivilbevölkerung ausgesetzt. Nach der Februarrevolution lockerten sich die Bestimmungen, die Kriegsgefangenen konnten sich bald frei bewegen. Durch ihre Kontakte mit der Zivilbevölkerung kamen sie in Kontakt zu den Parteien. Unter den Gefangenen war der junge Bela Kun, vor dem Krieg sozialdemokratischer Provinzjournalist. Um ihn bildete sich eine Gruppe, die Marx und Engels las, sich bald den Bolschewiki anschloss und in verschiedenen Städten an der Oktoberrevolution teilnahm. Mehr als 20 000 Kriegsgefangene meldeten sich zur Roten Armee, 5000 Ungarn kämpften im Bürgerkrieg.

Nach dem Frieden von Brest-Litowsk begann die Rückkehr der Gefangenen in ihre Heimat. Kun wurde von den Bolschewiki beauftragt, eine Organisation unter den Gefangenen aufzubauen, um die Revolution nach Ungarn zu tragen. Im Frühjahr 1918 wurden Konferenzen veranstaltet, Kun war ein guter Organisator und Redner. Im März wurde die ungarische Gruppe der Russischen Kommunistischen Partei mit 40 bis 50 Mitgliedern gegründet, im November die Kommunistische Partei Ungarns (KMP). Im Winter 1918/19 kehrten etwa 200 von ihnen in das völlig veränderte Land zurück.

Mit reichlichen Finanzmitteln ausgestattet vereinigte, sich die Gruppe mit kleinen Gruppen von sozialistischen Dissidenten und gründete die KMP im Inland. Sie agitierte für eine Räterepublik, die sie der parlamentarischen Demokratie entgegenstellte. Sie forderte die Enteignung von Fabriken, Bergwerken und Banken sowie eine sozialistische Ordnung der Produktion. Dafür wollte sie die Arbeiter und werktätigen Bauern gewinnen. Im Januar 1919 zählte sie bereits 2000 bis 4000 Mitglieder.

Gegenüber den Sozialdemokraten waren sie eine verschwindende Minderheit, die sich in der chaotischen Situation der „Asterrevolution“ rasch verstärken konnten.

Verhaftung der Kommunisten

In den Fabriken, Städten und Dörfern mehrten sich die Unruhen, die Bauern forderten Land. Die Regierung verkündete eine Landreform, welche die Kleinbauern und Landarbeiter ausschloss. Karolyi verkündete die Übergabe seiner Ländereien an seine Bauern, die anderen Grundbesitzer folgten ihm nicht. Die Auflösung der Armee machte eineinhalb Millionen Soldaten zu Arbeitslosen, die Regierung speiste sie mit lächerlichen Entschädigungen ab. Sie organisierten sich in Soldatenräten. In Deutschland tobte zeitgleich die Revolution.

In der MSzDP kam es angesichts der Unfähigkeit der bürgerlichen Bündnispartner zur Diskussion, ob man in der Regierung bleiben oder die Macht allein übernehmen sollte. Eine linke Minderheit um Ernő Garami fand diese Perspektive attraktiver, so könne man auch den wachsenden kommunistischen Einfluss erfolgreicher bekämpfen.

Ende Januar brachte die MSzDP einen Antrag im Budapester Arbeiterrat durch, die winzige Minderheit von 13 Kommunisten aus dem Sowjet auszuschließen. Die KMP antwortete mit einer Massendemonstration, die blutig unterdrückt wurde. Sie gewann unter den Industriearbeitern und den Gewerkschaften, langsam breitete sie sich auf die Provinz aus. 20 000 Metallarbeiter drohten, sich den Kommunisten anzuschließen.

Im Februar 1919 kam es ständig zu Demonstrationen und Straßenschlachten. Um den kommunistischen Einfluss zu stoppen, setzte die Regierung die Verhaftung von 200 kommunistischen Führern durch. Bei der Verhaftung wurde Bela Kun blutig geschlagen, dummerweise im Beisein eines Journalisten, dessen Zeitung vom Vorfall berichtete. Binnen Stunden drehte sich die öffentliche Meinung zugunsten der Kommunisten. Die Unterdrückung der KMP wandelte sich zu ihrem Vorteil, den Kommunisten musste gestattet werden, im Gefängnis Besucher zu

empfangen und zu schreiben, das Gefängnis wurde zum staatlich geschützten Hauptquartier.

Auch in der Sozialdemokratischen Partei kippte die Stimmung. Die Linke gewann an Einfluss, sie befürchtete die Konterrevolution und plädierte für ein Zusammengehen mit den Kommunisten und nahm Kontakt mit ihren Führern im Gefängnis auf.

Das Vix-Ultimatum

Auch unter den Bürgerlichen rechneten nicht viele mit einer Hilfe der Alliierten. In Paris begann die Friedenskonferenz, Ungarn blieb ausgeschlossen. Man erwartete die Revolution in Deutschland, als Alternative zur Kapitulation vor den Alliierten begann man, ein Bündnis mit Sowjetrußland zu erwägen. „Ex oriente lux“ – Das Licht kommt aus dem Osten.

Am 20. März 1919 überreichte der französische Delegationsleiter in Ungarn Oberst Vix Karolyi ein Ultimatum, das Gebiet Ungarns über den Waffenstillstand noch weiter zu reduzieren. Städte wie Szeged und Debrecen sollten an die Nachbarländer fallen. Im Fall der Weigerung drohte Vix mit der Wiederaufnahme des Krieges. Karolyi antwortete, das könne keine Regierung unterschreiben, der Rückzug bedeute eine wirtschaftliche, politische und militärische Katastrophe. Andererseits sah sich Karolyi auch nicht in der Lage, Widerstand zu organisieren, er trat zurück.

Die Öffentlichkeit war schockiert. Am nächsten Tag spaltete sich die Führung der MSzDP. Die Rechte stimmte für eine sozialistische Alleinregierung, das Zentrum für ein zeitweises Zusammengehen mit den Kommunisten, die Linke für eine vollständige Zusammenarbeit mit der KMP. Die Rechte unterlag, Mit dem Vorschlag der Zusammenarbeit eilte eine Delegation ins Gefängnis, um eine Diktatur des Proletariats, eine Vereinigung beider Parteien, die Schaffung einer Roten Armee und ein Bündnis mit Sowjetrußland zu verhandeln.

Gründung der Räterepublik

Die Kommunisten im Gefängnis waren auf den Kurswechsel der MSzDP-Führer vorbereitet. Bela Kun führte die Verhandlungen. Er ging davon aus, ein Übergang Ungarns zum Sozialismus sei möglich. Die Bourgeoisie habe die Macht freiwillig abgetreten, sie müsse enteignet und von der Macht ausgeschlossen werden, die eine Rätewacht der Arbeiter, Soldaten und Dorfarmut übernehmen sollte. Deren Aufgabe sei die Enteignung der Großgrundbesitzer, der Banken, Industriebetriebe und des Handels.

Die Verhandlungen waren kurz und einvernehmlich. Da die bisherige Politik der MSzDP gescheitert sei, einigte man sich schnell auf der Basis von Kun und stimmte für die Vereinigung beider Parteien, lediglich über den Namen konnte man sich nicht gleich einigen, man nannte sie provisorisch „Ungarische Sozialistische Partei“. Die Gründung einer Roten Armee wurde beschlossen, die das Bündnis mit der russischen Roten Armee suchen sollte.

Der Budapester Arbeiterrat stimmte dem Ergebnis zu, die Kommunisten zogen vom Gefängnis in die Regierung um. Die Räteregierung wurde formal vom Sozialisten Sandor Garbai geführt. Volkskommissare stellten die Minister, jedem Kommissar wurde ein gleichberechtigter Vertreter der anderen Partei an die Seite gestellt. Das wichtigste Ressort übernahm Bela Kun mit den auswärtigen Angelegenheiten, faktisch übernahm Kun den Vorsitz.

Die offiziell 600 000 Mitglieder der MSzDP vereinigten sich mit den angeblich 200 000 Anhängern der KMP. Die vereinigte Partei behauptete, 1,5 Millionen Mitglieder zu haben, was jeder dritte Arbeiter gewesen wäre. Die Kommunisten rechneten damit, durch die ausgelöste Dynamik die Mehrheit der neuen Partei zu gewinnen.

Eine Großkundgebung begrüßte die Vereinigung, Arbeitertrupps besetzten die Polizeireviere und die öffentlichen Gebäude, Karolyi dankte ab, der Machtwechsel ging friedlich vor sich, die Konterrevolution war gelähmt. Ein Aufruf an die Arbeiter Europas wurde gesendet, die Herrschenden zu stürzen und die Macht zu übernehmen. Auch die bürgerliche Presse begrüßte die Räterepublik gegenüber dem Vix-Ultimatum: „Nur nicht das! Lieber tausendmal Bolschewismus!“

Kontakt Kuns mit Lenin

Vom 8. Parteitag der KP Russlands kam ein Glückwunschtelegramm. Kun nahm über einen Sender Kontakt zu Lenin in Moskau auf. Lenin fragte nach Garantien, ob die Kommunisten die Mehrheit in der Regierung hätten, ob die Sozialdemokraten die Diktatur des Proletariats anerkennen würden und wann der Rätekongress zusammentrete. Kun antwortete ihm, die Schlüsselpositionen seien in der Hand der Kommunisten, die Rechten der MSzDP seien ausgetreten, die Linken stünden auf kommunistischen Positionen, die Massen seien auf seine Seite übergegangen. Das war eine sehr optimistische Einschätzung.

In der KMP blieb die Verschmelzung nicht ohne Widerspruch. Eine linke Opposition um Tibor Szamuely

bemängelte, keine Versammlung der KMP habe die Fusion beschlossen; die Linke war erst schwach.

Rätewahlen

Die Räteregierung konnte sich erst einmal auf einen breiten Konsens stützen. Im April und Juni wurden Räte gewählt aus allen Frauen und Männern, die Lohnarbeit oder Hausarbeit leisteten, Invaliden oder Rentner waren. Ausgeschlossen waren Unternehmer, die Lohnarbeiter beschäftigten oder von leistungslosem Einkommen lebten, Kaufleute und Geistliche. Vor dem Krieg waren 12 Prozent wahlberechtigt, jetzt 80 Prozent. Eine Rote Armee wurde gegründet und die Polizei wurde durch eine Miliz ersetzt. Die Kirche wurde von Schule und Staat getrennt, die bürgerlichen Zeitungen konnten weiter erscheinen.

Die vereinte Partei stellte die Wahllisten auf, die Sozialdemokraten setzten sich an die Spitze der Wahllisten, die nur unverändert gewählt werden konnten und in denen die Kommunisten in der Minderheit waren. Sehr schnell mussten die Kommunisten feststellen, dass die Sozialdemokraten und Gewerkschafter ihren Apparat für ihre Dominanz nutzten.

Die ersten Konflikte entstanden, als die „ungarischen Bolschewiki“ ihre russischen Erfahrungen nutzten und eine Staatspolizei nach dem Beispiel der Tscheka aufbauen wollten. Unter József Cserny wurden „Lenins Jungen“ aufgebaut, die sich mit ihren 200 Leuten als politische Polizei verstanden und die Konterrevolution bekämpften. Über diese einheitlich Uniformierten gab es bald wilde Gerüchte über erschossene Konterrevolutionäre und Reiche. Die Sozialdemokraten verlangten die Abschaffung von „Lenins Jungen“, Kun konnte sie zum Einsatz an der Front bewegen, sie wurden aufgelöst.

Verstaatlichung der Betriebe und Güter

Die Räteregierung verstaatlichte die Betriebe, sie wurden der Arbeiterkontrolle unterstellt. Die enteigneten Besitzer konnten als Produktions-Kommissare die neuen Betriebe leiten. Die Löhne wurden erhöht wie die Renten der Kriegsoffer, der Achtsturentag eingeführt, die Kranken- und Unfallversicherung ausgeweitet. Es war eine Sache, die Verstaatlichungen zu dekretieren und eine andere, die Betriebe in Gang zu halten. Die Arbeiter stellten ihre berechtigten Forderungen, die Unternehmer verhielten sich passiv, die Alliierten und Nachbarländer isolierten Ungarn mit einer Wirtschaftsblockade.

Das Landdekret vom 4. April enteignete den Großgrundbesitz und tastete den Kleinbesitz nicht an. Von

den 7 Millionen Landbesitzern im Königreich Ungarn 1910 waren 38 Prozent Kleinbesitzer und 24 Prozent Landarbeiter gewesen, auf dem verkleinerten Gebiet der Räterepublik werden die Verhältnisse ähnlich gewesen sein. Der Grundbesitz wurde nicht wie in Russland an Kleinbauern und Landlose übergeben, sondern in Genossenschaften umgewandelt. Die Regierung wollte vor allem die Lebensmittelversorgung sicherstellen. Die Kleinbauern zeigten sich enttäuscht, die Löhne der Landarbeiter wurden erhöht. Trachteten sie nach dem Land, war ihre Hoffnung vergeblich. An der Mobilisierung für die Rote Armee beteiligte sich die Landbevölkerung kaum.

Im Programm der Räteregierung spielte die nationale Frage keine Rolle, die Mehrheit der unterdrückten Völker befand sich außerhalb des Territoriums der Republik. Kun gestand den Minderheiten Autonomie innerhalb der Republik zu. Die rumänischen Bauern in Transsylvanien konnte er so nicht gewinnen.

Arbeitermobilisierung für die Rote Armee

Die wichtigste Aufgabe der Räterepublik war der militärische Überlebenskampf. Die Mobilisierung für die Rote Armee war zu Beginn schwach, die meisten der Rekruten wollten nach vier Jahren Krieg nach Hause. In der Regierung bekämpften sich die Parteien. Die Nachbarstaaten rechneten mit wenig Widerstand, im April und Mai wich die Rote Armee überall zurück.

Am ersten Mai konnten die Arbeiterinnen und Arbeiter Budapests erstmals ohne Repression ihren Kampftag feiern. Es wurde eine gewaltige Demonstration, die im Zeichen des Widerstandes gegen die Kapitulation stand. Der Arbeiterrat stimmte daraufhin einstimmig für eine Mobilisierung der Arbeiter. Innerhalb weniger Tage schrieben sich 50 000 Arbeiter, darunter ganze Belegschaften, für die Rote Armee ein. In einer beispiellosen Kraftanstrengung wurden die Rekruten bekleidet, mit Waffen ausgestattet und in Schnelldurchgängen ausgebildet. In der zweiten Maihälfte ging die Rote Armee zur Gegenoffensive über, die Verbindung zwischen der tschechoslowakischen und rumänischen Armee konnte zerstört und die Angreifer zurückgeworfen werden. Die Rote Armee konnte im Osten der Slowakei bis Kaschau/Košice vordringen. Am 16. Juni wurde die Slowakische Räterepublik ausgerufen. Ziel war die Landverbindung zu Sowjetrußland in den Karpaten.

Keine Hilfe aus Sowjetrußland

Immer wieder bedrängte Kun die russische Sowjetregierung, endlich eine Offensive zu starten, um diese Landver-

bindung herzustellen. Mitte Mai bestieg Tibor Szamuely ein Flugzeug, um den sicher nicht ungefährlichen Flug zu starten.

Im Frühjahr 1919 befand sich Rußland in der kritischsten Lage des Bürgerkrieges: Vom Osten drängten die weißen Truppen Koltshaks über den Ural, von Südosten Denikin, von Estland marschierte Judenitsch auf Petrograd zu. In Odessa war ein französisches Heer gelandet, im Westen bereitete der neue polnische Staat eine Offensive vor. In der Ukraine erhoben sich nach dem Abzug der Mittelmächte wieder die Nationalisten. Sowjetrußland war auf Zentralrußland zurückgedrängt. Kriegskommissar Trotzki mobilisierte die Rote Armee an sechs Fronten von insgesamt 8000 Kilometern Länge.

Als die Ungarische Rätewacht ausgerufen wurde, plante die Rote Armee einen Angriff auf Rumänien, um die Front in den Karpaten zu durchbrechen. Der Krieg gegen die Weißen Truppen aber war für das Überleben Sowjetrußlands lebenswichtig, die Offensive Rumäniens musste abgebrochen werden. So kehrte Szamuely am 31. Mai nach Gesprächen in Moskau wieder nach Budapest zurück. Die russische Offensive musste ausbleiben, Ungarn blieb isoliert.

Die Gegenrevolution gruppiert sich neu

Das Land der Großgrundbesitzer war enteignet, aber die Herren saßen weiterhin als Produktionsbeauftragte auf ihren Gutshöfen, fuhren mit ihren Vierspännern umher und ließen sich weiter als „gnädige Herren“ anreden. Die Einbringung der Ernte hatte Vorrang. Die Landbevölkerung bemerkte von der Enteignung wenig, die Landarbeiter bekamen mehr Lohn. Die Umwälzung wurde auf die Zeit nach der Ernte verschoben. Die kleinbesitzenden Bauern beschwerten sich über die Preiserhöhungen, die Arbeiter über das Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Da Ungarn keine eigenständige Währung hatte, musste die Räteregierung Notgeld herausgeben, das von den Bauern abgelehnt wurde.

Die Isolierung der Räterepublik blieb auch ihren Gegnern nicht verborgen, die Konterrevolution gruppierte sich neu. Unter jugoslawischem Schutz bildete sich eine Gegenregierung, deren Kriegsminister Miklos Horthy wurde. Im Frühjahr brach südlich von Budapest ein Aufstand aus, Monarchisten eroberten 20 Dörfer und richteten Kommunisten hin. Die Dorfpfarrer agitierten gegen die unchristlichen Räte. Am 24. Juni fuhren Schiffe der Donauflotte vor dem Haus der Räte auf und beschossen das Gebäude, in dem sie Kun vermuteten. Dann flohen sie nach Jugoslawien. Die Stimmung schlug um, Die Gewerkschaftsführer waren entmutigt, die Bauern, das Bürgertum, der Klerus

feindlich und die Hausfrauen, die ihre Familien kaum satt bekamen während ihre Männer kämpften, gaben dem nach. Die Stimmung war gegen die Diktatur, gegen die Atheisten und antisemitisch. Die Räterepublik habe nur leere Versprechungen und kurzzeitige militärische Erfolge gebracht.

Neuorganisation der Linken

Die Linke gruppierte sich um Tibor Szamuely neu. Bela Kun hatte vor seiner Verhaftung intensiv für die Räte-macht getrommelt, seit der Bildung der Räteregierung sah er sich als Vermittler zwischen den Fraktionen und benahm sich als Staatschef, der in kritischen Momenten nicht aufzufinden war. Er trat jetzt für eine Verständigung mit den Alliierten ein. Dagegen mobilisierte die Linke, Sie verweigerte die Verständigung mit dem Gegner und beschloss die organisatorische Fortführung der kommunistischen Partei und wollte ein Untergrundnetz kommunistischer Zellen aufbauen, um die Partei, Gewerkschaften und auch die Räte zu übernehmen. Dies war mit ihren vielleicht 150 Mitgliedern ein ambitioniertes Vorhaben.

Beschluss zum Rückzug

Am 8. Juni traf gleichzeitig mit der Nachricht von der Eroberung von Košice ein Telegramm des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau ein. Er forderte die Räteregierung auf, den Vormarsch gegen die Tschechoslowakei einzustellen, dann werde er der rumänischen Armee und den Truppen Jugoslawiens einen weiteren Vormarsch untersagen. Die ungarische Regierung lud er zu den Friedensgesprächen nach Paris ein.

Die Räteregierung diskutierte das Angebot. Kun vertrat die Annahme von Clemenceaus Angebot, die Republik sei isoliert, der Vormarsch gegen den Hauptgegner Rumänien sei sehr begrenzt. Ungarn brauche wie die russische Sowjetmacht 1918 mit Brest-Litowsk eine Atempause. Szamuely wandte sich dagegen, er verlangte von den Großmächten Garantien. Wenige Tage später traf aus Paris ein zweites Telegramm ein, das einen Rückzug innerhalb von vier Tagen forderte, dann würde sich auch Rumänien zurückziehen. Mit seinen rumänischen Verbündeten hatte Frankreich keine Rücksprache genommen.

Die Räteregierung nahm am 29. Juni Clemenceaus Ultimatum an und befahl den Rückzug aus der Slowakei.

Während die Mehrheit der Sozialdemokraten hinter Kuns Rückzug stand, stimmte die Linke um Szamuely dagegen. Die Räterepublik hatte gerade ihre ersten Erfolge errungen, der Rückzugsbeschluss war eine schwere psy-

chologische Niederlage. Er demoralisierte die Soldaten der Roten Armee, es gab Meutereien, viele kehrten der Armee den Rücken. Der sozialdemokratische Oberkommandierende trat zurück.

Parteitag zeigt Spaltung

In dieser angespannten Situation tagte der Parteitag der vereinigten Partei. In der Partei hatten die Sozialdemokraten die Mehrheit, die für den Rückzug waren. Sie folgten den Ausführungen über den Übergang zum Sozialismus mit Desinteresse, die Räterepublik war im Niedergang. Umso stärker kämpften sie gegen den „Kommunismus“ im Parteinamen, erst als die Kommunisten mit dem Auszug drohten, konnten sie sich auf „Sozialistisch-Kommunistische Partei“ einigen. Aus einer Einheitsliste für die Parteiführung strichen die ehemaligen MSzDP-Delegierten außer Kun alle Kommunisten. Schließlich wurde die ursprüngliche Liste angenommen. Die Beziehungen wurden eisig, Rechte und Linke diskutierten jeweils untereinander die Alternativen. Der direkt im Anschluss folgende gesamtungarische Rätekongress verabschiedete eine Verfassung und diskutierte die Wirtschaftslage.

Die Kapitulation

Nach dem Rücktritt der Armeeführung verließen fast alle Offiziere der alten Armee ihre Posten, es dauerte fast eine Woche, einen neuen Stab einzurichten. Trotz der defätistischen Stimmung versuchte die Rote Armee eine neue Offensive. Als die rumänische Armee am 29. Juli den Fluss Theiß überschritt, war ihr Vormarsch auf Budapest nur eine Frage der Zeit.

Budapest wurde von Panik ergriffen, Tausende flohen aus der Stadt. Der zurückweichenden Regierung machten die Gegner keine Zugeständnisse mehr. Sie erklärten, nur das Verschwinden der Räte könne den Vormarsch noch stoppen. Am 31. Juli beschloss die Räteregierung die Kapitulation zugunsten einer rein sozialdemokratischen Regierung. Kun betonte, das Proletariat habe sich selbst verraten. Szamuely stimmte dagegen.

Die Mehrheit der Räteregierung wurde in Österreich interniert, Szamuely erschoss sich beim Grenzübertritt. Am 4. August rückten rumänische Truppen in Budapest ein, nach ihrem Abzug übernahm Horthy im November die Macht.

Terror der Gegenrevolution

Die Monate nach dem Zusammenbruch der Räte waren geprägt vom konterrevolutionären Terror. Offizierskom-

panien führten meist die Morde aus, Tausende wurden gefoltert, gehängt, ertränkt oder anders niedergemetzelt. Die Anhänger der Räteregierung, aber auch viele Knechte und Gutsarbeiter wurden wegen „Ungehorsams gegenüber ihrer Herrschaft“ umgebracht. Der antikommunistische Terror war mit antisemitischen Pogromen verbunden. In den ersten Jahren der Herrschaft Horthys wurden 5000 Menschen ohne Gerichtsurteil ermordet, 75 000 kamen ins Gefängnis, Hunderttausende flohen aus Ungarn. Dann wurde die Unterdrückung gesetzmäßig institutionalisiert. Es fanden mehrere Prozesse gegen Kommunisten und Sozialdemokraten statt. Die sozialen Ergebnisse der Revolution wie der Acht-Stundentag, bezahlter Urlaub, Unfall- und Arbeitslosenversicherung wurden außer Kraft gesetzt. Man stellte Kuns System als Diktatur über die Landbevölkerung und der Juden über das christliche Ungarn dar.

Horthy wurde als „Reichsverweser“ eingesetzt. Da die Alliierten eine Restauration der Habsburger verweigerten, war Horthy „bis zu seiner Wiedereinsetzung“ Vertreter des Königs. Er erfüllte alle demütigenden Bedingungen des Friedens von Trianon, der Ungarn auf etwa ein Drittel des Vorkriegs-Territoriums und 40 Prozent der Bevölkerung reduzierte. Wie das Deutsche Reich stand Ungarn unter einer alliierten Kontrollkommission und musste Reparationen zahlen. Die Niederlage wurde von den Herrschenden als Schmach empfunden, die man revidieren müsse.

Reaktionär-restauratives Regime

Horthys Regime war eine Restauration Vorkriegs-Ungarns. Es stützte sich auf Großgrundbesitz und Industrie. Eine fast hysterische Kommunistenfurcht beherrschte den Staat, die sich auch auf Sozialdemokraten und Liberale ausweitete. Horthys System war kein Faschismus, wie es die Kommunisten oft bezeichneten. Das restaurativ-reaktionäre System hatte eine relativ freie Presse, ein gewähltes Parlament, ein unabhängiges Gerichtswesen, freie domestizierte Gewerkschaften und ein Mehrparteiensystem, das von einer „Einheitspartei“ dominiert wurde, die unterschiedliche Gruppen absorbieren konnte. Sie integrierte Kleinlandwirte, Großgrundbesitzer, Beamte, liberale Gruppen aus Handel und Industrie, rechtsradikale Offiziere, eine christlich-konservative Mitte, Legitimisten, unabhängige Monarchisten usw.

Die Sozialdemokraten und Gewerkschaften wurden neutralisiert. Sie schlossen 1921 einen Geheimvertrag mit der Regierung, der die legale Betätigung der Organisationen und Kollektivverträge garantierte, dafür verpflichtete sich die MSzDP, auf politische Streiks zu verzichten und

mit den Bürgerlichen zusammenzuarbeiten. Sie hielt sich an die Rolle der zahnlosen Opposition.

In den ersten Jahren gelang es, auch die rechtsradikalen Offiziere stillzuhalten, zumal es der Regierung gelang, durch internationale Anleihen Staat und Wirtschaft halbwegs zu stabilisieren. Auf dem Land herrschten die Großgrundbesitzer fast wie zur Zeit des Feudalismus.

Die Wirtschaftskrise 1929 traf Ungarn schwer, in der Folge wuchsen mit der Krise auch die faschistischen Organisationen an. Mit der Hilfe Hitlers wurde der Trianon-Vertrag revidiert, als der Sieg der Roten Armee sich abzeichnete, ergriff die faschistische Partei der „Pfeilkreuzler“ im Oktober 1944 die Macht. Ihre Terrorherrschaft wurde im Februar 1945 von der Roten Armee beendet, Horthy musste ins Exil.

Wurde der MSzDP der Status einer legalen Opposition zugestanden, so wurden die Kommunist*innen mit allen Mitteln unterdrückt. Es gelang ihr bis 1945 nie, eine Arbeit im Untergrund aufrecht zu erhalten, immer wieder schlug der Staat mit Unterdrückung, Gefängnis und Todesstrafen zu.

Kun als ultralinken Komintern-Führer

Die exilierte Parteiführung konnte nach Moskau entkommen, Bela Kun konnte sich als Vertreter einer glorios gescheiterten Revolution präsentieren. Er arbeitete im Apparat der Kommunistischen Internationale. Er wurde zum Vertreter eines „ultralinken“ Kurses, trieb die revolutionäre Mobilisierung voran, ohne auf die Bereitschaft der Massen Rücksicht zu nehmen. Besonders im Frühjahr 1921 war er einer der Organisatoren der „Märzaktion“ in Mitteldeutschland. Die Arbeiter wurden aufgefordert, sich zu bewaffnen und einen Aufstand zu beginnen. Nach zehn Tagen und Hunderten Toten brach der Putschversuch zusammen. Von Lenin wurde er dafür heftig kritisiert. Die Fraktionskämpfe nach Lenins Tod in der Sowjetunion sahen ihn als Vertreter der Sozialfaschismus-These: Faschismus und Sozialdemokratie seien Zwillinge. Er passte sich schnell der Stalin-Führung an. Abgesetzt wurde er erst, als 1934 mit der Volksfront die entgegengesetzte reformistische Politik eingeschlagen wurde. 1938 wurde er von der GPU erschossen.

Hauptfehler Parteienfusion

Die ungarische Revolution war 1919 hoffnungsvoll gestartet, der Kapitalismus schien zusammenzubrechen, die russische Revolution schien sich auf Europa auszubreiten, Ungarn erwies sich als schwächstes Glied. Die Alliierten

schaften es, im zusammenbrechenden Österreich-Ungarn Vertreter des nationalen Bürgertums politisch und militärisch zu bewaffnen, die Macht in ihrem Staat zu übernehmen und zwar auf Kosten Ungarns. Die ungarischen Eliten kapitulierten weniger vor den Sozialisten im eigenen Land als vor dem militärischen Angriff aus der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, wie Kun behauptete. Der Gesinnungswandel der MSzDP-Führer, mit den Kommunisten zusammen zu gehen, war ihr Fehler, den die Sozialdemokraten schnell bereuten und korrigierten, die staatstreue Opposition des Horthy-Regimes passte besser in ihre Konzeption. Aber das Kind war in den Brunnen gefallen und die Räterepublik gegründet.

Ohne die Unterstützung der Roten Armee Sowjetrusslands war der militärische Druck auf Sowjet-Ungarn zu stark. Die Kommunisten vertraten als einzige politische Kraft eindeutig die Revolution, machten aber politische Fehler, was angesichts ihrer politischen Jugend und Unerfahrenheit verständlich war.

Die Fusion mit den Sozialdemokraten war sicher der größte Fehler der jungen Kommunisten. Sie glaubten, die Dynamik der Revolution werde ihnen die Mehrheit in der Partei bringen. Sie unterschätzten den bürokratischen Apparat der Partei, auf den sich die Sozialdemokraten stützten und die Kommunisten ausmanövierten. Es wäre sicher besser gewesen, statt der Fusion eine Regierungskoalition zu bilden und die Manöver der Sozialdemokraten zu entlarven.

In der Koalition wandelte sich Bela Kun vom schärfsten Kritiker der MSzDP-Führer zum „wahren“ Regierungschef. Er wandelte sich zu einem Schiedsrichter zwischen den Sozialdemokraten und der kleinen Gruppe der aktiven Kommunisten.

Die ungarischen Kommunisten erkannten die Dynamik der nationalen Frage nicht. Hätten sie den Rumänen und den Minderheiten in Transsylvanien unzweideutig die nationale Selbstbestimmung garantiert, hätte sich der Nationalrat Siebenbürgens nicht so eindeutig auf die Seite Rumäniens stellen können.

Die Räteregierung folgte nicht dem Beispiel Sowjetrusslands, den Großgrundbesitz an die armen und landlosen Bauern zu verteilen. Die Landdekrete wurden im Frühjahr beschlossen, die Einbringung der Ernte stand im Vordergrund. Im Herbst hätte die praktische Umsetzung angestanden, aber da herrschte schon wieder die Konterrevolution.

Die Sozialisten hatten die Landfrage jahrelang ignoriert. Ungarn hatte 38 Prozent Kleinbauern und 24 Pro-

zent Landarbeiter. Hatten sie die gleichen Interessen? Es wurde behauptet, die Landarbeiter strebten nach Landbesitz, das mag teilweise stimmen. War die Perspektive des Lebens eines Parzellenbauern besser als die eines Genossenschaftsarbeiters mit stabilem Lohn? Hätte Ungarn sich die russische Kollektivierung der Bauernschaft ab 1929 ersparen können? Wir bewegen uns auf der Ebene der Spekulation ...

Aus heutiger Sicht überraschen das Vertrauen und die Naivität, mit denen bürgerliche und sozialistische Führer Ungarns den Lockrufen und Versprechungen Clemenceaus und der „Friedenskonferenz“ in Paris folgen. Dem lag sicher ein falsches Verständnis des Imperialismus zugrunde.

Die Mobilisierung der Arbeiter, die in der Massenerhebung für die Rote Armee und dem Vormarsch in die Slowakei im Mai und Juni gipfelte, zeigt die Unterstützung für die Revolution im Inland und die Perspektiven für Europa. Umso deprimierender war die Kapitulation der Führer vor dem Clemenceau-Ultimatum. Der Effekt der Mobilisierung verpuffte und schlug in Resignation um. Der Einfluss der Sozialdemokraten setzte sich durch, Kun gab ihnen nach, die Linke war zu schwach.

Überhaupt Kun. Seine ökonomischen Kenntnisse waren rudimentär, sein revolutionärer Optimismus verführte ihn zu einer vereinfachenden Perspektive der europäischen Revolution. Er war als Kriegsgefangener erst nach der Oktoberrevolution zu den Bolschewiki gestoßen, die Vorgeschichte des mühsamen Aufbaus der bolschewistischen Partei kannte er nur aus Erzählungen. Er hielt sich für einen Schüler Lenins, erwies sich aber als Zauberlehrling.

Die ungarische Räterepublik scheiterte an der militärischen Überlegenheit der Entente und der Nachbarländer. Sowjetrussland konnte nicht zu Hilfe eilen, die ungarische Arbeiterklasse hatte keine revolutionäre Tradition und Erfahrung, die Kommunisten konnten nur ihren Enthusiasmus einbringen. Was bleibt war der heroische Versuch der Massen, das Joch des Kapitalismus abzuschütteln und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Diese Perspektive bleibt bis heute unerfüllt und steht weiter auf der Agenda.

GELBWESTEN – EINE VORLÄUFIGE BILANZ

„Du hast (den Mai) 68 vergessen? 2018 wirst Du nicht vergessen!“, lautet eine an Macron gerichtete Parole auf den Demonstrationen der Gelbwesten. Ob die Bewegung bald wieder der Geschichte angehören oder gar von der Rechten vereinnahmt wird oder ob sie die Regierung auf ihrem neoliberalen Gewaltmarsch stoppen kann, hängt ganz wesentlich davon ab, ob ein Schulterschluss mit der Arbeiterbewegung gelingt.

■ **Christine Poupin und Patrick Le Moal**

Scheinbar unaufhaltsam war der Weg Frankreichs in die „Moderne“ unter dem jung-dynamischen Präsidenten Macron, hätte sich da nicht der Volkszorn über Nacht entladen und die Regierung in die bisher schwerste Krise gestürzt und gar zum – wenigstens symbolischen – Nachgeben gezwungen. Erstmals seit 2006, als eine massenhafte Mobilisierung der Jugend und mehrtägige Streiks unter Führung der Gewerkschaften die Regierung zur Rücknahme des Erstanstellungsgesetzes CPE gezwungen hatten, steht eine französische Regierung vor einer Herausforderung, die sie nur bewältigen kann, wenn sie ihr politisches Vorhaben aufgibt.

Seit der neoliberalen Wende der 80er Jahre gab es durchaus vielfach soziale Proteste in Frankreich. Aber durch diese einzelnen Kämpfen, Streiks und Massendemonstrationen konnte die Zerschlagung der sozialen Errungenschaften früherer Zeiten allenfalls eingedämmt werden. Stattdessen häuften sich die Niederlagen und sozialen Rückschläge und gerade erst in den vergangenen Monaten wurden das Arbeitsgesetzbuch teil“reformiert“, die Privatisierung der Bahn vorangetrieben und die arbeitsrechtlichen Regelungen der dort Beschäftigten abgebaut.

Noch vor drei Monaten versuchten wir vergeblich, die Abwärtsspirale zu stoppen und die von Macron für 2019 geplante „Reform“ der Renten zu kippen. Mittlerweile jedoch ist mit der Gelbwestenbewegung eine ungestüme, erfinderische und unkontrollierbare soziale Bewegung entstanden, die es durch ihre Breite und radikale Entschlossenheit geschafft hat, die Kräfteverhältnisse zu ändern und die politische und soziale Lage in Frankreich auf den Kopf zu stellen.

Egal wie es weitergeht – die Regierung Macron ist fortan geschwächt und wird zumindest vorerst ihr soziales „Modernisierungsprogramm“ nicht weiter verfolgen können. Anscheinend sind bereits etliche Reformvorhaben erst einmal auf Eis gelegt, etwa die Renten- und Gesundheitsreform und die Einschnitte im öffentlichen Dienst etc.

Hartnäckig und unnachgiebig

Die Bewegung hält inzwischen seit über zwei Monaten an und steht immer wieder auf, ohne sich vom weihnachtlichen „Frieden“ beeindrucken oder sich in die „nationale Allianz“ im Gefolge des Straßburger Attentats¹ einbinden zu lassen.

Ausgangspunkt der Bewegung war eine Online-Petition, die sich rasend schnell über die sozialen Netze verbreitet und sich anschließend außerhalb des üblichen politischen und gewerkschaftlichen Rahmens weiterentwickelt hat. Im November begannen die Straßenverkehrsblockaden, die auf die Knotenpunkte an den Stadträndern abzielten, um den Wirtschaftsbetrieb durch Behinderung des LKW-Verkehrs zu beeinträchtigen. An diesen etwa 2500 Blockadeaktionen waren mindestens 300 000 Gelbwesten beteiligt.

Ab dem 17. November haben sich Hunderttausende von Demonstrant*innen allwöchentlich zu Demonstrationen eingefunden, die weder genehmigt noch mit der Polizei abgesprochen waren und deren Routen nach eigenem Gusto gewählt wurden. In Paris etwa ging es in die Reichen- und Regierungsviertel – den Zentren der Macht, die üblicherweise von der Arbeiterbewegung bei ihren Demonstrationen ausgespart werden – und in die Innenstädte. Die Polizei reagierte zunehmend repressiv, als am 1. Dezember mit dem Arc de Triomphe ein nationales Symbol besprüht und im Zuge äußerst heftiger Auseinandersetzungen beschädigt wurde, in Puy-en-Velay das Landratsamt in Brand gesetzt wurde und die Flughäfen in Nizza und Nantes lahmgelegt wurden. Am darauffolgenden Samstag ließ die Regierung demonstrativ 85 000 Polizisten mit Militärausrüstung und Panzerfahrzeugen aufmarschieren und nahm über 2000 Personen in Vorbeugehaft, ohne jedoch die Straßendemonstrationen in Paris und den meisten anderen Großstädten verhindern zu können.

Seither kommt es zwar infolge der Repression in Paris nicht mehr zu Massendemonstrationen der Gelbwesten, der Rest des Landes zeigt sich jedoch unbeeindruckt. Auch wenn insgesamt die Teilnehmerzahlen seit Mitte Dezember zurückgegangen sind, verharren sie seither jeden Samstag auf einem sehr hohen Niveau. Die Bewegung ist weiterhin im Gange und mobilisiert noch immer Zehntausende äußerst entschlossener Teilnehmer*innen.

Die Regierung hingegen hat alles unternommen, um die Mobilisierung durch eine beispiellose polizeiliche und juristische Repression zu zerschlagen und zugleich die Gelbwesten durch kleine Zugeständnisse und das Angebot eines landesweiten „Dialogs“ vom Rest der Bevölkerung politisch zu isolieren. So hat sie bspw. nach dem 1. Dezember die Erhöhung der Beizsteuer, die das Fass erst zum Überlaufen gebracht hatte, zurückgenommen. Das kam aber zu spät und ging nicht weit genug. Nach dem 8. Dezember kündigte sie weitere Schritte an,

sogenannte Geschenke, die die Beschenkten jedoch selbst bezahlen sollten. Sie sollen nämlich sämtlich aus Steuermitteln finanziert werden, ohne dass den Reichen und Unternehmer*innen auch nur ein Sous genommen wird: die Erhöhung des Mindestlohns um 100 € pro Monat, die „die Unternehmen jedoch nichts kosten soll“, eine Jahresprämie in den Unternehmen – jedoch nach Gutdünken der Unternehmer, Steuerfreiheit für Überstunden und die Befreiung der Renten unterhalb von 2000 € monatlich von der Erhöhung der Sozialbeiträge. Dies alles ist zwar ein Schwindel, aber symbolisch rudert er zurück.

Hinzu kam der nationale Dialog (le „Grand Débat“), der bis zum 15. März abgehalten werden soll und bei dem alle in ihren Wohnvierteln oder im Internet zu Wort kommen sollen. Dieser Dialog ist von vorn bis hinten gelenkt und auf Fragen begrenzt wie „Welche Steuern müssen gesenkt werden?“, „Sollen bestimmte öffentliche Dienstleistungen entfallen?“, „Wie soll die Energiewende finanziert werden – durch direkte oder indirekte Steuermittel?“ etc. Alles Fragen, bei denen es nur um das Blabla geht. Dieser Schwindel mag zwar nicht unter den Gelbwesten verfangen, hält aber die Medien auf Trab und verschafft der Regierung und Macron wieder das Wort und lässt sie prassen.

Das Repressionsarsenal gegen die „gefährlichen Klassen“, also diejenigen, die die soziale Ordnung bedrohen, hat ein nie dagewesenes Niveau erreicht und greift auf die Notstandsgesetze aus der Zeit der IS-Attentate zurück und erzeugt eine bisher einmalige Polizeigewalt. Es wurden Tausende inhaftiert, mitunter vorbeugend wie am 8. Dezember in Paris, Tausende von Demonstrationsverboten in manchen Städten erlassen und Hunderte von monatelangen oder gar jahrelangen Gefängnisstrafen ausgesprochen, zumeist nach kurzem Prozess. Eine achtzigjährige Frau wurde durch eine Tränengasgranate getötet und Hunderte von Demonstrant*innen schwer verletzt, sei es durch Granaten verstümmelt oder durch Geschosse erblindet etc.

Zehntausende von friedlichen Demonstrationsteilnehmer*innen werden zur „hasserfüllten Meute“⁴² gestempelt. Und die Regierung setzt noch eins drauf und kriminalisiert sie durch das neue „Anti-Randalierer-Gesetz“.

Aber auch da kommt durch die Gelbwestenbewegung einiges in Bewegung. Wie zuvor Hollande gebraucht und missbraucht Macron die Repression als politische Waffe: Die aus dem Ausnahmezustand hervorgegangenen Methoden der Repression und Kriminalisierung werden jetzt durchgängig angewandt, auch auf die Arbeiterviertel und

Migrant*innen und überhaupt auf alle politischen und sozialen Ausdrucksformen, garniert mit der Inszenierung von Straßenschlachten in den Medien, um so die ganze Bewegung zu diskreditieren. Aber der Schuss ging nach hinten los. Die Gewaltszenen haben der stillschweigenden Unterstützung der Gelbwestenbewegung durch die Bevölkerung keinen Abbruch getan, vielmehr wird die Polizei zunehmend als Verursacher der Gewalt angesehen. Und die Distanzwaffen mit Hartgummigeschossen und Explosivgranaten werden zunehmend Gegenstand der Proteste, auch seitens der Menschenrechtsorganisationen. Immer mehr Klage- und Untersuchungsverfahren untergraben die Legitimität dieser repressiven Regierungspolitik.

Wer sind die Gelbwesten ...

Diese Bewegung ohne handelsübliche An- und Wortführer hat denjenigen auf die Bühne verholfen, über die man sonst allenfalls mit väterlichem Wohlwollen, meist aber mit der für die Medien und die Herrschenden typischen hemmungslosen Verachtung hinwegsieht. Sie besteht aus Arbeiter*innen, Angestellten, Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, Rentner*innen, Handwerker*innen, Mikrounternehmer*innen etc. Die Hälfte von ihnen ist zuvor noch nie für ihre Interessen auf die Straße gegangen, andere sind ehemalige oder weiterhin aktive Gewerkschafter*innen, besonders unter den Rentnern. Fast die Hälfte von ihnen sind Frauen.

Es handelt sich also nicht um die absolute Unterschicht, sondern eher um die bescheidenen Schichten, die zumeist ein Auto besitzen und aus den Arbeitervierteln der Großstädte, den Vorstadtwüsten oder dem ehemals bäuerlichen Umland stammen. In den Zentren der Großstädte und namentlich in der Pariser Innenstadt ist kaum jemand von ihnen zuhause, auch wenn sie dort ihre Proteste veranstalten.

Viele von ihnen haben versucht, ihrem Milieu durch Arbeit zu entkommen und ein eigenes Haus zu erwerben. Dafür sind sie ins Umland gezogen³ und mehren so die Bewohnerschaft dieser Kleinstädte, die vom Urbanisierungsprozess abgehängt worden sind.⁴ Dieser räumliche Ausgrenzungsprozess hat sie immer weiter ins Abseits getrieben, in Wohnviertel und Kleinstädte, in denen es kaum Infrastruktur und öffentliche Dienst gibt, die man im Alltag benötigt. Auch wenn sie noch so viel und unter immer schwierigeren Bedingungen arbeiten, reicht es kaum am Monatsende für ein anständiges Dasein. Sie

erleben einen sozialen Abstieg und werden obendrein zum Gespött der Eliten.

Nunmehr haben sie das Wort ergriffen und lehnen sich gegen die schreiende Ungleichheit auf, gegen die Probleme ihres Alltagslebens und gegen die Arroganz und Verachtung seitens der Mächtigen. Dieses Begehren von unten zeugt durchaus von Klassencharakter, weswegen es auch so populär unter den einfachen Leuten ist. Es handelt sich um eine tiefgreifende soziale Bewegung, die aus einem Teil der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse kommt, und zwar so, wie sie heute in Frankreich beschaffen ist: zersplittert, entrechtet und mal mehr, mal weniger arbeitsrechtlich abgesichert. Die Mehrheit der Lohnabhängigen in dieser Bewegung ist nicht gewerkschaftlich organisiert und kennt keine Streiks und kollektive Gegenwehr. Wenn sich ein Arbeiter selbständig macht, weil er die Bevormundung nicht mehr erträgt oder keinen Job findet, begibt er sich unter die Handwerker, die von den Banken und Konzernen ausgeblutet werden. Sie alle wohnen in denselben Vierteln und Gegenden und leiden unter derselben Diskriminierung und Plackerei.

... und was fordern sie?

Am Ausgang dieser Mobilisierungen stand eine erneute Erhöhung der Benzinsteuer, die sozial ungerecht und ökologisch unwirksam ist. Mag anfangs noch der Aspekt der Steuerverweigerung überwogen haben, weswegen auch die Rechtsradikalen gleich auf den Zug aufzuspringen versucht haben, ist dies mittlerweile durch die Eigendynamik der Bewegung relativiert worden. Inzwischen ist diese sehr viel breiter aufgestellt und die Benzinsteuer war lediglich der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Die Ablehnung gegenüber dem Unrecht hat zu einem umfassenderen Gesellschaftsprotest geführt.

Das anfängliche Anliegen ist insofern rasch einer ganzen Palette von Forderungen gewichen, die auch über die bloße Anprangerung der Steuerungerechtigkeit und der Ablehnung der Regierungsmaßnahmen hinausgegangen ist und offensive Forderungen aufstellt. Indem sich die Bewegung Gerechtigkeit, Gleichheit und Demokratie auf die Fahnen geschrieben hat, hat sie die politische Diskussion wieder zum Erwachen gebracht.

Dabei geht es zwar auch, aber nicht ausschließlich um rein materielle Anliegen seitens des einfachen Volkes. So rasch und so tiefgreifend, wie sich die Mobilisierung gegen die staatliche Willkür und die Missachtung der Demokratie entwickelt hat, kommt hier eine viel tiefere Regung

zum Ausdruck, die über die bloßen materiellen Forderungen hinausreicht, die den Protest gegen die Ungerechtigkeit lediglich in Zahlen kleidet. Die Leute haben die Schnauze voll von der Verachtung seitens der Mächtigen und wollen nicht mehr die Erniedrigung hinnehmen, die ihnen die Gesellschaft und besonders Präsident Macron zuteilwerden lässt.

So sehen die Forderungen im Einzelnen aus, die die Bewegung stellt und wie sie von den Medien kolportiert werden:

■ Gegen ein ungerechtes Steuersystem, bei dem die Reichsten von Steuergeschenken wie der Abschaffung der Vermögenssteuer profitieren, während die öffentlichen Dienste kaputt gespart werden. Steuerbetrüger*innen müssen bestraft und jeder soll nach seinen Möglichkeiten beitragen.

■ Gegen die immer schärferen Einschnitte bei den Löhnen, Renten, Sozialleistungen etc. Dahinter steht die moralische Forderung, dass die Schwächsten geschützt und die Arbeitenden gerecht entlohnt werden müssen, dass die solidarische Gemeinschaft funktioniert und dass die öffentlichen Dienste gewährleistet werden müssen.

■ Die Ablehnung der Verachtung durch die Mächtigen und der Erniedrigung und die Forderung nach Würde und Anerkennung erklären, warum Macron in der Schusslinie steht. Denn er repräsentiert die Oligarchie und ist der Präsident der Reichen, der durch seine hochmütige und verachtungsvolle Amtsführung eine Politik verkörpert, wo die Ungleichheit regiert und wo es ein Oben und ein Unten gibt. Macron trägt seine Verachtung der einfachen Menschen zur Schau, etwa der bretonischen Schlachthofarbeiter, die „zumeist Analphabeten sind“, und der Proleten, die nicht kapieren, dass „man sich am einfachsten einen Anzug leisten kann, wenn man arbeitet“, dieser „Leute, die einfach nichts sind“, dieser Nichtsteuer, die nicht „über die Straße gehen“ wollen, um einen Job zu kriegen, den „Haufen Kohle“, den man unnützerweise für die Sozialhilfe ausgibt etc. „Macron, tritt ab!“ ist nicht umsonst der am meisten gebrauchte Slogan.

■ Die Ablehnung des politischen Systems und seiner Repräsentant*innen und der Wille, sich selbst Gehör zu verschaffen und die Kontrolle zu übernehmen, zeigen, dass eine wirkliche Demokratie gefordert wird, die sich nicht im Wahlrecht erschöpft. Dies steckt hinter der Forderung nach der Einführung von Volksbegehren. Die Wut gegen das Unrecht und die Herrschenden und die Solidarität unter den Beherrschten erfordern neue Wege, sich politisch Ausdruck zu verschaffen.

■ Zu diesen politischen Aspekten kommt die Erfahrung von Solidarität und Freundschaft, die man bei den gemeinsamen Aktionen gemacht hat und die die Isolierung, die Vereinzelung und die Einsamkeit durchbrochen haben.

Angesichts der neoliberalen Offensive ...

Die Gelbwestenbewegung ist als Reaktion von Teilen der Unterschichten auf 40 Jahre neoliberaler Einschnitte mit immer tieferer und breiterer sozialer Ungleichheit entstanden. Die herrschende Klasse ist nicht mehr dazu imstande, ihre Federführung und Autorität aufrecht zu erhalten und den Ausgebeuteten und Unterdrückten das Einvernehmen aufzudrücken.

Noch bei den Wahlen konnte sich Macron die Diskreditierung der politischen Parteien zunutze machen, die seit den 80er Jahren für die neoliberale Politik verantwortlich gezeichnet hatten. Inzwischen stößt jedoch seine ultraliberale Politik im Rahmen eines politisch autoritären Regimes auf ein enormes Hindernis, nämlich die Reaktion der Opfer dieser Politik. Seit seiner Wahl betreibt er im Eiltempo eine Politik, die ohne Umschweife die neoliberalen Einschnitte der Vorgängerregierungen weiter verschärft. Sein Ziel war es, all die neoliberalen Reformen auf einmal angehen zu wollen, die wegen ihrer Brisanz zu lange aufgeschoben worden waren.⁵ Dabei machte er ostentativ Gebrauch von seinen quasimonarchischen Vollmachten in der Verfassung der V. Republik. Umgeben von einem willfähigen politischen Stab suchte er dabei gar nicht erst einen Kompromiss mit den anderen Parteien und Gewerkschaften. In den Augen dieser Oligarchie ist Demokratie bloße Zeitverschwendung, allenfalls sind konzertierte Aktionen denkbar, aber keinerlei Verhandlungen.

Die Gelbwestenbewegung richtet sich gegen diese Politik, diese Regierung und diesen Präsidenten, die sie für die Ungerechtigkeiten verantwortlich macht. Aber sie nimmt dabei nicht die Unternehmer*innen und die kapitalistische Ausbeutung an sich aufs Korn, sondern strebt eine Beseitigung der schreiendsten Ungerechtigkeiten an.

Samuel Hayat formuliert dies so: „Die Liste ihrer sozialen Forderungen besteht aus im Wesentlichen moralischen ökonomischen Prinzipien. Darin ist es unabdingbar, dass die schwächsten Glieder (die Behinderten, Obdachlosen etc.) geschützt werden, dass die Arbeiter gerecht entlohnt werden, dass die Solidarität greift, dass die öffentlichen Dienste gewährleistet sind, dass die Steuerbetrüger bestraft werden etc. Dies verleiht der Bewegung zweifelsohne ihre Stärke und ihren massiven Rückhalt in der Bevölkerung, dass sie nämlich vermittels ihrer sozialen Forderungen für

eine grundlegend moralische Wirtschaft eintritt, die von der gegenwärtigen Regierung unablässig und ausdrücklich und gar mit sichtbarem Stolz unterhöhlt wird. Insofern lässt sich begreifen, wie die Bewegung zusammenhält und dass sie auf zentrale Organisationsstrukturen verzichten konnte.“⁶

... hüllt sich die Arbeiterbewegung in Schweigen

Die Bewegung konnte ihre Dynamik entfalten, ohne dass die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen dabei eine Rolle spielten. Insofern hat diese Bewegung nicht nur die Regierung voll erwischt, sondern auch die gewerkschaftlich und politisch Verantwortlichen.

Der massive Rückhalt unter der Bevölkerung und besonders den einfachen Leuten stand in erheblichem Widerspruch zu dem Zerrbild, das in vielen linken Kreisen davon rumgeisterte. Trotzdem springt gegenwärtig nicht der Funke auf die Betriebe über, wo die Beschäftigten zwar die Bewegung massiv unterstützen, sich aber nicht in Form von Streiks solidarisieren. Der Gedanke, dass jetzt die „Gelegenheit gekommen ist“, kann sich nicht durchsetzen, auch wenn Teile der Gewerkschaften und linke Aktivist*innen in diese Richtung zu agitieren suchen.

Während Vertreter von La France Insoumise wie Jean-Luc Mélenchon oder François Ruffin ebenso wie Olivier Besancenot von der NPA ihre Unterstützung für die Bewegung mehrfach im Fernsehen zum Ausdruck gebracht haben, haben sich die großen Gewerkschaften bis hin zur CGT unisono geweigert, die Demonstrationen zu unterstützen. Vor Ort gab es dann sehr wohl etliche Gewerkschaftsstrukturen und Gewerkschafter, die sich umgehend solidarisierten und zu gemeinsamen Aktionen aufriefen.

Diese Passivität der Gewerkschaftsorganisationen angesichts der gewaltsamen Repression und der Verhaftungswelle seit Anfang Dezember, indem sie noch nicht einmal einen gemeinsamen Aktionstag mit landesweiten Demonstrationen ausgerufen haben, war ein schweres Versäumnis und eine verpasste Gelegenheit, sich mit der einfachen Bevölkerung bei ihrem Kampf zu solidarisieren. Seit Januar jedoch findet eine Entwicklung statt, indem in vielen Städten zunehmend auch Gewerkschafter*innen als „Rotwesten“ auf den Demonstrationen vertreten und willkommen sind. Als dann noch die CGT – mit gehöriger Verspätung zwar – zu einem 24-stündigen Streik am 5. Februar aufrief, kam es zu beträchtlicher Zustimmung aus den Reihen der Gelbwesten mit dem Aufruf, dies zu einem „unbefristeten Generalstreik“ auszuweiten.

In der Folge ging die Zahl der Demonstrationsteilnehmer*innen über das hinaus, was die Gelbwesten oder die Gewerkschaften jeweils für sich hätten mobilisieren können. Dabei wurde deutlich, dass es einen Schulterchluss gibt, und entsprechend groß war die Begeisterung. Unter den reaktionärsten Strömungen der Gelbwesten hingegen wurde dies natürlich eher zurückhaltend quittiert. Trotz allem sind wir weit von einem eintägigen Generalstreik entfernt und erst recht von einem unbefristeten. Insofern gibt es momentan noch keine qualitative Änderung, was die Mobilisierung weiterer Kreise der Unterschichten angeht.

Das Produkt anhaltender Niederlagen

Die Gelbwestenbewegung stellt auch die Gewerkschaftsbewegung hinsichtlich der Effizienz bzw. Ineffizienz ihrer Aktionsformen vor eine Herausforderung. Letztlich ist sie das Ergebnis aus einer Abfolge von Niederlagen der sozialen Bewegungen der letzten Jahre in Frankreich und insofern zeigen die Gelbwesten mit ihrer Frische, ihrer Hartnäckigkeit und ihren ersten Erfolgen ganz schonungslos, an welchen Schranken diese Kämpfe gescheitert sind.

Zur Zeit des „Wirtschaftswunders“ verlief der Konflikt zwischen den Klassen quasi in Form eines „Gesellschaftsvertrags“: Die Kapitalist*innen verhandelten mit der Arbeiterbewegung über die soziale Absicherung, über das Rentensystem, die Berufsausbildung etc. Für die Neoliberalen hingegen „gibt es keine Gesellschaft“, wie Thatcher es formulierte, sondern nur die Individuen und den Markt. Eine Gewerkschaftsbewegung braucht es nicht mehr und der Staat sorgt für die freie Konkurrenz, notfalls auch – und zunehmend häufiger – mit Gewalt.

Infolge der Umstrukturierung der Wirtschaft durch die Kapitalist*innen wird eine Wirtschaftsblockade durch betriebliche Streiks erschwert. Die Industriekonzerne werden immer größer und international breiter aufgestellt, während die einzelnen Fabriken und Produktionsstätten immer kleiner werden und durch die Vergabe an Subunternehmen immer verstreuter. Nur noch 34 % der Lohnabhängigen arbeiten in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten und auch die sind oftmals nicht wirklich groß. Bis auf wenige rühmliche Ausnahmen wie Raffinerien, Transportgewerbe etc. haben die Lohnabhängigen kaum den Eindruck, durch einen Streik etwas ausrichten zu können.

Daneben haben sich die Arbeitsbedingungen durch die sprunghafte Zunahme unsicherer Arbeitsverhältnisse⁷ und noch mehr die Bedingungen für eine Gewerkschaftsarbeit

infolge des neuen Personalvertretungsgesetzes geändert. Wenn man dann noch die Arbeitslosen und die Scheinselbständigen etc. hinzunimmt, sinkt der Anteil der Ausbeuteten und Unterdrückten, der durch eine gewerkschaftliche Vertretung erfasst wird, noch weiter.

Bei den letzten großen Mobilisierungen, etwa zur Rentenreform oder zum Arbeitsgesetz, wurden immer wieder – mitunter machtvolle und millionenstarke – Demonstrationen abgehalten, mit denen aber kaum mehr erreicht wurde, als dass man sich einen Überblick über die Zahl der Unzufriedenen verschaffen konnte. Wir leben nicht mehr in einer Zeit, wo machtvolle Demonstrationen als Vorspiel zu wirkungsvolleren Kampfmaßnahmen wahrgenommen wurden. Heute gelten diese Gewerkschaftsdemonstrationen vielmehr als Ausdruck der Ohnmacht, auch wenn sie viele Teilnehmer*innen versammeln. Man geht Demonstrieren, um wenigstens etwas zu tun, aber man hat kein darüber hinausgehendes Druckmittel in der Hand.

Die politischen Organisationen haben erst recht keinen organisatorischen Einfluss mehr in den Betrieben und werben allenfalls noch um Wählerstimmen. Wie zuvor schon die Bewegung gegen die Arbeitsrechtreform *Nuit Debout* (Wach bleiben!) verläuft auch die Gelbwestenbewegung außerhalb der gewohnten Bahnen und zeigt, dass die organisierte soziale Bewegung mit vielen Schichten der einfachen Bevölkerung keinen Kontakt und keine Verankerung (mehr) hat.

Die Bewegung *Nuit Debout* hatte – auch wenn sie auf Frankreich beschränkt war – andere soziale Schichten mobilisiert, Jugendliche in den Städten, meist gebildet und diskussionsfreudig, die auch außerhalb der organisierten sozialen Bewegung standen und versucht haben, das Kräfteverhältnis durch Platzbesetzungen zu ändern. Wie bei den Gelbwesten gab es auch in dieser Bewegung eine gewisse „Organisationsfeindlichkeit“, eine Ablehnung gegenüber den Organisationen, die unnützlich oder gar schädlich seien, in jedem Fall aber der Lage und den

DIE GELBEN AMAZONEN

Die Gelbwestenbewegung besticht nach außen durch eine starke Präsenz der Frauen. Ein Anlass, an die Forderungen der Frauenbewegung und ihren Beitrag zum Klassenkampf zu erinnern.

Auch wenn sich die Gelbwestenbewegung nicht durch eine stärkere Beteiligung der Frauen von den übrigen großen Protestbewegungen gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen abhebt, so besteht doch Einigkeit über deren starke Beteiligung und tragende Rolle, was teilweise daran liegt, dass die Bewegung aus dem traditionellen Rahmen und Auftreten der Arbeiterbewegung heraussticht. Manche mag dies erstaunen, dabei verwundert es eher, dass diese Erkenntnis so spät gereift ist.

Die zweite wichtige Erkenntnis ist, dass die Frauen sich allmählich als solche organisieren und dass sie auf ihre eigene Initiative hin als gemeinsamer Block in den Samstagsdemonstrationen auftreten und auch eigene Demonstrationen durchführen. So wie diese Bewegung eine ideale Schule zur Schärfung des Klassenbewusstseins ist, so ist sie auch geeignet, auf breiter Ebene ein feministisches Bewusstsein zu fördern.

Das Sein ...

Ob allein erziehende Mutter oder Heimchen am Herd, ob Teilzeitbeschäftigung wider Willen, niedrige Löhne oder

mickrige Renten etc. – es sind ihre exemplarischen Lebens- und Arbeitsbedingungen, die die Frauen erklärtermaßen dazu bringen, Straßenkreuzungen zu blockieren oder zu demonstrieren. Vielen von ihnen kommt es so vor, als ob sie der Aussatz unter den Aussätzigen dieser Gesellschaft wären und ihre prekäre Lage sie als Opfer von Gewalt prädestinierte. Natürlich gibt es in allen Schichten der Gesellschaft Gewalt gegen Frauen, aber es ist einfacher, aus einer gewalttätigen Beziehung auszubrechen, wenn man finanziell unabhängig ist. Übrigens ist niemand darauf reingefallen, als sich Macron in seiner ersten Stellungnahme zur Gelbwestenbewegung einen feministischen Anstrich verschaffen wollte, indem er die wahren Opfer, nämlich „die mutigen Frauen“, gegen die wahren Schuldigen, die gewalttätigen Gelbwesten, auszuspielen versucht hat.

... bestimmt das Bewusstsein

Die Erfahrungen, die bei den Kundgebungen und Demonstrationen der Frauen gesammelt worden sind, geben Anlass, sich als Frauen in der Gelbwestenbewegung neu aufzustellen und den Sprung von einer Bewegung unter Beteiligung der Frauen zu einer Frauenbewegung zu vollziehen. Angesichts des Auftretens rechtsradikaler Kräfte – darunter auch Frauen – in der Gelbwestenbewegung, das am 20. Januar besonders stark ausgeprägt war, müssen wir gegen die dort vertretenen stereotypischen Rollenzu-

Bedürfnissen der Unterdrückten unangemessen. Diese Distanzierung gilt auch für die bestehenden Verbände, die nicht als die natürlichen Vertreter derjenigen gelten, die handeln wollen. So gehen immer mehr Aufrufe zu Frauen- oder Umweltmobilisierungen von Einzelpersonen aus.

Die Gelbwestenbewegung macht auch augenscheinlich, dass nicht mehr die Betriebe die Organisationszentren der Klassenkonfrontation sind. Sie hat andere Orte wie die Verkehrskreisel und andere Instrumente (die sozialen Netze), andere Aktionsformen (Blockaden, unangemeldete Demonstrationen etc.) und andere Zielobjekte (Nobel- und Regierungsviertel) gesucht und gefunden.

Eine nichthierarchische autonome Organisation

Was hat es nicht an harschen Kommentaren über eine Bewegung gehagelt, die sich noch nicht einmal nach außen vertreten lassen kann! Dabei bedeutet, keine Vertreter*innen zu haben, nicht automatisch, keine

Organisation, keine Diskussionen oder keine Demokratie zu haben.

Diese Schichten der einfachen Bevölkerung haben Kollektive aufgebaut und haben versucht, sich außerhalb der Betriebe im öffentlichen Raum, nämlich den Verkehrskreiseln und den Mautstationen, zusammen zu schließen. Komplette neu daran ist, dass dabei eine spontane Bewegung entstanden ist, die sich aus Tausenden koordinierter lokaler Aktionen heraus gleichzeitig und von vornherein landesweit entwickelt hat. Mithilfe der sozialen Netzwerke konnten sich Individuen untereinander verbinden, die einander nicht kannten, und zwar als horizontale und egalitäre Struktur, auch wenn dies durch die Algorithmen der sozialen Netzwerke vermittelt worden ist.

Aber die Kommunikationsmöglichkeiten der sozialen Netze können die Breite der Gelbwestenbewegung nicht allein erklären. Die Bewegung hat sich spontan Stück um Stück um die Gruppen herum, die sich an den Kreisver-

weisungen an uns Frauen kämpfen und ebenso gegen den Versuch, unsere Unterdrückung gegen die anderer „Minderheiten“ auszuspielen. Feminismus kann weder rassistisch noch homophob sein.

Wenn sich die Bewegung nunmehr über ihre gemeinsamen Forderungen verständigt, müssen natürlich auch die klassischen Forderungen der Frauenbewegung Eingang finden. Es wird zunehmend deutlich, dass sich unsere Agenden überschneiden und wie absurd es ist, nicht gemeinsam auf die Straße zu gehen, so wie am vergangenen Sonntag, wo es in Paris zwei Frauendemos gab und zusätzlich eine der Frauen in der Gelbwestenbewegung. Dies gilt umso mehr, als sich viele dieser Frauen in der Gelbwestenbewegung, die diese Demonstrationen organisieren, ausdrücklich als feministisch verstehen, ob organisiert oder nicht.

Vom Recht auf den eigenen Körper zum Recht auf ein anständiges Leben

Auch wenn in der Gelbwestenbewegung Teile des Proletariats aktiv sind, die in den letzten Jahren eher nicht an den zentralen Kämpfen der Arbeiterbewegung teilgenommen haben, heißt das nicht, dass es sich nicht um einen Klassenkampf handelt. Und auch wenn die beteiligten Frauen und sexuellen Minderheiten nicht der organisierten Frauenbewegung angehören, heißt dies genauso wenig, dass die Proteste nicht auch ein feministisches

Anliegen vertreten. Ganz im Gegenteil: Die Gelbwesten sind ein künftiger Bestandteil der Arbeiter- und Frauenbewegung, die wir wieder aufbauen müssen. Die Frauen, die organisiert für ihre Forderungen kämpfen, gehören mit zur Avantgarde dieser Kämpfe, wie auch schon zuvor in allen Revolutionen von 1789 bis 1917. Wenn wir weniger weit zurückblicken, können wir auch auf die Protestbewegung von 1995 verweisen, die in die Massendemonstration vom 25. November einmündete, oder auf die Auftaktdemonstration der Gelbwesten, der die größte Frauendemonstration der letzten Jahre vorausgegangen war.

Wir schreiben bald den 8. März, an dem wir Frauen im Haushalt und am Arbeitsplatz streiken wollen, um unserer Verantwortung zu stellen, nämlich dass uns unser Körper und unser Leben uns selbst gehören. Entledigt Euch Eurer prekären Bedingungen, ihr Frauen! Packt Eure Wut und zieht in den Kampf!

Aurore K., Lisa D. und Louise R.

■ *Übersetzung: MiWe*

kehren versammelt haben, organisiert. Dort, wo sie sich gehalten haben, sind Gruppen verschiedenster Formen entstanden: von der Gruppe, die sich regelmäßig trifft, mehrheitlich und nach Diskussion über ihre Aktionen entscheidet und auch öffentlich auftritt, bis hin zu den Gruppen, in denen ohne vorherige Diskussion unter den Anwesenden entschieden wird und die mitunter einen selbsternannten Anführer haben. Manchmal benennen ein oder mehrere Versammlungen an den Kreisverkehren eine*n Sprecher*in. Jede Gruppe entscheidet für sich, welche Regeln sie sich gibt, hier schließt die extreme Rechte einen antikapitalistischen Aktivist*innen aus, woanders passiert das genaue Gegenteil.

Gemeinsame Aktionen werden hauptsächlich über die sozialen Netzwerke entschieden. Eine Gruppe macht einen Vorschlag, etwa die Besetzung eines Einkaufszentrums, schickt die Information über die sozialen Netzwerke und die anderen reagieren ... oder auch nicht. Die Aktion findet statt, wenn genug Leute dafür da sind. An den Samstagsdemonstrationen nehmen zunehmend andere Leute, mitunter auch Gewerkschafter*innen teil. Welche Wege diese Demonstrationen nehmen, wird im informellen Konsens entschieden, sofern dies nicht durch Polizeiangriffe vorgegeben wird. Jemand schlägt eine Richtung vor und andere folgen, wenn jedoch die Mehrheit hinterdran nicht einverstanden ist, folgt sie nicht nach, sondern sucht sich ihre eigene Route.

In dieser Bewegung entscheidet jeder selbst über das, was er macht, zumeist im stillschweigenden Einverständnis mit seiner Gruppe. Für die meisten Teilnehmer*innen, auch die, die gewerkschaftlich organisiert sind und an Streiks teilgenommen haben, ist es das erste Mal in ihrem Leben, dass sie selbst entscheiden oder auch so handeln. Natürlich ermöglicht diese fehlende Struktur Manipulationen sowohl seitens Einzelner als auch von rechtsextremen Gruppierungen.

Auch wenn die extreme Rechte in der Bewegung nicht den Ton angibt, was sich darin zeigt, dass sie das Thema Einwanderung nicht durchsetzen konnte, ist sie trotzdem an manchen Verkehrskreiseln und bei den Demonstrationen vertreten. Dort ermöglicht dann das völlige Fehlen demokratischer Strukturen kleinen organisierten Gruppen, solche Operationen durchzuführen wie am 1. Dezember in Paris oder am 26. Januar den Angriff auf den Block der NPA.

Untersuchungen zeigen, dass sich ein Drittel der Beteiligten als „unpolitisch“ und weder links noch rechts bezeichnet und dass sich unter denjenigen, die sich positio-

nieren, über 40 % als links einstufen, 15 % als linksradikal, unter 15 % als rechts und ungefähr 5 % als rechtsradikal.

Die Absicht der Gelbwesten, Herr ihrer eigenen Entscheidungen und ihrer Aktivitäten vor Ort sein zu wollen, hat zweifellos die Bewegung verfestigt und zu ihrem Erfolg beigetragen. Trotzdem braucht sie eine Koordinierung auf regionaler und nationaler Ebene. Auch mit zunehmender Dauer hat die Bewegung bis heute noch keine demokratischen Strukturen hervorgebracht. Die diesbezüglichen Anfänge vermittels der Versammlung der Versammlungen auf Initiative der Gruppe von Commercys sind positiv, aber noch recht begrenzt. Auf dem dortigen Treffen am 27. Januar waren 350 Leute, aber nur 60 Delegierte mit einem Mandat der örtlichen Gruppen und etwa 20 Beobachterdelegationen, wobei einzelne Teilnehmer*innen und die Presse nicht mitgerechnet sind.

Da es keine landesweite demokratische Diskussion gibt, kommt einer der prägenden Züge der Bewegung stärker zum Vorschein, nämlich der Zwang zur Einstimmigkeit, also das Konsensprinzip. Forderungen werden dann vorgebracht, wenn sie sofort auf Zustimmung stoßen können. Ein typisches Beispiel hierfür sind die „staatsbürgerlichen Referendumsinitiativen“ (RIC). Punkte, über die Uneinigkeit bestehen könnte, werden ausgeklammert. Der Wunsch nach einem homogenen Volk ohne Differenzen führt dazu, die politische Dimension des Handelns zu ignorieren. Spaltungen und Widersprüche werden unterdrückt. Nun werden sehr wohl unterschiedliche Optionen diskutiert. Eine orientiert bspw. mehr auf Verhandlungen, die nächste beschränkt sich auf „Weg mit dem Regime“ und wieder eine andere setzt eher auf Wahlen und will eine politische Bewegung nach dem Vorbild der Cinque stelle in Italien gründen, was gegenwärtig jedoch kaum verfährt. Daneben gibt es nationalistisch-identitäre Strömungen, die ebenfalls Aufwind bekommen könnten.

Es ist wichtig, dass diese Verweigerung gegenüber einer politischen Diskussion überwunden wird. Das „Volk“ ist weder homogen noch einer Meinung, sondern von unterschiedlichen Interessen und Ansichten durchzogen. Gleichheit und soziale Gerechtigkeit können entstehen, indem man die Unterdrückung und Ausbeutung abschafft und nicht, indem man deren Vorhandensein ignoriert. Unterdrückung verschwindet nicht durch die bloße Beschwörung eines „Volkes“. Man muss sie vielmehr bekämpfen, was voraussetzt, dass sich die zuerst Betroffenen selbst organisieren. Direkte Demokratie unterdrückt die Politik auf keinen Fall, sondern verschafft ihr wieder ihre Funktion, für verschiedene Gesellschaftsmodelle eintreten

zu können und Ideen einander gegenüber zu stellen, was nur denjenigen zum Nachteil gereicht, die bloß auf die Wahlurnen orientieren. Man muss akzeptieren, dass es politische Gegensätze und Konflikte gibt, die unerlässlich für eine Demokratie sind.

Denkanstöße

Durch die Bewegung sind etliche Debatten vorangekommen. Ein Beispiel hierfür ist die Umwelt- und Klimadiskussion. Wir erleben, wie sich die Klimabewegung fortentwickelt, etwa in Form der regelmäßigen und zahlreichen Klimamärsche seit September oder der erfolgreichen Petition „Eine Jahrhundertangelegenheit“⁴⁸. Währenddessen versucht die Regierung die Umweltfrage gegen die soziale Frage auszuspielen nach dem Motto „Was ist wichtiger: Das Ende der Welt oder ein auskömmliches Dasein?“ Die Erhöhung der Benzinsteuern wurde als das aufgefasst, was sie ist, nämlich sozial ungerecht (wie die anderen indirekten Steuerarten auch, die die Armen viel mehr treffen als die Reichen) und ökologisch unwirksam. Über den Gebrauch eines Autos moralisch herzuführen oder ihn gar unter Strafe zu stellen, bringt nichts, solange Arbeitsplätze, Wohnorte und öffentliche Einrichtungen und Dienste etc. so verteilt sind, dass ein Auto erforderlich ist. Der Kapitalismus gibt sich nicht damit zufrieden, die Arbeitskraft auszubeuten, sondern verfügt auch über die Zeit und Räume der Lebensgestaltung, indem er eine „Raumordnung“ betreibt, die „autogerecht“ ist, Immobilienspekulation befördert und das Sozial- und Wirtschaftsleben so organisiert, dass sich alles um ein paar Metropolen herum abspielt, die im Rahmen der neoliberalen Globalisierung entstehen.

Diese räumliche Ausgrenzung haben diejenigen auf Tapet gebracht, die man vergessen oder dabei geopfert hat und die von den öffentlichen Diensten abgeschnitten sind und von allem, was man zum Leben braucht. Dass soziale und Klimagerechtigkeit zusammengehören, ist wieder stärker ins Bewusstsein gerückt, was sich sowohl an den Parolen der Klimamärsche zeigt als auch an den Themen der Umweltbewegung.

Das zweite Beispiel ist die Rolle der Frau. Viele wundern sich, dass die Frauen so stark in der Bewegung vertreten sind, wohingegen sie sonst bei gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten eher weniger sichtbar sind. Sie sind aktiv geworden, weil sie mehrheitlich zu den armen Erwerbstätigen gehören, die auf Teilzeit oder unsicher beschäftigt sind oder wenig Rente bekommen etc. Sie haben Schluss gemacht mit der Unsichtbarkeit von dem Teil

des Proletariats, der für die Pflege, Gesundheit und den Dienst am Menschen etc. wesentlich verantwortlich ist. Dabei erfahren sie wenig Anerkennung, werden schlecht bezahlt und arbeiten unter miesen Bedingungen und viele von ihnen sind obendrein alleinerziehend. Daher zielen die Forderungen nicht bloß auf die Arbeitsbedingungen und Löhne, sondern auf alles, was zum Leben gehört, nämlich Wohnung, Transport, Zugang zu den öffentlichen Diensten etc. Alles Fragen, die mehrheitlich die Frauen betreffen und die von der Gewerkschaftsbewegung eher vernachlässigt werden.

Wie weiter?

Dieser Umwälzungsprozess eröffnet neue Möglichkeiten, mit allerdings offenem Ausgang. Es gibt eine Diskrepanz zwischen den Schichten, die in der Bewegung am meisten engagiert sind (etwa 500 000 Menschen) und dem, was beim Rest der Bevölkerung politisch vorgeht. Der Aufstieg der extremen Rechten ist keinesfalls gestoppt, eher im Gegenteil.

Im Laufe der Konfrontation ist die Ablehnung von Macron zunehmend deutlich geworden und damit die Ablehnung der neoliberalen kapitalistischen Politik. Allerdings sieht die gegenwärtige politische Dynamik so aus, dass derartige Bewegungen auch der extremen Rechten zum Vorteil gereichen können. Die Bewegung allein wird in solche Debatten kaum von sich aus abschließend eingreifen können. Allerdings wäre es verkehrt, anzunehmen, dass die Gelbwestenbewegung per se der extremen Rechten zugutekommt, selbst wenn diese unter Umständen von ihr zu profitieren vermag.

Zwar hat die mehrere Hunderttausend Teilnehmer starke Gelbwestenbewegung mit der überwältigenden Unterstützung der Bevölkerung Macron und seine Regierung destabilisieren können, aber um ihn zum Rückzug zu bewegen, müssen auch die übrigen Schichten der Klasse der Ausgebeuteten und Unterdrückten, die momentan außen vor stehen, in Bewegung geraten und nicht in bloßer Zustimmung verharren.

Man kann nicht dabei stehen bleiben, bloß den „Schulterschluss“ zu fordern, wenn man all die Unzufriedenen erreichen will. Vor allem wird es nicht möglich sein, sie alle unter einem Banner zu einen, auch nicht unter dem der Gelbwesten, auch wenn diese durchaus ihre Verdienste haben. Diese Einheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten in der Aktion wird nur möglich sein in Form vielfältiger Organisations- und Aktionsformen und nur, wenn wir anerkennen, dass es das homogene Volk so nicht gibt son-

dern dass die verschiedenen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung (entlang des Geschlechts, der Klasse oder der „Rasse“) eine autonome Organisation der Betroffenen voraussetzen, um dagegen kämpfen zu können.

Wir befinden uns in einer völlig neuen Situation mit einer Bewegung, die ungestüm, erfindungsreich und unkontrollierbar ist. Im Extremfall könnte uns passieren, dass wir den 50. Jahrestag des Mai 68 begehen, während im Hintergrund die Gelbwestenbewegung stattfindet, die uns in ihren Abläufen zeigt, inwieweit sich die Bedingungen der Klassenkämpfe in den letzten 50 Jahren verändert haben. Die Verhältnisse haben sich grundlegend geändert, wir befinden uns im 21. Jahrhundert.

Umgekehrt hat diese Bewegung zwar eine nachhaltige politische Krise beschert, aber wir sind weit von einer Umkehrung der grundlegenden Entwicklungsdynamik der gegenwärtigen Periode im Rahmen der weltweiten Kräfteverhältnisse entfernt, die auch die „Wiederkehr des Faschismus“ auf die Tagesordnung setzen könnte.

Diese neue Mobilisierungswelle zeigt erneut, wie dringend notwendig eine politische Vertretung der Ausgebeuteten und Unterdrückten ist, als ein politisches Instrument, das ihnen im täglichen Kampf nützt. Eine solche kämpferische Organisation oder auch Kollektiv oder Netzwerk kann nur entstehen entlang einer politischen Perspektive mit dem Ziel der Emanzipation. Diese muss erarbeitet werden auf der Grundlage der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, Verteilung der Reichtümer und Demokratie. An den tatsächlich bestehenden Bewegungen und ihren kollektiven Formen anzuknüpfen, um zu neuen demokratischen Organisationsformen zu gelangen, das ist heute mehr denn je die Aufgabe der Antikapitalist*innen und Revolutionäre und all derer, die mit der Ausbeutung und allen Formen der Unterdrückung Schluss machen wollen.

Rouen, 8. Februar 2019

■■■■■■■■■■ **Christine Poupin**, Chemiegewerkschafterin, ist Sprecherin des Nouveau parti anticapitaliste (NPA, Frankreich) und Mitglied des Exekutivbüros der IV. Internationale.

■■■■■■■■■■ **Patrick Le Moal** ist Mitglied der IV. Internationale und der Leitung des Nouveau parti anticapitaliste (NPA).

■ Übersetzung: MiWe

1 Am 11. Dezember kam es zu einem Attentat auf dem Straßburger Weihnachtsmarkt, für das der IS die Verantwortung übernommen hat und bei dem es 5 Tote und 11 Verletzte gegeben hat.

2 Macron in seiner Neujahrsansprache.

3 Zwei Drittel aller Erwerbstätigen, d. h. 17 Millionen Menschen pendeln täglich zu ihren Arbeitsplätzen, davon 14 Millionen mit dem eigenen Auto.

4 Immer mehr Arbeitsplätze gehen dort verloren, da 80 % der neu entstandenen Stellen in den 15 größten Städten angesiedelt sind.

5 Abschaffung wesentlicher Teile des Arbeitsgesetzbuches und des Kündigungsschutzes auf dem Ordonanzweg, Lohnstopps, verschärfte Kontrolle der Arbeitslosen, Rentenreform mit der Einführung eines Punktesystems, Abbau von staatlichen Arbeitsplätzen, Erhöhung der Sozialabgaben auch auf niedrige Renten, Berufsbildungsreform, Einschnitte im Versorgungsauftrag der Bahn, weitere Rentenreformen etc.

6 „Les Gilets Jaunes, l'économie morale et le pouvoir“, 5. Dezember 2018: <https://samuelhayat.wordpress.com/2018/12/05/les-gilets-jaunes-leconomie-morale-et-le-pouvoir/>

7 In der Automobilindustrie bspw. bestehen die Bandarbeiter mitunter zur Hälfte aus Leiharbeitern und in den meisten Branchen sind infolge der Automatisierung und der Vergabe an Subunternehmen die Betriebsabteilungen, die die Produktion lahmlegen können, in der Minderheit.

8 Bei dieser Petition geht es um die Unterstützung einer Klage gegen die französische Regierung wegen ihrer Untätigkeit gegen den Klimawandel. Bisher sind über 2 Millionen Unterschriften zusammengekommen.



FRAUEN IN DER NELKENREVOLUTION

Anlässlich des Todes von Helena Lopes da Silva am 8. September 2018 veröffentlichen wir ihre (infolge ihres Todes leider unvollständigen) Lebenserinnerungen, die im Juni 2017 im Rahmen einer Serie über den Beitrag der Frauen zur portugiesischen Revolution vom April 1974 und zum antikolonialistischen Befreiungskampf aufgezeichnet wurden.

■ **Mariana Carneiro**

Helena Lopes da Silva wurde 1949 auf den Kapverdischen Inseln als Tochter eines Schriftstellers quasi in die Bücherwelt – eine lebenslange Leidenschaft – hineingeboren und verließ nach Abschluss der Schule das Land, um im „Mutterland“ Portugal zu studieren. Trotz ihrer Zugehörigkeit zur Mittelschicht erlebte sie von klein an die Armut und die Ungleichheiten, von der die kapverdische Bevölkerung gezeichnet war. Auch Bücher spielten dabei eine Rolle, etwa der in ihrem Heimatland verbotene Roman *Famintos* (Hunger) des kapverdischen Autors Luís Romano. „Auch wenn ich noch nicht alles richtig verstanden hatte, begann ich mich doch zu fragen, warum bei uns Menschen auf den Straßen sterben mussten, ohne dass ihnen geholfen wurde. Das hat mich sehr berührt.“

Als sie 13 Jahre alt war, wurde sie erstmals mit dem Schicksal der politischen Gefangenen konfrontiert: „Wir wohnten hinter dem Justizpalast und vernahmen eines Tages von dort ein Stimmengewirr. Von der Straße aus konnten wir dann sehen, dass dies von Polizisten und kapverdischen politischen Gefangenen ausging. Die Hintergründe blieben uns allerdings unklar, da wir vom Befreiungskampf noch nichts wussten. Wir begannen uns zu fragen, warum diese Menschen verhaftet wurden, und wir hörten, dass sie gegen die portugiesische Regierung waren und dass sie bessere Bedingungen für

Kap Verde und für die einheimische Bevölkerung wollten.“

Aufkeimender Protest ...

Im Alter von 15 Jahren keimten die ersten Anzeichen von Protest auf: „Wir gingen damals alle von sechs bis acht Uhr abends auf den sog. Praça, einen Park im Zentrum der Stadt. Als im Radio, das dort zu hören war, die Nationalhymne gespielt wurde, blieben alle Leute stehen oder erhoben sich, gleich ob jung oder alt. ... Ich sah keinen Grund, es ihnen gleichzutun, und auch niemand hielt mich dazu an oder machte mich darauf aufmerksam, dass dies quasi einem Ungehorsam gleichkam, einer Art Widerstand, wie man es im Nachhinein bezeichnen kann. Damals gab es schon die PIDE (die unter der salazaristischen Diktatur errichtete politische Polizei) und somit die Angst, dabei gesehen und an den Pranger gestellt zu werden. Trotzdem bin ich nicht aufgestanden und habe versucht, meine Freunde auch davon abzuhalten.“

Auch eine andere Episode hinterließ einen tiefen Eindruck auf Helena: „Eines Tages ging ich zum Zahnarzt – Dr. Santa Rita – ins Hospital da Praia und wurde im Wartezimmer von einem politischen Gefangenen angesprochen, der von einem Polizisten bewacht wurde. Er muss mich sympathisch gefunden haben und fing an zu erzählen. Daraus erwuchs ein sehr bewegendes Einverneh-

men, in das auch der Polizist eingebunden war, der uns frei reden ließ und später sogar den Austausch von Briefen und Büchern vermittelte. Diesem Häftling schickte ich eine Schallplatte mit dem Lied San Francisco („Trag Blumen im Haar“). Da die Plattenhülle kaputt war, fertigte er mir eine neue mit selbst gezeichneten Blumen. Später habe ich erfahren, dass dies der Schriftsteller Luandino Vieira war, der als Student in der Casa dos Estudantes do Império wohnte [eigentlich einer Kadernschmiede des Kolonialismus in Lissabon, die später zur Keimzelle des antikolonialistischen Widerstands wurde, AdÜ].“

Als sie 15 oder 16 war, reiste Helena als ausgezeichnete Schülerin auf Einladung der Portugiesischen Jugend (Mocidade Portuguesa, Jugendorganisation des salazaristischen Regimes) per Schiff nach Portugal – ihr erster Kontakt mit dem damals so genannten „Kontinent“. Auf der Rückfahrt machte sie die Bekanntschaft eines Schiffstewards, der – wie sie später erfuhr – Angehöriger der verbotenen Kommunistischen Partei Portugals war. „Er lenkte meine Aufmerksamkeit auf Themen wie Diskriminierung oder Ausbeutung. ... Über die Kolonien sprach er nichts Gutes, eher darüber, was dort verkehrt lief, auch in Kap Verde, Angola oder Mozambique. ... Das machte mich neugierig auf den Befreiungskampf, von dem ich nichts wusste. Er ließ mir mehrere Bücher zukommen, darunter den Gedichtband O Rio von João Cabral de Melo Neto. Auch diese Episode trug dazu bei, in mir ein politisches Bewusstsein zu erwecken, ohne dass ich dies damals so wahrgenommen habe. Dieser Steward ging damals nach Kap Verde und traf sich sogar mit meinem Vater. Wir schrieben uns weiterhin und in einem seiner Briefe erzählte er mir vom Ballet Rose (einem Skandal über Kinderprostituierte, in den die portugiesische Oberschicht einschließlich Klerus und Regierung verwickelt war). Er sagte, dass die herrschende Klasse in Portugal verfault sei.“

... und beginnende Radikalisierung

Mit 18 Jahren wurde Helena von ihrem Vater zum Studium nach Porto geschickt, nachdem sie ein Stipendium erhalten hatte. Zunächst stand sie der Juventude Universitária Católica (JUC, katholische Studentenjugend) nahe, die sich damals bereits der Befreiungstheologie angenähert hatte. Dann kam sie im Piolho, ihrem Stammcafé, in Kontakt mit einer trotzkistischen Gruppe, der auch der Dichter und Übersetzer Manuel Resende, ein späteres Gründungsmitglied der portugiesischen Sektion der IV. Internationale, angehörte.

In dieser Gruppe begann sie ihre politische Schulung. „Wir trafen uns heimlich nachts und lasen Das Kapital und Werke von Rosa Luxemburg und diskutierten bis spät in die Nacht darüber. Ich habe damals Das Kapital studiert, so wie ich Anatomie studierte. Natürlich habe ich damals nicht alles verstanden.“

Da ihre Schwester in Coimbra studierte, war Helena jedes Wochenende dort. Dort wurde sie zu Treffen eingeladen, auf denen Themen wie der Befreiungskampf diskutiert und die politische Schulung von Student*innen aus den Kolonien in Angriff genommen wurde. „Wir sprachen über die Produktionsverhältnisse, die Gesellschaftsklassen, das Proletariat etc. Unsere Treffen tarnten wir als Tanzabende (picapadas), auf denen sich einige von uns zuvor untereinander verabredeten. Dadurch konnten wir unbemerkt bleiben. Bei diesen Treffen informierte und schulte ich mich anhand der Texte von Amílcar Cabral über den nationalen Befreiungskampf, namentlich der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei von Guinea und Kap Verde (PAIGC).“

1969 nahm Helena an den Studentenprotesten in Coimbra teil, die stark vom „Mai 68“ beeinflusst worden waren.

Politik in der „Illegalität“

Nach zwei Jahren Studium in Porto beantragte Helena den Wechsel des Studienplatzes nach Lissabon, wo die meisten ihrer kapverdischen Freunde lebten. Kaum in der Hauptstadt angekommen, wurde sie sofort in die geheime Organisation der PAIGC in Portugal aufgenommen. „Die PAIGC bestand aus einem Komitee, einem Unterkomitee und mehreren Zellen, die die Basisgruppen anleiteten. Anfangs war ich in einer Zelle aktiv, wo wir geheime Treffen veranstalteten und Informationen über den Guerillakampf in Guinea-Bissau sowie Instruktionen über unsere anfallenden Aktivitäten erhielten. Ich war für mehrere Basisgruppen aus Student*innen und Werftarbeitern bei Lisnave, wo wir stark verankert waren, verantwortlich, traf mich mit ihnen und versuchte, ihr Bewusstsein für den gebotenen Befreiungskampf zu schärfen. Danach wurde ich in das Unterkomitee kooptiert.“

Neben ihrer Aktivität in der Untergrundorganisation der PAIGC war Helena auch Mitglied der trotzkistischen Gruppe, die mit der IV. Internationale sympathisierte und in Lissabon hauptsächlich aus Medizinstudent*innen bestand. „Wir waren damals nur sehr wenige und hatten damit zu kämpfen, dass Trotzki als „Verräter“ angesehen wurde. Aber wir waren hartnäckig und sehr enthusiastisch

und an allen Kämpfen beteiligt. Daneben haben wir gearbeitet und gleichzeitig studiert, sogar mit guten Abschlüssen. Insofern konnten wir uns schließlich durchsetzen und Anerkennung unter den Kommiliton*innen gewinnen. An der medizinischen Fakultät in Lissabon gab es eine trotzkistische Organisation, an der Alfredo Frade, José Manuel Boavida etc. beteiligt waren. Dann kam noch João Cabral Fernandes, ein anerkannter Studentenfürher aus Coimbra, hinzu. Ich wurde Mitglied der Vorläuferorganisation der LCI (Liga Comunista Internacionalista). Wir hielten geheime Versammlungen ab, unter anderem bei Manuel Cavaco in der Avenida de Roma, und verteilten unsere Propagandaschriften unter den Studenten und Arbeitern. Auch mit führenden Genossen der IV. Internationale wie Michael Löwy hatten wir Treffen, die oft den ganzen Tag dauerten.“

Helena war immer in beiden politischen Strömungen zugleich aktiv: der mit der IV. Internationale verbundenen LCI und den Befreiungsbewegungen, konkret der PAIGC, die für die Unabhängigkeit von Kapverden und Guinea-Bissau kämpfte. „Damals waren wir glühende Verfechter einer Einheit von Guinea-Bissau und Kapverden, so wie Amílcar Cabral es befürwortete. In Lissabon waren wir zu dritt in beiden Organisationen parallel aktiv. Wären wir verhaftet worden, hätte dies für beide Organisationen Probleme gebracht. Aber unser Enthusiasmus reichte für beides und glücklicherweise ist nichts passiert.“

Trotzdem waren wir in zweifacher Hinsicht klandestin, weil auch die PAIGC nichts über die Mitgliedschaft in einer trotzkistischen Gruppierung wissen durfte. „Selbst nach dem 25. April 1974 konnte sich niemand offen zur LCI bekennen. Von dieser Doppelmitgliedschaft profitierte ich aber enorm, sowohl durch die Theorieschulung durch die LCI als auch durch die Stärkung meines Bewusstseins als Kämpferin für die Befreiung und Unabhängigkeit der Kolonialvölker, die allein durch die Befreiungsbewegungen repräsentiert werden.“

Wir kämpften an zahlreichen Fronten zugleich. An der medizinischen Fakultät bedeutete dies, gegen das Unterrichts- und Prüfungssystem zu protestieren, über die Kolonialkriege zu diskutieren und die Kämpfe an den Universitäten mit denen der Arbeiterklasse zu korrelieren. „Ich nahm an den antikolonialistischen Demonstrationen teil und musste mich dem polizeilichen Zugriff entziehen. An der Fakultät hatten wir ein Antirepressionskomitee gegründet und verfassten Schriften und Flugblätter, die wir verteilten, agitierten unsere Kommilitonen und nahmen an den studentischen Vollversammlungen teil.“

Ständig mussten wir aktiv sein und mitunter konnten wir uns kaum auf den Beinen halten. „Aber wir waren dabei voller Enthusiasmus. Einmal fuhr ich mit dem Bus zur Praça de Espanha, um von dort aus zu einem Treffen auf der anderen Flussseite zu fahren. Noch während ich beim Bezahlen auf mein Wechselgeld wartete, bin ich eingeschlafen, so sehr litt ich unter Schlafmangel. [...]“ Ihre Mitgliedschaft im Antirepressionskomitee brachte Helena Lokalverbot in der Mensa wegen „ungebührlichen politischen Verhaltens“ ein.

Vor dem 25. April hatte sie auch Kontakte zu linkskatholischen Kreisen. „Eines Tages sprach mich der Moraltheologe Luís Moita an, den ich damals noch nicht kannte. Er gab mir ein paar Schriften, um mich über sein antikolonialistisches Engagement aufzuklären. Die Informationen konnte ich bei meinen Aktivitäten in der PAIGC gut verwerten. Später erfuhr ich, dass dies auf Initiative der Führungsstruktur der PAIGC hin erfolgt war. [...]“

Wege der Befreiung

Mit dem Ausbruch der Nelkenrevolution verlangten wir die sofortige Unabhängigkeit der Kolonien und den Rückzug der Besatzungsarmeen.“ Am 3. Mai organisierte Helena mit ihren beiden Genoss*innen, die zugleich der LCI und der PAIGC angehörten, eine Versammlung der afrikanischen Student*innen in einem städtischen Krankenhaus. Dabei ging es u. a. um die Besetzung des Sitzes des staatlich gelenkten Verbandes der überseeischen Studenten (PEU). Diese faschistoide Institution diente dazu, die afrikanischen Student*innen gegen die Unabhängigkeitsbewegungen einzuschwören und oppositionelle Kräfte zu denunzieren. Dafür gab es kostenlose Heimreisen, Bücher, Konzertkarten etc. für die eifrigen Denunziant*innen. Gemeinsam mit ihren – vorwiegend trotzkistischen – portugiesischen Kommiliton*innen marschierten die Versammlungsteilnehmer*innen daraufhin zum Sitz der PEU, besetzten das Gebäude und benannten es in „Haus der Studenten aus den Kolonien“ (CEC) um.

Helena wurde zur Vorsitzenden dieses neu gegründeten und von der „Bewegung der Streitkräfte“ (MFA), Organisatorin der Nelkenrevolution, anerkannten Vertretungsorgans gewählt. In der Leitung waren auch Vertreter aus den anderen Kolonien (Angola, Mosambik und São Tomé. „Diese Aktivitäten waren enorm wichtig, weil sie für die meisten Studenten aus den Kolonialländern eine völlig neue Erfahrung darstellten. Da sie zuvor nie mit Vollversammlungen, Anträgen, Tagesordnungen etc. zu

tun hatten, war dies für sie quasi eine Schulung im Schnelldurchgang. Für uns in der Leitung ging es darum, umgehend Schulungsmaterial zu erstellen, hauptsächlich über die Befreiungskämpfe. Dadurch wurden die Mitglieder zu wichtigen Vektoren der antikolonialen Bewegung auf den antiimperialistischen Demonstrationen.“

Die erste Großveranstaltung, an der die Mitglieder der CEC beteiligt waren, fand im Lissabonner Arbeiterverein Voz do Operário statt, einem ursprünglich als Selbsthilfeverein der Tabakarbeiter gegründeten Arbeiterbildungs- und Unterstützungsinstitut. Dort traten sie für die Anerkennung der Befreiungsbewegungen als einzige legitime Interessenvertretung der Kolonialvölker ein und forderten die sofortige Aufnahme von Verhandlungen darüber. Über die wichtige Funktion der CEC als Ort der politischen Schulung sagt Helena: „Wir erreichten breite Kreise und viele, die bei uns aktiv waren und ihre ersten politischen Erfahrungen sammelten, schlossen sich später den Regierungen ihrer Heimatländer an.“

Insofern war die CEC auch Anziehungspol für viele andere Organisationen der radikalen Linken, obwohl „die Trotzlisten dort aufgrund der gewachsenen Verbindungen mit der LCI über erheblichen Einfluss verfügten“ und sogar eine Diskussionsveranstaltung mit Ernest Mandel stattfand.

Das Beispiel der CEC machte Schule. Nach ihrem Muster wurden in Angola und Mosambik Studentenzentren gegründet und auch die Demokratische Aktionsgruppe von Kapverden und Guinea-Bissau (GADCG) entstand nach ihrem Vorbild. „Zuvor gab es auf den Kapverden ein regimetreues Studentenzentrum, in dem hauptsächlich Festveranstaltungen der einheimischen Bourgeoisie stattfanden. Kurz nach der Nelkenrevolution, aber noch vor der Unabhängigkeit sprengten wir dort einen Tanzball und besetzten das Haus. An seine Stelle setzten wir die GADCG, die eine wichtige Rolle im Emanzipations- und Politisierungsprozess der einheimischen Bevölkerung spielte und der PAIGC zur allgemeinen Anerkennung als Vertreterin des Volkes verhalf.“

Nach Helenas Einschätzung „ist es ganz wesentlich der Gruppe kapverdischer Trotzlisten zuzuschreiben, dass Kapverden heute ein demokratisches Regime besitzt, das sehr viel fortschrittlicher als diejenigen in den übrigen ehemaligen Kolonien ist. [...] Schon frühzeitig und noch vor der Nelkenrevolution orientierten wir auf die Entwicklung einer demokratischen, ausbeutungsfreien und partizipativen Gesellschaft nach Erlangung der Unabhängigkeit. Dies war Folge unserer internationalistischen

politischen Orientierung, die uns gegen eine Revolution in Etappen und stattdessen für eine permanente Revolution eintreten ließ. [...]“

Die in der UdSSR politisch ausgebildeten stalinistischen Kader hingegen teilen eine bornierte Sicht auf die Welt. Ihre Scheuklappen hindern sie daran, Demokraten zu sein. Für sie gibt es nur Schwarz oder Weiß und „wer nicht für uns ist, ist gegen uns“. Andere Strömungen kommen nicht zu Wort. So kam es auch auf Kapverden unter der Einheitspartei – „Kraft, Licht und Führer des Volkes“ – dass alle Andersdenkenden als Verräter behandelt wurden. Die Trotzlisten galten als Konterrevolutionäre und wurden vertrieben. Insofern bin ich nach dem Ende meines Studiums auch nicht auf die Kapverden zurückgekehrt. Ich wäre dort sehr wahrscheinlich verhaftet worden, also blieb ich in Portugal.“

Mit der Unabhängigkeit der Kolonien entfiel auch die Raison d'être für die CEC. „Nach dem Ende der CEC haben wir uns auf die Arbeit in der GADCG konzentriert und schwerpunktmäßig Stadtteilarbeit betrieben. Nach dem Zerwürfnis zwischen Guinea-Bissau und Kapverden, entstand daraus die kapverdische Assoziation.“ [...]“

Neben dem antikolonialistischen Kampf und der Intervention in den Betrieben und Universitäten engagierte sich die LCI auch in den Kämpfen zur Befreiung der Frau, etwa für das Abtreibungsrecht. „Wir hatten auch eine autonome Frauenorganisation, die Gruppe „Frausein“, und arbeiteten im europäischen Frauennetzwerk mit. Insofern vertrat ich unsere Organisation auch im Ausland. Gemeinsam mit den Vertreterinnen anderer linker Organisationen führten wir Veranstaltungen über die Befreiung der Frau durch, was damals hauptsächlich auf das Abtreibungsrecht zentriert war. Die LCI war in allen Initiativen aktiv, die zu dieser Frage damals entstanden sind, u. a. auch in der Bewegung für die Straffreiheit von Abtreibungen.“

■ Übersetzung aus der Reihe „Mulheres de Abril“ in *Esquerda.net: MiWe*



PROTEST GEGEN DAS „SKLAVENGESETZ“

In den letzten Wochen sorgte Ungarn wieder einmal international für Schlagzeilen. Diesmal waren es Nachrichten über eine Volksbewegung, die aufgrund der jüngsten Novellierung der Arbeitsgesetze entstanden war, wobei die Arbeitsgesetzgebung schon einmal im Jahr 2011 von der regierenden Fidesz-Partei zum Vorteil der Unternehmer verändert worden war.

■ **Kristof Szombati**

Am 12. Dezember verabschiedete die Fidesz unter tumultartigen Szenen in der Nationalversammlung (in denen Abgeordnete der Opposition versuchten, das Abstimmungsverfahren zu stören) ein Gesetz, das die maximale Anzahl von Überstunden, die Angestellte pro Jahr leisten dürfen, von 250 auf 400 Stunden erhöhte und es Unternehmern gestattete, die Bezahlung von Überstunden nach Gutdünken bis zu drei Jahre aufzuschieben. Eine ähnliche Änderung war bereits im vorherigen Jahr beantragt, aber schnell wieder zurückgezogen worden, als der Regierung klar wurde, dass die unpopuläre Maßnahme im Vorfeld der in diesem Frühjahr stattfindenden Parlamentswahlen der Beliebtheit der Fidesz schaden konnte. Spontane, von Fidesz-Repräsentanten geäußerte Kommentare ließen erkennen, dass das Gesetz erneut eingebracht wurde, um deutsche Autohersteller zufriedenzustellen. Diese sehen sich in einem Niedriglohnland mit einem immer größer werdenden Arbeitskräftemangel konfrontiert, da ein beträchtlicher

Teil der erwerbstätigen Bevölkerung das Land verlassen hat, um in Ländern wie Österreich, Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern einer besser bezahlten Arbeit nachzugehen.

Die Regierungspartei wurde davon kalt erwischt und ihre normalerweise äußerst effiziente Propagandamaschinerie hatte Probleme, den Diskurs über die „Arbeitsgesellschaft“ aufrechtzuerhalten, den die Fidesz erfunden hatte, um die Schwächung von Arbeitsrechten und Gewerkschaften, die massive Senkung des Unternehmenssteuersatzes und weitere Schritte in Richtung einer deregulierten Wirtschaft zu legitimieren. Ganz offensichtlich kamen Ausmaß und Hartnäckigkeit der Straßenproteste, die von den der neuesten Regierungsinitiative ablehnend gegenüberstehenden Gewerkschaften organisiert wurden, für die Regierung völlig überraschend. Den Gewerkschaften gelang es, ihre internen Differenzen beiseitezuschieben und eine schlagkräftige Formulierung zu finden: das „Sklavengesetz“. Damit kippten sie das von der Fidesz so

sorgfältig aufgebaute populistische Bild einer Regierung, die die Ungarn angeblich vor den Initiativen des George Soros und des europäischen neo-liberalen Establishments schützen wollte, und stellten die zu der Zeit regierende Partei als volksfeindliche Kraft dar, die zugunsten ausländischen Kapitals versuchte, die Ungarn zu versklaven. Das verbindende Schlagwort der Gewerkschaften spielte eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung der unzufriedenen Bürger. Während sich frühere Protestbewegungen (mit wenigen Ausnahmen) eher auf die Hauptstadt und den gehobenen Mittelstand beschränkten, nahm diesmal auch in normalerweise ruhigen Provinzstädten eine erhebliche Anzahl von Menschen an Demonstrationen teil. Die Bewegung der Straße hatte zudem großen Anteil an der Vereinigung und Stärkung der zersplitterten Opposition des Parlaments. Nach dem dritten aufeinanderfolgenden Wahlsieg der Fidesz im April war die Opposition im Chaos versunken. In früheren Zeiten hatte sie sich auf eher symbolische Gesten des Protests beschränkt. Diesmal versuchten die Abgeordneten der Opposition hingegen gemeinsam, den Abstimmungsprozess zu blockieren. Diese Bemühungen schlugen zwar fehl, aber immerhin konnte die Fidesz das Gesetz (zusammen mit einer weiteren Rechtsvorschrift, durch die ein der direkten Kontrolle des Justizministeriums unterstehendes neues Verwaltungsgericht geschaffen wurde) nur auf eine rechtlich höchst fragwürdige Weise verabschiedet. Das von einem Angehörigen der kleinen linksgerichteten Oppositionspartei Dialog für Ungarn (Párbeszéd Magyarorszáért) verbreitete Live-Video wurde rekordverdächtige 1,2 Millionen Mal angeklickt. Das zeigt, dass die Bürger das Interesse an der Politik definitiv nicht verloren haben und durch die Opposition durchaus mobilisiert werden können.

Diese Erkenntnis brachte die Abgeordneten der Opposition dazu, sich an die Spitze der Proteste zu stellen und zu versuchen, die Bewegung durch Ausweitung der Forderungen noch zu vergrößern. Am 16. Dezember führten 13 dieser Abgeordneten einen Demonstrationszug zum Gebäude der öffentlichen Rundfunkanstalt. Sie wollten Sendezeit für vier zusätzlich zur Zurücknahme des Sklavengesetzes aufgestellte Forderungen haben: weniger Überstunden für die Polizei, Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz, Wahrung der Unabhängigkeit der öffentlichen Medien, Mitgliedschaft Ungarns in der europäischen Strafverfolgungsbehörde. Die Weigerung der staatlichen Fernsehanstalt, die Forderungen zu senden, und die gewaltsame Entfernung der Abgeordneten durch Sicher-

heitskräfte ermöglichten es der Opposition, die autoritären Züge des Orbán-Regimes aufzuzeigen.

Während ich diese Zeilen schreibe, legt die Protestbewegung wegen Weihnachten eine Pause ein und ihr zukünftiger Weg ist ungewiss. Der Aufstand der Straße hat die Legitimität der Fidesz deutlich infrage gestellt und der parlamentarischen Opposition neue Energie eingehaucht. Möglicherweise gehen die Proteste im Januar weiter, denn die Gewerkschaften haben versprochen, einen Generalstreik zu organisieren, und die politische Opposition mobilisiert ihre Mitstreiter. Während der Generalstreik zwar als logischer Zug erscheint, da sich die Regierungspartei weigert, zurückzutreten (Präsident János Áder hat das neue Gesetz am 20. Dezember unterzeichnet), ist dieser Schritt jedoch aufgrund der Schwäche der Gewerkschaftsbewegung mit großen Risiken behaftet. Wenn sich die Arbeiterschaft dem Generalstreik nicht anschließt, könnte das sehr schnell das Ende der Protestbewegung bedeuten und die Verhandlungsposition der Gewerkschaften noch weiter schwächen. Aber auch das Bemühen der parlamentarischen Opposition, die Proteste zu einer breiten, gegen das System gerichteten Bewegung auszuweiten, ist gefährlich, da damit die Aufmerksamkeit von einem Problem abgelenkt werden könnte, das Arbeiterbezirke, die bis dahin politisch wenig aktiv waren, aufgerüttelt hat. Im Folgenden werde ich durch Vergleiche mit zwei weiteren Oppositionsbewegungen (den französischen Gelbwesten und der politischen Opposition Polens) versuchen aufzuzeigen, worin die Fragilität der Protestbewegung besteht. Ich werde mich dabei auf eine vereinfachte Darstellung dieser Bewegungen beschränken, um die wichtigen Elemente der ungarischen Proteste herauszustrichen.

Eine Gemeinsamkeit der ungarischen und der französischen Bewegungen ist ihre Opposition gegen das, was man neoliberale und post-neoliberale Regierungsarten nennen könnte. Obwohl die etablierte (liberale) Mainstream-Presse meistens Figuren wie den französischen Präsidenten Emmanuel Macron und den ungarischen Premierminister Orbán benutzt, um den Gegensatz zwischen „proeuropäischen Weltbürgern“ der Mitte und „antieuropäischen Populisten“ des Randes aufzuzeigen, verschleiert dieses Konstrukt wichtige Parallelen und Verbindungen zwischen Macrons und Orbáns Projekten. Zu diesen Verbindungen gehört z. B. die Abhängigkeit des westlichen Produktionskapitals von billigen osteuropäischen Arbeitskräften und niedrigen Unternehmenssteuern. Das, wogegen die Menschen in beiden Ländern protestieren,

sind die Symbole dieses politisch-ökonomischen Regimes, denn hier wird die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erhöht, indem den Erwerbstätigen zusätzliche Arbeit abverlangt wird und Sozialausgaben sowie andere wichtige öffentliche Aufwendungen reduziert werden.

[...]

Nun wende ich mich kurz der polnischen Opposition zu, um aufzuzeigen, was ich als größtes Risiko betrachte.

Bei den Regionalwahlen im Jahr 2018 brachte die vereinte Opposition der regierenden PiS (Partei für Recht und Gerechtigkeit) in den größeren Städten eine schwere Niederlage bei. Die liberale Bürgerplattform (PO) – Polens Regierungspartei von 2007 bis 2015 und aktuell die wichtigste Oppositionsgruppe – hatte eine starke Anhängerschaft in städtischen Gebieten, gewann sehr wichtige Bürgermeisterwahlen und sicherte sich überraschend mühelos den Sieg in Warschau. Diese Siege gelangen mithilfe eines Programms, das eine Rückkehr zur „Normalität“ der Zeit vor Kaczyński versprach. Die PO unter der Führung von Grzegorz Schetyna (Inhaber wichtiger Positionen in den PO-Kabinetten von 2007 bis 2015) versprach im Wesentlichen eine Rückkehr zu den neoliberalen Programmen der vorherigen Dekade – Programme, die die Wähler im Jahr 2015 ablehnten, indem sie der PiS damals das Mandat zur Alleinregierung gaben. Während die PO ihre Beliebtheit bei den städtischen Wählern (die von dieser Partei am meisten profitiert hatten) behielt, verlor sie stark in ländlichen Gebieten, da dort die Wirtschaft stagnierte und junge Menschen auf der Suche nach Arbeit in Scharen in größere Städte oder ins Ausland abwanderten. Dieser Trend hielt auch bei den jüngsten Regionalwahlen an, deren Wichtigkeit durch die große Rolle unterstrichen wird, die sie bei der Verteilung von EU-Geldern spielen. Und dieses Geld ist für die Wähler eine Hauptattraktion bei der Entscheidung, welcher Partei sie ihre Stimme geben. Die PiS erhielt 34 % aller Stimmen und wurde in neun Regionalparlamenten stärkste Partei. Dies verdankt sie der Tatsache, dass es ihr seit ihrem Wahlsieg im Jahr 2015 ähnlich wie der Fidesz gelang, unter der wirtschaftlich abgehängten Wählerschaft ihre Legitimität zu steigern, indem sie versprach, die Polen vor ausländischen Feinden zu schützen, und indem sie ein Wirtschaftswachstum fördert, das nicht nur stark ist, sondern auch in allen Bevölkerungsschichten gleichmäßiger ankommt. Während die PiS ein klares Profil hat, ist es alles andere als klar, wofür die PO steht, von ihrer Anti-PiS-Position einmal abgesehen. Selbst der Erfolg der Opposition in großen Städten scheint zum größten Teil

eher von der Feindseligkeit der städtischen Wähler gegenüber der PiS als von Enthusiasmus für die Alternative getrieben worden zu sein. Darüber hinaus ist und bleibt Schetyna mit seinen engen Verbindungen zur vorherigen, von der PO angeführten Regierung einer der Politiker Polens, dem am wenigsten Vertrauen entgegengebracht wird. All das deutet darauf hin, dass es bei der im nächsten Jahr stattfindenden Parlamentswahl schwierig werden wird, die PiS zu schlagen. Und ganz generell unterstreicht es dazu noch das Problem des Establishments, Wähler mittels altbekannter, abgenutzter neoliberaler Parolen und Gesichter auf seiner Seite zu halten.

Warum das für die ungarische Situation relevant ist? Weil wir in der letzten Woche, seit es die parlamentarische Opposition geschafft hat, sich an die Spitze der Protestbewegung zu katapultieren, eine feine, aber fühlbare Kursänderung bezüglich Forderungen und Diskurs der Bewegung gesehen haben. Solange die Gewerkschaften das Heft in der Hand hatten, konzentrierten sich Opposition und Demonstranten auf das Sklavengesetz und, allgemeiner, auf die zunächst gut verborgenen, aber jetzt aufgedeckten Bemühungen der Fidesz, die Ungarn ausländischem Kapital zur Ausbeutung anzubieten. Dieses Vorgehen der Opposition, wie schon zuvor beschrieben, bringt die Fidesz in eine höchst unangenehme Lage. Und wie der Ausbruch von Protesten in den normalerweise ruhigen ländlichen Regionen bewies, findet es Anklang in Wahlkreisen, die bisher von den zahlreichen Bemühungen der Opposition, der Entdemokratisierung entgegenzutreten und die Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, nichts wissen wollten. Nun erscheint zwar das Bestreben der Opposition, den Umfang ihrer Forderungen durch die oben angeführten Punkte zu erweitern, als durchaus logischer Schritt, könnte die Bewegung jedoch in dieselbe Sackgasse führen, die zum Verschwinden prodemokratischer Proteste in den Jahren 2010 bis 2018 geführt hatte.

Präzise ausgedrückt heißt das: Wenn der Kampf gegen Ausbeutung und autoritären Kapitalismus durch die Forderung ersetzt wird, zur Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren, werden wir wahrscheinlich erleben, dass sich die Vergangenheit wiederholt. Die Protestbewegung wird auf die „üblichen Verdächtigen“ reduziert, also, einfach ausgedrückt, auf den Budapester Mittelstand, der (wie wir inzwischen wissen) nicht zahlreich oder mächtig genug ist, um die Fidesz herauszufordern. Falls die Opposition dann die Protestbewegung nicht nur unterstützt, sondern auch noch die Kontrolle darüber übernimmt, wird es für die Regierungspartei zudem noch einfacher zu behaupten,

dass die Proteste ja nur dieselbe ausgelutschte liberale Politik repräsentierten, die Ungarn nach 2006 in den wirtschaftlichen und moralischen Ruin getrieben hätte. Sollten die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft von der Bildfläche verschwinden, wird es schwierig sein, die Bevölkerung der Wahlkreise weiterhin auf die Straße zu bringen, und das vor allem in den kleineren Städten. Wie im Falle Polens hängt das Wiederaufleben einer progressiven Politik (und zwar sowohl ihre Legitimität als auch ihr Wahlerfolg) von der Unterstützung durch Wahlkreise mit großem Arbeiteranteil ab.

Wie die Ereignisse seit dem kritischen Jahr 2016 bewiesen haben und Anthropologen bereits viel früher aufgezeigt hatten (Kalb und Halmai 2011; s. a. Kalb und Mollona 2018), tendieren Bewegungen, die sich der neoliberalen Hegemonie in Europa entgegenstellen, immer stärker zu einer extrem rechten (ultranationalistischen und ausgrenzenden) oder antiliberalen (bonapartistischen und neoliberalen) statt einer links gerichteten Ausrichtung. Das Auftauchen von rechtsextremen Aktivist*innen in den Straßen von Paris (auch wenn es die sog. Nationale Sammlungsbewegung, die „Rassemblement National“, nicht schaffte, die Kontrolle über die Gelbwesten an sich zu reißen) unterstreicht, was hier auf dem Spiel steht. Das gleichzeitige Wiederaufleben des Neoliberalismus in Polen zeigt zudem die Hartnäckigkeit auf, mit der die Politik des Establishments in einigen Ecken des Kontinents existiert (selbst wenn ihre Rückkehr an die Schaltstellen der Macht an der Peripherie der EU höchst unwahrscheinlich bleibt). Im Falle von Ungarn befinden wir uns in einer Situation, in der der politische Inhalt und die Richtung der systemfeindlichen Proteste (die sich einer post-neoliberalen Ordnung entgegenstellen) noch nicht wirklich festgelegt sind. Hier wurden die früheren Bastionen einer liberalen Hegemonie nicht nur etwas geschwächt, sondern richtiggehend ausgehebelt, wie an dem Verschwinden der alten liberalen Parteien und der kürzlichen Ausweisung der Central European University aus Budapest zu sehen ist. Daher ist eine Wiederholung des polnischen Szenarios, also der Rückkehr des alten Establishments, nur schwer vorstellbar. Das schließt allerdings eine Wiederholung der Fehlschläge der vorherigen (nach 2010) Protestbewegungen nicht aus, die sehr schnell eine strikt liberale Ausrichtung annahmen, infolgedessen einschließen und lediglich Apathie sowie ein allgemeines Gefühl der Hoffnungslosigkeit hinterließen. Die Situation präsentiert sich als großes Problem: Der Neoliberalismus unter liberaler Schirmherrschaft ist zu angeschlagen, um

wiederbelebt zu werden; die extrem rechte Gegenbewegung wurde bis zu einem Punkt geschwächt, an dem sie nicht mehr darauf hoffen kann, die hegemoniale Partei herauszufordern, die sich ein paar ihrer kulturalistischen Mäntelchen umgehängt hat; und die Linke liegt immer noch am Boden, ohne Programm und lebensfähige Organisationen. Die einzig realistische Chance, die Fidesz zu stürzen, scheint im Moment in einer pluralistischen „Volksfront“ zu bestehen. Dieser Front müsste es gelingen, Unzufriedenheiten (sowohl im städtischen als auch im ländlichen Umfeld) in großem Umfang öffentlich zu machen und mehr zu tun, als einfach nur die Absetzung von Orbán zu fordern (der für die Opposition dieselbe Feindbildfunktion innehat wie Soros für die Fidesz-Anhänger).

Für die Zeit nach der Fidesz wird ein zumindest minimaler Konsens gebraucht. Dieses Minimum muss aus einer starken Sozial- und Arbeitskomponente bestehen, wenn solch eine pluralistische Gegenbewegung auch nur den Hauch einer Chance auf Erfolg haben soll. Der Kernpunkt der aktuellen Demonstrationen ist daher meiner Ansicht nach, ob sie zu einer Neubelebung der Arbeiterbewegung und der Entstehung von Arbeiterpartei-Organisationen führen können. Ohne das ist eine Ablösung der Fidesz nur schwer vorstellbar.

9.1.2019

Ursprünglich veröffentlicht in *FocaalBlog*, dem Blog von Focaal: *Journal of Global and Historical Anthropology*. Diese Version wurde aus *LeftEast* entnommen.

■ Übersetzung: Antje Hink



SOLIDARITÄT MIT DEN KÄMPFEN IM IRAN!

Vor 40 Jahren wurde das Schah-Regime durch einen Volksaufstand im Iran gestürzt. Schah Mohammad Reza Pahlavi hatte zuvor fast 40 Jahre lang mithilfe der USA ein autoritäres Regime befehligt und über seinen Geheimdienst SAVAK die Opposition gnadenlos verfolgt.

Dem Sturz des Regimes waren monatelange Streiks in sämtlichen wirtschaftlichen Zentren des Landes, darunter der wichtigen Ölindustrie vorangegangen, in deren Verlauf zahlreiche Unternehmer das Land verließen. Die verlassenen Fabriken wurden von den Beschäftigten übernommen und die Produktion in Form von Arbeiterräten kontrolliert. Die politische Macht lag indes weiterhin in den Händen des Staatsapparats, den der Klerus um Ayatollah Chomeini nach dessen Rückkehr aus dem französischen Exil am 1. Februar 1979 kontrollierte.

Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung lag in der Bekämpfung der „unislamischen“ Arbeiterräte und deren blutige Repression durch seine kleinbürgerliche Basis, die er in den Revolutionsgarden organisierte. Fast alle linken Organisationen beugten sich – statt die Arbeiterräte zu verteidigen und die Doppelherrschaft auszubauen – der „antiimperialistischen“ Phraseologie der Mullahs und fügten sich in die „nationale Einheit“, die besonders nach der von Chomeini inszenierten Besetzung der US-Botschaft beschworen wurde.

Als der Irak mit Unterstützung der USA im September 1980 den Iran angriff (Erster Golfkrieg), nutzte das Regime die dadurch hervorgerufene nationalistische Welle, um ein Klima des Terrors zu schaffen. Arbeiter, die Forderungen aufstellten, wurden verfolgt. Über 30 000 Oppositionelle wurden zwischen 1981 und 1989 hingerichtet. Zwischen 1981 und 1983 wurden erst die Volksmudschaheddin, dann die moskautreue Tudehpartei, bis dahin unerschütterliche Verbündete des Islamischen Staates, aufgelöst.

Die Folgejahre waren geprägt von der Ausschaltung jeder republikanischen Dimension und der Festigung der

theokratischen Tyrannei. Erst nach Beginn des neuen Jahrtausends begann sich wieder eine unabhängige Arbeiterbewegung zu formieren und 2009 kam es landesweit wieder zu einer umfassenden Protestbewegung, der sog. *Grünen Bewegung*, gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahlen durch Ahmadinedschad, die aber wegen mangelnder Koordination und Organisation sowie wegen ihrer Fixierung auf eine institutionelle Alternative kanalisiert und erstickt werden konnte.

Seit 15 Monaten jedoch gärt es wieder im ganzen Land. Die Not treibt die Menschen auf die Straße und zunehmend werden auch die Betriebe erfasst. Die Proteste richten sich nicht nur gegen die wirtschaftliche Verelendung, Korruption und Verschwendung, sondern auch gegen Repression und Gängelung im Alltag. Unabhängige Organisationen der Lohnabhängigen sind inzwischen entstanden, auch die Frauen schließen sich zusammen und fordern öffentlich ihre Rechte.

Die Diskreditierung des Regimes ist soweit gediehen, dass die Opposition eine zunehmende Öffentlichkeit erzielen kann, was erstens der Ausbreitung der Proteste dient und zweitens einen Schutz vor Repression darstellt. In einigen Fällen müssen inhaftierte Oppositionelle und Gewerkschafter*innen unter Druck freigelassen werden und berichten öffentlich über ihre Haftbedingungen und die erlittene Folter.

Diese im Vergleich zu früheren Protesten völlig neue Entwicklung zeigt, dass sich das Regime in der Defensive befindet. Dennoch ist der Repressionsapparat weiterhin allgegenwärtig und intakt und es bedarf dringend der internationalen Solidarität zur Unterstützung und zum Schutz der Kämpfenden, die besonders in den Ländern erbracht werden kann, auf deren Kooperation das Regime nach der Aufkündigung des Atomdeals durch die USA angewiesen ist.

M. Weis

PROTESTWELLE IM IRAN

In den vergangenen Wochen hat sich die Protest- und Streikwelle im Iran weiter zugespitzt. **Frieda Afary**

Dies liegt einerseits daran, dass die neuerlichen und viel drastischeren Sanktionen der US-Regierung gegen den Iran die einfache Bevölkerung besonders hart treffen. Auch wenn es bei den Sanktionen vordergründig um den Boykott von Erdöllieferungen aus dem Iran geht und die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Medikamenten angeblich nicht betroffen sein sollen, wird durch die Unterbindung von Banktransaktionen zwischen dem Iran und dem Rest der Welt faktisch die Bezahlung solcher Importe verhindert. Dies führt dazu, dass die Mehrheit der 82 Millionen Menschen im Iran unter der Verknappung von Nahrungsmitteln, Medikamenten und Grundversorgungsleistungen leiden.

Hinzu kommen der dramatische Verfall der iranischen Währung Rial, eine astronomische Inflationsrate, Entlassungen und ausbleibende Löhne, die auch auf die wirtschaftlichen Probleme des Landes zurückzuführen sind, die bereits vor der Wiederaufnahme der Sanktionen bestanden haben. Angesichts des Währungsverfalls liegt der Mindestlohn inzwischen bei umgerechnet 100 Dollar pro Monat für eine vierköpfige Familie und damit unterhalb der absoluten Armutsschwelle, die nach der Definition der Weltbank 2 Dollar pro Tag und Kopf beträgt.

Auf der anderen Seite sind die Lügen der iranischen Führung – nicht nur von Ayatollah Chamenei sondern auch des „Reformers“ Rohani – immer schamloser geworden, wenn sie öffentlich über die „flourierende“ iranische Wirtschaft schwadronieren oder über die Unterstützung der iranischen Bevölkerung bei ihrem „tapferen Kampf“ gegen den US-Imperialismus durch die Volksmassen in Syrien, Irak, Libanon und Jemen. Zugleich sorgt die – sogar von einigen Regierungsvertretern eingestandene – Korruption unter den Regierungsbehörden für zunehmende Wut unter der Bevölkerung.

Die regeste Beteiligung an den Kämpfen für bessere Arbeits- und Umweltbedingungen und Menschenrechte gibt es in Chuzestan, einer an Erdöl und Industrie reichen

Provinz im Südiran. In die das ganze Jahr über anhaltenden Streiks der dortigen Arbeiter*innen in den Zuckerfabriken von Haft-Tapeh in Schusch (4500 Beschäftigte) und der Stahlarbeiter der National Steel Group in Ahvaz (4000 Beschäftigte) und in die Protestmärsche zu den Regierungsgebäuden in den Städten sind auch deren Familienmitglieder involviert. Am 18. November wurden 18 Zuckerarbeiter und eine Reporterin verhaftet, von denen bislang 12 auf die Proteste von Angehörigen, Kolleg*innen und Einwohner*innen von Schusch hin freigelassen worden sind.

Neben den landesweiten Protesten der LKW-Fahrer, die in den letzten sechs Monaten dreimal gestreikt haben, fanden weitere Protestaktionen in der Erdöl- und petrochemischen Industrie in Chuzestan statt. Außerdem gab es Proteste der Bauern, die Wasser für ihre Felder fordern, und der Gemeindearbeiter sowie der darbenen Rentner, die ihre eigene Vertretung gegründet haben.

Während die Beschäftigten Lohnnachzahlungen, Sozialleistungen, Arbeitsschutz und sichere Arbeitsplätze fordern, „privatisiert“ die iranische Regierung nach wie vor Unternehmen, die ihr zuvor unmittelbar gehört haben. Diese gehen an Anbieter, die realiter Statthalter des Staates und der islamischen Revolutionswächter sind und nur kurz befristete Arbeitsverträge anbieten oder gänzlich vertragslose Stellen ohne Sozialleistungen und Gewährleistung der ohnehin im Iran mickrigen arbeitsrechtlichen Regelungen. Als Reaktion hierauf haben die Zuckerarbeiter*innen von Haft-Tapeh gefordert, das Unternehmen selbst ganz oder teilweise selbst zu verwalten.

In Chuzestan gibt es auch bedeutsame Auseinandersetzungen um Menschenrechts- und Umweltprobleme. Letztere werden verursacht durch den Bau von Staudämmen, der Umweltverschmutzung durch die petrochemische Industrie, Raubbau an den Grundwasserreserven durch an kurzfristigen Vorteilen orientierte kapitalistische Entwicklung und den Klimawandel selbst. Folgen sind die Zerstörung von Sumpfbereichen, massive Wasserknappheit und erhebliche Luftverschmutzung.

Im vergangenen Frühjahr gab es in Chuzestan breite Proteste gegen Wasserrationierungen, Luftverschmutzung und Missachtung der kulturellen Rechte und der Sprache der arabischen Minderheit in Iran. Als daraufhin die iranische Regierung die Umleitung des Wassers aus dem Karun in die irakische Stadt Basra unterbrach, um die Protestwelle in Chuzestan zu beenden, führte dies wiederum zu Stromausfällen im Irak, weil die Wasserkraftwerke dort nicht mehr funktionierten. Ende August und Anfang September gingen daraufhin tausende Iraker auf die Straße,

um von der irakischen Regierung die Grundversorgung mit Strom und sauberem Wasser einzufordern. Dabei geriet auch die Präsenz und der Einfluss des Nachbarstaates Iran ins Visier und das iranische Konsulat wurde sogar gestürmt und in Brand gesetzt.

Das iranische Regime fürchtet nichts so sehr wie einen Schulterschluss zwischen den Kämpfen im Iran und im Irak, wo sich extremistische und religiös-fundamentalistische Gruppen gegenüberstehen. Menschenrechtler in Chuzestan verweisen darauf, dass das iranische Regime die sunnitischen Fundamentalisten in Chuzestan gewähren lässt, Menschenrechtler und Gewerkschafter jedoch gnadenlos verfolgt. Nach dem Anschlag auf eine iranische Militärparade in Ahvaz am 22. September, für den eine iranisch-arabische Separatistenorganisation, die Arabische Kampfbewegung für die Befreiung von Ahvaz (ASMLA), verantwortlich gezeichnet hat, wurden über tausend iranisch-arabische Intellektuelle, Menschen- und Bürgerrechtler, politische und Medienaktivisten sowie teilweise auch deren Ehegatten und Kinder von den Behörden festgenommen. Am 10. November wurden 22 von ihnen ohne Gerichtsverfahren und ohne dass irgendeine Verbindung zur ASMLA bestanden hätte, hingerichtet und verscharrt.

Das iranische Regime fürchtet auch die Autonomiebestrebungen im iranischen Kurdistan, wo es auch viele Arbeitskämpfe gibt. Am 14. September wurde dort ein Massenstreik ausgerufen, um gegen die Hinrichtung der vier kurdischen politischen Gefangenen Ramin Hossein Panahi, Zanyar Moradi, Loghman Moradi und Kamal Ahmadinejad sowie gegen die iranischen Raketenangriffe auf kurdische Rebellen im Nordirak zu protestieren.

Daneben kämpfen die iranischen Lehrer*innen weiterhin an vorderster Front für Arbeits- und Menschenrechte. Bereits zum zweiten Mal seit Schuljahresbeginn streiken sie für höhere Löhne und Sozialleistungen anstelle ihrer jetzigen Hungerlöhne, für das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und kostenlosen Unterricht für alle und gegen die Diskriminierung religiöser und nationaler Minderheiten, die noch nicht einmal in ihrer eigenen Sprache (Kurdisch, Azari oder Arabisch) in den öffentlichen Schulen unterrichtet werden. Sie fordern die sofortige Freilassung von inhaftierten Führern der Lehrgewerkschaft wie Esmail Abdi, Mohammad Beheshti Langerudi, Mohammad Habibi, die lange Haftstrafen verbüßen, weil sie den Aufbau einer Gewerkschaft „verbrochen“ haben. Andere haben kürzere Gefängnisstrafen oder Prügelstrafen erhalten oder wurden ins Exil getrieben. Streikende Lehrer*innen sind nach wie vor von Vertreibung oder Exil bedroht.

Am hartnäckigsten werden Feministinnen mit Gefängnisstrafen belegt. Die herausragendsten Beispiele sind Nasrin Sotudeh, Menschenrechtsanwältin der „Girls of Revolution Street“ (Frauen, die wegen der Entfernung ihres Kopftuchs in der Öffentlichkeit verhaftet wurden), Narges Mohammadi, Aktivistin gegen die Todesstrafe, Zeynab Jalalian, eine kurdische politische Aktivistin, Golroch Irai, Schriftstellerin und Atena Daemi, Kinderrechtlerin. Andere Feministinnen wurden wegen der Organisation von Workshops über Frauenrechte inhaftiert. Männer wie Arasch Sadeghi und Farhad Meysami, die für die Rechte der Frauen eintreten, sind ebenfalls im Gefängnis. Einige haben versucht, durch Hungerstreiks auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam zu machen und alle leiden unter verschiedenen Gesundheitsproblemen infolge der Gefängnishaft. Sotudeh wurden Familienbesuche verweigert, weil sie sich weigert, einen langen Mantel bei Besuchen zu tragen. Mohammadi hat ihre Kinder seit einigen Jahren nicht mehr gesehen und Jalalian ist in der Haft erblindet.

Am 22. Oktober wurde der Menschenrechts-, Kinderrechts- und Umweltaktivist Farshid Hakki vor seinem Haus erstochen und dann von den Agenten der iranischen Regierung verbrannt. Fünf weitere Umweltaktivisten, Frauen und Männer, wurden der Spionage beschuldigt und wegen „Beleidigung der öffentlichen Moral“, was als Kapitalverbrechen gilt, angeklagt. Im Februar wurde der Soziologieprofessor und Umweltaktivist Kavous Seyed Emani im Gefängnis ermordet.

Auch Student*innen waren an einigen der genannten Proteste beteiligt und betrieben daneben ihre eigenen Protestaktionen an der Teheraner Universität und der Allameh Tabatabai-Universität (ebenfalls in Teheran) sowie in anderen Provinzen, um sich gegen die Studiengebühren für bisher kostenlose Dienstleistungen und Kurse zu wehren und gegen die Relegation von „gebrandmarkten“ Studenten (politische Aktivisten) zu protestieren. Universitätsstudenten, die wegen der Unterstützung der Volksproteste gegen die Islamische Republik im Dezember 2017/Januar 2018 verhaftet wurden, wehren sich nach wie vor gegen die Haftstrafen, die gegen sie verhängt wurden. Am 20. November trafen sich Studenten der beiden Universitäten in Teheran, um ihre Solidarität mit den streikenden Zuckerrohrarbeitern von Haft-Tapeh und anderen Streikenden sowie den Lehrern zum Ausdruck zu bringen.

Zudem hat eine Gruppe politischer Gefangener aus dem berüchtigten Gefängnis Gohardasht bei Teheran gerade eine Erklärung veröffentlicht, in der sie ihre Unterstützung für die streikenden Arbeiter der Zuckerrohrfabrik Haft-

Tapeh und von Ahvaz Steel bekunden. Darin heißt es: „Der Widerstand der ehrenvollen und hart arbeitenden Arbeiter von Haft-Tapeh und Ahvaz Steel ist ein weiterer wütender Schrei der Unterdrückten und Werktätigen einer Bevölkerung, die die Ausbeutung und Unterdrückung durch eine korrupte Regierung nicht mehr hinnehmen kann. Eine Bevölkerung, die täglich erleben muss, wie sie um die Früchte ihrer harten Arbeit gebracht wird, und die Armut, Hunger und katastrophalem Elend ausgesetzt ist, damit der von ihr geschaffene Reichtum dafür benutzt wird, Terrorismus und Kriege zu schüren oder ihre Proteste zu unterdrücken, hat endlich erkannt, wer ihr wahrer Feind ist. Wir, die politischen Gefangenen von Gohardascht ... glauben, dass der einzige legitime und gerechte Ausweg aus der Unterdrückung und Ausbeutung in der Rebellion liegt. Nur auf diesem Weg und durch die Einheit aller Gewerkschaften im Lande und aller unterdrückten Schichten der Gesellschaft werden wir die Ausbeuter und Unterdrücker verjagen.“

Es ist in der Tat beeindruckend, wie vielfältig und umfassend die Proteste und Streiks der iranischen Bevölkerung sind. Tatsächlich ist die Mehrheit der 82 Millionen Iraner*innen von den elenden Bedingungen betroffen, die durch die wiederholten Wirtschaftskrisen des iranischen Kapitalismus, die Auswirkungen der militärischen Interventionen des Regimes im Ausland und die schwerwiegenden Auswirkungen der überharten US-Sanktionen hervorgerufen werden.

Was wir brauchen, ist eine sozialistische Organisation, die auf den genannten Kämpfen aufbaut sowie auf den Protesten vom Dezember 2017 und Januar 2018, die sich gegen die militärischen Interventionen des Irans in der Region und gegen die Islamische Republik richteten. Es muss eine neue Generation iranischer Sozialist*innen entstehen, die den iranischen Nationalismus bekämpft, den militaristischen Staatskapitalismus des Irans kritisiert und die Rechte der Frauen, der sexuellen Minderheiten und der unterdrückten nationalen Minderheiten im Iran verteidigt. Außerdem muss der Zusammenhang zwischen Militarismus nach außen und dem sinkenden Lebensstandard daheim der Bevölkerung vor Augen geführt werden. Wenn wir nicht eine solche Perspektive und eine solche Organisation auf den Weg bringen, riskieren wir, dass die Bauernfängerei der iranischen Monarchisten verfängt, die eine Rückkehr zu den „guten alten Zeiten des Schahs“ fordern.

Sozialist*innen auf der ganzen Welt, die ihre Solidarität mit den iranischen Kämpfen zum Ausdruck bringen wollen, können sich nicht einfach darauf beschränken,

gegen die brutalen und grausamen Sanktionen der US-Regierung zu protestieren. Sie müssen auch ihre Ablehnung des iranischen Regimes zum Ausdruck bringen, die Not der streikenden Zuckerrohrarbeiter von Haft Tapeh und anderer Gewerkschaftsaktivisten, einschließlich der Lehrer*innen, öffentlich machen und die inhaftierten Feministinnen und arabischen und kurdischen Aktivist*innen verteidigen. Vorrangig ist, dass wir einen Diskurs schaffen, wie der Sozialismus wirklich zur Befreiung der Menschen führen kann und nicht bloß zu einer anderen Form kapitalistischer Unterdrückung und Ausbeutung.

22. November

■ Übersetzung MiWe aus *Alliance of Middle East Socialists blog*

KLASSENKÄMPFE IN IRANISCH- KURDISTAN

Nach der Aufkündigung des Iranabkommens durch Donald Trump und dessen Kriegsdrohungen sowie den wirtschaftlichen Protesten, die Tausende von Menschen gegen die Regierung des Landes auf die Straße brachten, verstärkt die Islamische Republik nun ihre Repression im überwiegend kurdischen Nordwesten. Das Interview von **LeftEast** mit **Dr. Kamran Matin** vom Department of International Relations an der University of Sussex beginnt mit der kurdischen Frage, beleuchtet aber die Beziehung zwischen allen drei Aspekten aus einer linken Perspektive.

Können Sie uns einen Überblick über den Generalstreik in Iranisch-Kurdistan nach den Hinrichtungen von Ramin Hossein Panahi, Zanyar Moradi und Loghman Moradi am 8. September geben?

Am 25. August 2018 wurden vier kurdische Umweltaktivisten unter ominösen Umständen getötet, als sie versuchten, ein Feuer im Wald bei Mariwan zu löschen. Viele Menschen gehen davon aus, dass die iranischen Revolutionsgardien sie absichtlich beschossen und getötet haben. Am 7. September überfielen und töteten iranische Streitkräfte vier Mitglieder der Freiheits- und Demokratiebewegung Ostkurdistan (KODAR) in der Nähe der Stadt Sineh (persisch Sanandadsch) im iranischen Kurdistan. Am nächsten Tag richtete das islamische Regime drei kurdische politische Gefangene hin und feuerte mehrere Raketen auf das Hauptquartier der Demokratischen Partei des Iranischen Kurdistan (DPK-I) in Irakisch-Kurdistan, während das Zentralkomitee der Partei ein Plenum abhielt. Fünfzehn DPK-I-Mitglieder, darunter fünf Mitglieder des Zentralkomitees, wurden getötet.

Außerdem wurden zwei Mitglieder einer anderen im Iran aktiven kurdischen Gruppe, der Kurdischen Demokratischen Partei des Irans (PDK-I), in der näheren Umgebung durch Raketen getötet und zahlreiche Menschen, darunter auch Zivilisten, dabei verletzt. Im Anschluss an diese Ereignisse riefen die wichtigsten politischen Parteien des iranischen Kurdistan (Rojhilat/Ostkurdistan) das kurdische Volk in Rojhilat zu einem Generalstreik am 12. September auf, um gegen die Gräueltaten des iranischen Regimes zu protestieren. Die Resonanz war überwältigend und sämtliche Geschäfte und Verkaufsstände in der Region blieben an diesem Tag geschlossen.

In welchem Zusammenhang stehen diese beiden Ereignisse – die Exekution der kurdischen Aktivisten und der darauf folgende Generalstreik – mit den kurdischen Kämpfen in der sonstigen Region?

Insofern als der Streik Teil des jahrhundertelangen Kampfes der iranischen Kurden für die Anerkennung ihrer ethnischen Identität und ihrer politischen und kulturellen Rechte war, ist er auch ein Teil der gesamten kurdischen Freiheitsbewegung im Nahen Osten. Außerdem diente er der Erfahrung mit einer friedlichen Kampfmethodik unter extrem harten und repressiven Bedingungen. In dieser Hinsicht hat das Volk von Rojhilat einmal mehr seine politische Reife und Tatkraft unter Beweis gestellt, indem es eine Methode des politischen Kampfes anwandte, die mit minimalen menschlichen Kosten wirksam ist und ein weiteres erfolgreiches Beispiel für die gesamte kurdische Bewegung in der Region war. Der Streik führte auch unmittelbar zu einem der relativ seltenen Momente der Einheit zwischen den kurdischen politischen Organisatio-

nen, die nach wie vor tief gespalten sind und sich nicht auf ein wirkliches Bündnis oder eine systematische Zusammenarbeit einigen können, derweil das iranische Regime von einer der schwersten Krisen seit Ende der 80er Jahre heimgesucht wird.

Ramin Hossein Panahi wurde wegen „Gotteslästerung“ zum Tode verurteilt. Was sagt uns das über die Verflechtung islamistischer Motive mit dem paniranischen Nationalismus, den die Islamische Republik vom Schah geerbt hat?

Bald nach ihrer Gründung und namentlich während des iranisch-irakischen Krieges nahm die Islamische Republik ihre panislamistische Rhetorik mehr zurück und integrierte stattdessen zentrale Bestandteile der iranisch-nationalistischen Ideologie in ihre Propaganda, besonders deren rassistische Komponente, den persisch-schiitischen Überlegenheitswahn. Diese Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt nach der gewaltsamen Unterdrückung der Protestbewegung infolge der manipulierten Präsidentschaftswahlen von 2009. Das Regime versuchte, seiner tiefen Legitimationskrise zu entkommen, indem es systematisch einen iranischen Chauvinismus schürte.

Damit konnten auch die militärischen Interventionen in den Nachbarregionen gerechtfertigt werden, besonders die strategische Unterstützung des Assad-Regimes, durch dessen blutige Unterdrückung der Proteste im Zuge des Arabischen Frühlings die syrische Revolution in einen der weltweit katastrophalsten Bürgerkriege einmündete. In diesem Sinne ist die Unterdrückung von abweichenden Meinungen durch das Regime zwar formal in die Gesetzestermine der Scharia eingebettet, aber sie wird von einer besonderen ideologischen Mischung getragen, in der der paniranische Nationalismus zunehmend die explizit schiitisch-islamischen Elemente überflügelt.

Inwiefern hängt dieser Streik mit der landesweiten Welle von Arbeiteraufständen im Oktober 2018 zusammen, bei denen Lkw-Fahrer und Öl- und Chemiearbeiter sowie Eisenbahner in den Streik getreten sind?

Diese landesweiten Streiks folgten im Wesentlichen auf den Generalstreik in Kurdistan. Angesichts der obwaltenden politischen Repression lässt sich nur schwer ermessen, inwieweit der politische Streik in Kurdistan die nachfolgenden Arbeitskämpfe beeinflusst hat. Aber angesichts der großen Verbreitung sozialer Medien im Iran liegt es auf der Hand, dass der Streik in Kurdistan ein auslösendes Moment

der nachfolgenden Streikbewegung war und gewissermaßen eine Vorreiterrolle gespielt hat. Dabei spielt eine Rolle, dass die kurdische Arbeiterbewegung sehr aktiv ist und die kurdischen Arbeiter*innen in Ostkurdistan zu den bestorganisierten und politisch bewusstesten und aktivsten Sektoren der Arbeiterklasse in Iran gehören. Die kurdischen Lohnabhängigen demonstrieren alljährlich am 1. Mai für ihre Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit. Von den kurdischen Arbeiter*innen ging auch die Initiative für die Bildung des Koordinationsrats zur Gründung von Gewerkschaften im Iran aus, einer breiten Dachorganisation, die Arbeiter*innen gewerkschaftlich organisieren und für ihre Gewerkschaftsrechte mobilisieren will. Dabei haben sie weiterhin eine Schlüsselfunktion inne.

Der iranische Kapitalismus hat eine ganz eigene Struktur, in der mit dem Militär und paramilitärischen Kräften eng verbundene Konzerne große Kapitalmengen kontrollieren. Was bedeutet dies für die Lohnabhängigen, die landesweite und branchenübergreifende Organisationen aufbauen wollen?

Schwerer als die parastaatliche Struktur des iranischen Kapitalismus wiegt seine Abhängigkeit von der Ölrente. Diese setzt einerseits der dortigen Arbeiterbewegung (örtliche) Schranken, andererseits verleiht sie ihr mehr Macht. Die hohe Konzentration der Ölindustrie führt dazu, dass große Kapitalmengen letztlich vom Staat politisch kontrolliert und verteilt werden und dieser selbst einen zunehmend semi-oligarchischen Charakter annimmt. Es gibt im Iran neben der Ölindustrie kaum große Fabriken oder Industrieanlagen mit jeweils mehr als ein paarhundert Beschäftigten. Die daraus resultierende Fragmentierung der Arbeiterklasse wird noch verstärkt durch die politische Unterdrückung jedweder nichtstaatlichen Organisation, ob auf politischer oder wirtschaftlicher Ebene. In einer Rentenökonomie ist die Trennschärfe dieser beiden Ebenen jedoch ohnehin gering, so dass nahezu alle Aktivitäten, die zunächst spezifisch wirtschaftspolitische Themen zum Gegenstand haben, schnell zu einer politischen Auseinandersetzung geraten. Demnach begreift auch das Regime alle Proteste als politisch und reagiert entsprechend. Eben weil die iranische Wirtschaft auf der Ölrente basiert, haben die dort Beschäftigten ein deutlich über ihre numerische Stärke hinausgehendes Macht- und Wirkungspotential. Dies haben bereits 1979 die letzten Monate der damaligen Revolution gezeigt und daher hat das iranische Regime viel daran gesetzt, die Ölindustriearbeiter durch allerlei Maßnahmen ruhig zu stellen.

Es ist schwer, sich einen Überblick über die heutige Linke im Iran zu verschaffen, da die jahrzehntelangen Repressionen so viele führende Aktivisten und Intellektuelle in den Untergrund, ins Gefängnis oder ins Exil getrieben haben. Gibt es im Iran aktive Gruppen oder Netzwerke, die wir im Auge behalten sollten?

Die Kommunistische Partei des Irans (CPI) (nicht zu verwechseln mit der nicht mehr existierenden stalinistischen Tudeh-Partei) war und ist über ihre kurdische Organisation (Komala-CPI) ganz maßgeblich, wenn es darum geht, die Arbeiter*innen zu organisieren und ihnen Unterstützung und eine Orientierung zu verschaffen. Die meisten anderen linken Organisationen spielen in der iranischen politischen Szene aufgrund der enormen Schwächung ihrer Organisationen durch das Regime und infolge endloser interner ideologischer Streitigkeiten kaum mehr eine Rolle. Das geht so weit, dass viele iranische Linke noch immer in den Dritte-Welt-Schemata des letzten Jahrhunderts verharren und über einen sterilen antiimperialistischen Nationalismus nie hinausgekommen sind. Dies erschwert es ihnen, eine klare politische Strategie gegenüber einem Regime zu entwickeln, das formal in einem fortwährenden Konflikt mit den USA steht. Auch in dieser Hinsicht bietet die kurdische Linke in Ostkurdistan ein bemerkenswertes Beispiel für eine marxistische linke Bewegung, die sich nie hinter einer zwanghaften Dichotomie zwischen Imperialismus und Antiimperialismus verschanzt hat, sondern von Anbeginn den Semifaschismus der Islamischen Republik entschieden bekämpft hat, ohne dabei ihre antiimperialistische Position zu verwässern.¹

Die gegenwärtige Welle der Arbeiterproteste fällt in eine Zeit, die von einer akuten Krise für die breite Mehrheit der iranischen Bevölkerung geprägt ist. Wem geben die Volksmassen die Schuld für die Krise?

Wie bereits erwähnt, sehen die meisten wegen der rentenbasierten Wirtschaftsstruktur des Irans den Staat als direkt verantwortlich für ihre materielle und ökonomische Misere an. Verstärkt wurde diese Sichtweise durch die weithin bekannt gewordenen zahllosen Korruptionsskandale auf höchster Staatsebene, in die oft auch die Kinder von sehr hohen Beamten involviert sind. Der im politischen Diskurs des Landes mittlerweile gebräuchliche Begriff der „Bonzenkinder“ verweist auf diese strukturelle und systematische Korruption im Staat. Allerdings verhindert das Fehlen einer starken, landesweiten demokratischen und linken Bewe-

gung im Iran, dass diese tiefe soziale Unzufriedenheit unter den iranischen Volksmassen auf eine politische Ebene umschlägt. Und das Regime verfolgt eine systematische Politik des Bangemachens und malt den Menschen das Szenario syrischer Verhältnisse im Iran vor Augen, falls die Islamische Republik geschwächt oder infrage gestellt wird. Die bittere Ironie dabei liegt in der Schlüsselrolle, die ebendiese Islamische Republik bei der Entstehung der katastrophalen Verhältnisse in Syrien gespielt hat.

Gibt es in der Bevölkerung eine klare Trennung nach Klassen- oder ethnischer Zugehörigkeit zwischen denen, die Rohani oder das Regime dafür verantwortlich machen, und denen, deren Zorn sich zuvörderst gegen die USA und deren Aufkündigung des Atomabkommens sowie des von ihnen betriebenen „Wirtschaftsterrors“ (wie Rohani es nennt) richtet?

Anhand meines zugegebenermaßen begrenzten Überblicks über die iranischen Medien kann ich sagen, dass eine wachsende Zahl von Menschen die Regierung für die aktuelle Krise verantwortlich macht. Einer der Slogans bei den Straßenprotesten im vergangenen Winter war: „Verlasst Syrien, kümmert euch um uns!“ Mit anderen Worten, die Menschen glauben, dass die Regierung über Geld und Ressourcen verfügt, um massiv in Syrien und anderswo in der Region zu investieren, es aber nicht schafft, die bittere Armut zu beseitigen, in der sich eine wachsende Mehrheit der Iraner*innen befindet.

Wie sollten sich Linke im Ausland gegenwärtig gegenüber der Islamischen Republik verhalten? Was können wir tun, um sinnvolle Solidarität mit der Arbeiterklasse und den unterdrückten Minderheiten zu zeigen, die mit einem Staat kämpfen, der glaubwürdig darauf verweisen kann, vielleicht jetzt mehr denn je im Fadenkreuz des US-Imperialismus zu stehen?

Die internationale Linke muss die Arbeiterklasse und die unterdrückten Minderheiten im Iran ausdrücklich unterstützen und gleichzeitig eine direkte ausländische Intervention im Iran ablehnen. Sie muss die linksdemokratische Opposition einbeziehen und das iranische Regime unter Druck setzen, die grundlegenden Missstände der iranischen Arbeiter und Werktätigen zu beseitigen, wobei am wichtigsten ist, dass freie, nicht staatlich dominierte Gewerkschaften und Organisationen entstehen können.

Das Versäumnis der internationalen Linken, ausdrück-

liche und wirksame Solidarität mit iranischen Arbeiter*innen und Minderheiten zu üben, aus Angst, den USA indirekt und unabsichtlich dabei zu helfen, ihre offensichtliche Agenda eines Regimewechsels zu verfolgen, kann nur dazu führen, dass noch mehr Menschen auf einen vom Ausland betriebenen Regimewechsel setzen, da sie keine Möglichkeit für einen erfolgreichen Widerstand gegen das Regime im Lande selbst sehen.

So wie die iranische Linke über eine rein antiimperialistische Agenda hinaus denken und handeln muss, muss auch die internationale Linke erkennen, dass die Gegnerschaft der Islamischen Republik zu den USA und dem Westen das Regime nicht freispricht von den schrecklichen Verbrechen, die es gegen das iranische Volk begangen hat. Ebenso wenig von der unsäglich brutalen und repressiven neoliberalen Politik, die es gegenüber den Volksmassen betreibt, oder von der quasikolonialen Gewaltherrschaft gegenüber den marginalisierten Völkern im Iran. Wenn iranische Arbeiter und Menschen das Gefühl haben, von linken und demokratischen Kräften im Westen unterstützt zu werden, werden sie ermutigt, im Zuge ihres eigenen kollektiven Kampfes für radikale Demokratie und soziale Gerechtigkeit ihre eigenen Organisationen und Führungsstrukturen aufzubauen, was der effektivste Weg ist, die imperialistische Intervention zu konterkarieren.

■ **Kamran Matin** ist Dozent für internationale Entwicklung an der University of Sussex. Er ist spezialisiert auf Marxismus, politischen Islam, iranische und kurdische Studien, Nahost- und Afrikageschichte und historische Soziologie.

■ *Übersetzung: MiWe*

1 Diese Sichtweise des Interviewpartners ist an dieser Stelle subjektiv. Außer der genannten Organisation existiert bspw. die *Komalah – Revolutionäre Organisation der Werktätigen Kurdistan-Iran*, eine marxistisch-leninistische Gruppierung, die neben der DPK-I die größte unter der politischen kurdischen Bewegung im Iran ist. Weitere Organisationen sind die (vom inzwischen verstorbenen Mansoor Hekmat gegründete) Arbeiterkommunistische Partei des Iran und deren diversen Spaltprodukte.

Zusätzlich zu den seit der Revolution existierenden Gruppierungen gibt es heute im Iran eine Reihe von halb legal, halb illegal aktiven Organisationen, z. B. die Gewerkschaftsorganisation der Beschäftigten der Teheraner Verkehrsbetriebe, Vahed, oder die als Gewerkschaften operierenden Beschäftigtenorganisationen etwa von Haft Tapeh oder der metallverarbeitenden Industrie in der Stadt Ahwaz oder auch die landesweite Lehrgewerkschaft.

WEDER GUAIDÓ NOCH MADURO

Das Maduro-Regime hat die Lohnabhängigen, Armen und Bäuer*innen in Venezuela in die Sackgasse geführt. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation ist katastrophal: galoppierende Hyperinflation, teilweiser Zusammenbruch der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern, massenhafte Auswanderung.

■ Christian Zeller

Das Grundproblem ist, dass weder Chávez noch sein Nachfolger Maduro es geschafft haben, eine Alternative zur ölbasierten Rentenökonomie zu entwickeln. Das Chávez-Regime vermochte weder die Landwirtschaft voranzubringen, noch eine eigenständige industrielle Basis mit entsprechenden Innovationssystemen aufzubauen. Das wäre nur möglich gewesen, wenn sich das Regime wirklich auf die Armen und die Lohnabhängigen gestützt, sie in ihren Bestrebungen zur Selbstorganisation unterstützt und die Konfrontation mit den alten Eliten gewagt hätte. Stattdessen brachte der Chavismus eine neue Bourgeoisie hervor, die sich ebenfalls auf die Extraktion des Öls stützt. Der verstaatlichte Ölkonzern PdVSA ist die Schlüsselinstitution zur Verteilung der Ölrente. Diese neue Bourgeoisie verteidigt nun ihre Macht gegen die alte Bourgeoisie, die von den USA unterstützt wird und wieder an die Macht und die Früchte der Erdölextraktion kommen will.

Die Organisation Marea Socialista, die früher das Projekt von Chávez kritisch unterstützte, stellt heute fest: „Das Volk will Maduro nicht und niemand hat Guaidó gewählt.“¹ Weder das Maduro-Regime mit der fragwürdig gewählten „verfassungsgebenden Versammlung“ und dem ebenso fragwürdig gewählten Präsidenten, noch die rechte Opposition mit ihrem Putsch und dem sich selbst zum Präsidenten ernannt habenden Juan Gerardo Guaidó genießen wirklich demokratische Legitimität.

Entgegen der weitverbreiteten Ansicht verfolgte das Projekt der bolivarianischen Revolution von Hugo Chávez keine sozialistische Perspektive. Das Vorhaben, den auf die Erdölextraktion gestützten Reichtum anders zu verteilen und die Gesellschaft zu modernisieren, ist gescheitert. Das Maduro-Regime stützt sich auf die Armee, deren Führung es mit umfassenden Privilegien ausstattet. Ob das reicht, um die Macht zu verteidigen, wird sich weisen.

Tragisch ist, dass keine wirklich unabhängige Bewegung der Arbeitenden und Armen entstanden ist. Die Lohnabhängigen, Bäuer*innen und Armen verfügen nicht über eine eigenständige politische Vertretung. Die neue Staatsbürokratie und die mit dem Staatskonzern PdVSA verbundene Bourgeoisie unterdrücken eigenständige Organisationsversuche. Das (staats-)kapitalistische Maduro-Regime hat seine Verbündeten bei den autoritären Regimes in Russland, China, der Türkei und im Iran gefunden, mit denen es Öl- und Rüstungsgeschäfte tätigt. Das Regime ist gegenüber China und Russland hoch verschuldet. Diese Mächte lassen sich die Schulden mit günstigen Öllieferungen begleichen. Die putschende konservative und reaktionäre Opposition will sich vom Reaktionär Trump und vom Faschisten Bolsonaro an die Macht tragen lassen. US-amerikanische Konzerne wollen ihrerseits einen direkteren Zugang zum Reichtum der Natur dieses Landes.

Für alle, die für eine emanzipatorische, demokratische und ökosozialistische Perspektive von unten eintreten, ist das eine wahrhaft schwierige Situation. Wir können uns auf keine Seite stellen, weder auf die Seite des autoritären Regimes, das die Polizei auf die Armen schießen lässt, noch auf die Seite der noch autoritäreren, reaktionären Opposition, die das Land den US-Interessen ausliefern will.

Das heißt: Weder Maduro noch Guaidó werden die Situation der Menschen verbessern. Nur durch die demokratische Selbstorganisation können sich die Armen und die Lohnabhängigen in den Städten und auf dem Land gegen die neue bürokratische, mit dem Staat verbundene Bourgeoisie und die alten Herrschenden, die ihre teilweise verlorene Macht wieder uneingeschränkt durchsetzen

wollen, verteidigen und eine emanzipatorische Perspektive von unten durchsetzen.

Zugleich heißt das, sich den Interventionen der USA und ihrer Partner klar entgegenzustellen. Es gilt unmissverständlich nein zu sagen zu den Bestrebungen der europäischen Regierungen, den reaktionären Putsch von Juan Guaidó anzuerkennen. Die europäischen Regierungen handeln ausgesprochen heuchlerisch und unglaublich. Mit dem türkischen Despoten Erdoğan arbeiten sie gerne zusammen, sie dulden seinen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei und gegen die Menschen in Nordsyrien. Das Königshaus in Saudiarabien bleibt ein wichtiger Verbündeter, trotz seiner unermesslichen Verbrechen an der jemenitischen Bevölkerung. Jetzt unterstützen die europäischen Regierungen einen selbsternannten Putschisten in Venezuela, der angeblich für Demokratie einstehe.

Trotz aller gegenseitigen rhetorischen Aufrüstung werden sich möglicherweise Teile der neuen Bourgeoisie, die sich auf den Ölkonzern PDVSA und die Armee stützen, und Teile der alten Bourgeoisie, die zusammen mit den USA ihre Erträge aus der Ölrente wieder vergrößern möchten, auf irgendeinen Kompromiss einigen. Das wird allerdings die Lage der Armen in den Städten und auf dem Land kaum verbessern.

Unterstützen wir in Venezuela jene Kräfte, die sich weiterhin für eine demokratische, ökologische und sozialistische Perspektive von unten einsetzen. Diese Kräfte gibt es, beispielsweise die „Plataforma en Defensa de la Constitución“.

26. Januar 2019

Aus: <http://www.aufbruch-salzburg.org/krise-in-venezuela/>

1 Siehe den folgenden Beitrag in diesem Dossier.



DAS VOLK WILL MADURO NICHT, UND NIEMAND HAT GUAIDÓ GEWÄHLT

Marea Socialista

Indem das Volk auf die Straße geht, unter Beteiligung aller sozialen Schichten, und auch in den marginalisierten Vierteln protestiert, zeigt es, dass es die Regierung Maduros nicht mehr unterstützt. Die Leute sind nicht mehr bereit, die Politik zu ertragen, die ihnen Hunger und die Abschaffung der Arbeitsrechte bringt, sowie die tatsächliche Zerstörung des Rechts auf Gesundheitsversorgung, da die Medizin fehlt, die Verschlechterung der öffentlichen Dienste, extreme Korruption und alltägliche Unterdrückung.

Dies erklärt, weshalb so große Teile der Bevölkerung dem Ruf Guaidós – dem selbsterklärten Präsidenten – gefolgt sind, zu mobilisieren und an Protestmärschen teilzunehmen. Nicht, weil sie bereit sind, einen jeden anzuerkennen, der die Macht an sich reißen will, sondern nur, weil große Teile unseres Volks seit geraumer Zeit genug haben und den Zustand nicht länger aushalten. Das schließt diejenigen ein, die im öffentlichen Dienst arbeiten, schweigen und zu den Demonstrationen der Regierung gehen, um Strafen zu vermeiden, die sie in ihrer Arbeit beeinträchtigen, ihre Rechte bei der Essensverteilung einschränken oder das Recht auf ihre Häuser, die sie über die Misión Vivienda erhalten, gefährden können (Misión Vivienda ist ein von der Regierung Venezuelas eingerichteter Wohnungsbauplan, der Menschen beim Erwerb des Eigenheims unterstützt. [d. Übers.]) Auch aus den Reihen des Chavismus hört man von Ermüdung und großer Verärgerung; nach und nach verliert man die Angst.

Maduro und das Kapital

Die Arbeiter und das Volk haben es nicht geschafft, eine eigene und unabhängige Alternative zu bieten, die ihre

wirklichen Interessen und Ängste widerspiegelt, so dass sie zwischen der Bürokratie und dem Kapital gefangen waren. Das Ergebnis ist, dass sich die Polarisierung zwischen den Politikern einer korrupten Regierung, welche die ganze Macht besitzt, und Abgeordneten von Parteien der großen Unternehmen, welche die Arbeiter ausbeuten, zeigt.

Denn die Arbeitgeber, die die Oppositionsparteien der traditionellen Rechten finanzieren und fördern, profitieren zugleich von der Regierung von Nicolás Maduro, PSUV (Partido Socialista Unido de Venezuela, Vereinigte Sozialistische Partei von Venezuela, [d. Übers.]) und des Militärs und zahlen auch die von ihr aufgelegten kläglichen Gehälter. Und sie haben keinen anderen wirtschaftlichen Vorschlag, als die Krise weiter auf die Menschen abzuwälzen, während sie ihre Gewinne und ihre Unternehmen sichern.

Sie wollen sich mittels der Nationalversammlung selbst als neue Regierung aufstellen und die Kräfte des Volkes zu ihren Gunsten nutzen, denn wir haben keine eigenen starken Organisationen, die den Kampf gegen die schändliche Regierung von Nicolás Maduro führen. Doch die Nationalversammlung und die USA sind nicht diejenigen, die dem venezolanischen Volk Regierungen aufzwingen dürfen. Maduro ebensowenig. Sie alle sind Usurpatoren und beanspruchen die Kontrolle über den Staat, um das Volk zu unterwerfen und auszubeuten.

Weder Guaidó noch Maduro

Unsere Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft sind weitgehend zerstört, korrumpiert oder dem Staatsapparat untergeordnet, und ein anderer Teil hat seine politische Unabhängigkeit zugunsten der Führer der reichen Klasse, die uns ausbeutet, abgetreten. Deshalb endet die autoritäre Regierung Maduros nicht und mündet jetzt vielleicht in die Putschregierung von Guaidó (von der Voluntad Popular, deutsch: Partei des Volkswillens [d. Übers.]), unterstützt von den Vereinigten Staaten, die für ihre eigenen Interessen eintreten, welche im Gegensatz zur venezolanischen Nation stehen.

Wir laufen jetzt Gefahr, dass die Konfrontation zwischen zwei parallelen Regierungen, die beide illegitim sind, wobei eine von ihnen von den Vereinigten Staaten unterstützt wird, zu einem Bürgerkrieg oder direkteren Formen der imperialistischen Intervention der Regierung Trump führen könnte. Wir müssen auch davor warnen, dass die Regierung der Bürokratie bei jedem Versuch der Rechten die Gelegenheit nutzt, eine Welle der Unterdrückung

auszulösen, um das Volk weiter zu unterwerfen und alle Proteste zum Schweigen zu bringen.

Eigene Agenda des Volks und der Arbeiterklasse

Angesichts all dessen fordert Marea Socialista, dass wir weiterhin gegen die repressive Regierung mobilisieren und protestieren, aber das Volk und die Arbeiterklasse müssen sich mit einer eigenen Agenda und nicht hinter den rechten Parlamentariern oder der PSUV-Bürokratie bewegen, noch können wir Auflagen von außen akzeptieren.

Marea Socialista appelliert an alle von uns, die die Notwendigkeit verstehen, eine eigene Kampforganisation aufzubauen, eine neue politische Basis für unsere Klasse und die verschiedenen Sektoren des leidenden Volkes zu schaffen, die unsere eigenen Interessen und Rechte durchsetzen kann.

- Referendum, das das Volk zur Relegitimierung aller Befugnisse konsultiert (Art. 71 der Bolivarischen Verfassung).
- Erneuerung der Nationalen Wahlrats (CNE), damit er seine Unabhängigkeit wiedererlangt und zu allgemeinen Wahlen aufruft.
- Für einen Nothilfeplan zugunsten der Arbeiter und der Menschen, um die Krise zu bewältigen, Löhne wiederzuerhalten und Zugang zu Nahrung zu haben.
- Nein zur Aufgabe der Souveränität.
- Nein zum Interventionismus und zur Einmischung durch die USA und die Lima-Gruppe.
- Lasst uns weiter für unsere Lebensbedingungen kämpfen: Gehälter, Arbeitsrechte, öffentliche Dienstleistungen, demokratische Rechte.
- Weder Putsch noch Verhandlungen hinter dem Rücken des Volks.
- Politische Autonomie der Arbeitnehmer und des öffentlichen Sektors.
- Lasst uns nicht mehr den Politikern der herrschenden Bürokratie oder den Politikern der Kapitalisten folgen.
- Weder Bürokratie noch Kapital!
- Sie sollen alle gehen.
- Das mobilisierte Volk soll seine Souveränität ausüben.
- Nein zur Unterdrückung: Freilassung von Gefangenen, Achtung der Menschenrechte.
- Für eine Regierung der Arbeiter und des Volkes, nicht der traditionellen Bourgeoisie oder der »rosaroten«.

Erschienen auf Marea Socialista¹ am 24. Januar 2019.

■ *Übersetzung: K. Billor*

¹ <http://tinyurl.com/y4xvfa8t>

NEIN ZUM PUTSCH IN VENE- ZUELA! FÜR EINE DEMOKRATISCHE LÖSUNG DER KRISE!

Exekutivbüro der IV. Internationale

Die IV. Internationale erklärt sich eindeutig gegen den jüngsten Putschversuch und die imperialistische Einmischung in Venezuela, die vom US-Vizepräsidenten Mike Pence (stellvertretend für den in Lateinamerika völlig diskreditierten Trump) zynisch gesteuert und vorangetrieben wird.

In der Nacht vom 22. Januar wurde ein Video in Umlauf gebracht, durch das ein strategischer Plan ins Rollen kam. Zunächst hat sich der Usurpator Juan Guaidó selbst zum „Präsidenten“ Venezuelas ernannt, wozu er durch keine Abstimmung legitimiert worden wäre. Danach beeilte sich eine Reihe neokonservativer, rechtsextremer und neofaschistischer Präsidenten und Regierungen in Lateinamerika und auf der ganzen Welt, die angebliche neue Regierung „anzuerkennen“. Auch die Organisation amerikanischer Staaten und die Unterzeichnerstaaten der „Lima-Erklärung“ stellten sich sofort hinter die imperialistischen Pläne. Sie erkannten nicht nur Guaidós unrechtmäßige Präsidentschaft an, sondern verhängten gegenüber Venezuela eine Blockade. Das erhöhte die Erfolgsaussichten aller Versuche, eine Reaktion zu provozieren, die als Vorwand für eine bewaffnete Intervention dienen könnte.

Wir unterstützen nachdrücklich Kampagnen, um diesen Putschversuch und eine imperialistische Intervention zu verurteilen, die gegen die grundlegenden Normen nationaler Souveränität verstoßen. Wir fordern die breitestmögliche, vereinheitlichte, internationalistische und demokratische Mobilisierung gegen den Putsch. Ungeachtet unserer Differenzen mit und unserer Kritik an der Maduro-Regierung und dem Regime, das sie in Venezuela errichtet hat, sehen

wir keine Lösung der Probleme in einem imperialistischen Putsch. Das venezolanische Volk muss frei, unabhängig und demokratisch über seine Zukunft entscheiden können.

Die unbestreitbaren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme Venezuelas können nur demokratisch und ohne Einmischung der Imperialisten gelöst werden. Diese sind völlig unglaubwürdig, wenn sie vorgeben, „Demokratie und Menschenrechte“ zu verteidigen.

Es ist wahr, dass bedeutende Teile der Bevölkerung entnervt durch die sehr ernste wirtschaftliche Lage des Landes und die Schwierigkeiten, Widersprüche und falschen Entscheidungen der Regierung auf die Straße gegangen sind und so den Putsch unterstützten. Die Tragödie ist, dass sie durch ihre Unterordnung unter die nationale Oligarchie und die internationalen, reaktionären und sogar neofaschistischen imperialistischen Kräfte die wirtschaftliche, soziale und menschenrechtliche Situation in Venezuela um keinen Deut verbessern werden.

Derzeit deutet alles darauf hin, dass die Putschisten einen Bürgerkrieg und/oder ein direktes Eingreifen fremder Mächte erzwingen wollen. Das würde die Probleme des Landes nur verschlimmern und zu einer Verschärfung der politischen Offensive der Rechten und extremen Rechten auf dem amerikanischen Kontinent und auf der ganzen Welt führen.

Ein bewaffneter Konflikt wäre verheerend für die Region und würde die Tür zu einem neuen Kreuzzug zur Kontrolle der Ölressourcen des Landes durch die großen internationalen Oligopole öffnen. Die Katastrophe, die die Besetzung des Iraks durch die Vereinigten Staaten verursachte, gibt einen Eindruck davon, was in Venezuela und in der gesamten Region passieren könnte, wenn die am Putsch Beteiligten ihren Kurs nicht ändern.

Wir rufen alle revolutionären, fortschrittlichen und demokratischen Kräfte auf, gegen diese jüngste imperialistische Einmischung zu mobilisieren und die Souveränität des venezolanischen Volkes zu verteidigen, ihre politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme demokratisch und friedlich zu lösen, frei von wirtschaftlicher Sabotage und ohne die Drohung mit einer bewaffneten Intervention, durch Respektieren des Mehrheitswillens, wie er an der Wahlurne ausgedrückt wird.

- Nein zum Putsch in Venezuela!
- Für eine antiimperialistische und unabhängige Lösung der venezolanischen Krise!

24. Januar 2019



Gegen den Kopftuchzwang

Immer mehr Iranerinnen trauen sich, dem behördlichen Druck zu widerstehen und den seit der Islamischen Revolution von 1979 obligaten Schleier abzulegen.

■ Leila Rezaie

Schon in den letzten vierzig Jahren gab es etliche Frauen, die zu Hause keinen Hidschab trugen. Aber es dauerte lange, bis sie den Sittenwächtern die Stirn bieten und dies auch in der Öffentlichkeit tun konnten. Am Anfang standen kleine Gesten, bspw. in den städtischen U-Bahn-Wagons, die für Frauen reserviert sind, oder im Fremdsprachenunterricht das Kopftuch abzulegen.

Fatemeh gehört zu denen, die vor ein paar Jahren beschlossen haben, kein Kopftuch – egal wo – mehr zu tragen. „Vor fünf Jahren habe ich beschlossen, mein Kopftuch im Französischunterricht wegzulassen. Davor hatte ich gesehen, wie andere dies taten, aber zunächst habe ich mich noch nicht getraut“, sagt Fatemeh, die in einer strenggläubigen Familie aufgewachsen ist. „Bevor ich zur Uni ging, haben mich meine Eltern sogar gezwungen, einen Tschador (Ganzkörperschleier) zu tragen. Mit der Zeit konnte ich meine Eltern jedoch davon überzeugen, dass ich meine eigene Meinung habe und mich ihre Überzeugungen nichts angehen. Das hat mir Selbstvertrauen gegeben.“

Das Verhältnis zu den Eltern hat trotzdem nicht gelitten. „Im Gegenteil, wir haben sogar inzwischen ein besseres Verhältnis zueinander. Dies liegt wohl daran, dass ich das diktatorische Gebaren meines Vaters verabscheut habe. Mittlerweile besteht ein gegenseitiger Respekt.“

Nicht alle, die gegen die Konventionen verstoßen, haben soviel Glück. Mahsa sagt, dass ihre Eltern, als sie sich nach ihrer Heirat entschieden hatte, ihr Haar nicht vor ihren Freunden und Bekannten zu bedecken, den Kontakt abgebrochen haben und nicht einmal ihre Anrufe entgegengenommen haben. Sie traut sich nicht, ihr Kopftuch auf der Straße wegzulassen, um ihrem Mann und ihren Kinder keinen Ärger zu bereiten. Eine andere junge Frau, Samira, sagt, dass sie mehrmals wegen ihrer „nachlässigen Verschleierung“ aufs Revier gebracht wurde. Ihre Einstellung hat sie trotzdem nicht verändert. „Die Dossiers, die sie über uns anlegen, können nicht schrecken. Jetzt gehe ich mit Begeis-

terung ohne Kopftuch auf die Straße.“ Aber sie hat immer noch für alle Fälle ein Kopftuch in ihrer Tasche.

Die öffentlichen Reaktionen hängen stark davon ab, in welchem Viertel man lebt. „Wenn ich die Enghelab-Straße („Avenue der Revolution“, die Hauptallee im Stadtzentrum) entlang gehe, treffe ich mindestens zwei Menschen, die wie ich ohne Angst mit unbedecktem Haar herumlaufen. Wir lächeln uns an und dieses Lächeln spricht Bände. Dies zeigt, dass eine starke Verbindung zwischen uns Frauen entstanden ist, die sich gegen den Schleierzwang auflehnen.“ An ihrer Universität unterstützen einige ihrer Kommilitoninnen, die den Tschador tragen, Samira und ihre Freundinnen. In ihrer Nachbarschaft im Osten Teherans ist dies jedoch nicht so. Die wütenden Blicke ihrer Nachbarn haben sie ihrer Nachbarschaft entfremdet. Im reichen Norden und im Westen Teherans, wo die gebildete Mittelschicht lebt, leben die Frauen seit gut 10 Jahren deutlich freier, im Süden und Osten jedoch eher nicht.

Seit die Journalistin Masih Alinedschad, die im US-Exil lebt, die Kampagne „Weißer Mittwoch“ initiiert hat, um die Iranerinnen aufzufordern, mittwochs ein weißes Kopftuch zu tragen oder ihren Schleier ganz weg zu lassen und sich dabei zu filmen, um ihren Gesetzesverstoß zu dokumentieren, lassen immer mehr Frauen, zumindest streckenweise, ihr Kopftuch aus. Auch die Zahl der Männer, die sie dabei unterstützen, wächst.

Auch wenn die meisten dieser „Aufsässigen“ um die dreißig sind, gibt es auch ein paar ältere unter ihnen. Mansureh ist ein Beispiel dafür. „Meine Enkelin ist 4 Jahre alt. Ich will nicht, dass sie ihre Jugend unter diesem Zwang verbringt, so wie ich.“ Sie erinnert sich, wie die Frauen nach der Revolution 1979 zunächst auf staatliche Anordnung verpflichtet wurden, sich zu verhüllen, um ihrer Arbeit im Staatsdienst nachzugehen. Proteste der Frauen dagegen blieben wirkungslos und aus der Verpflichtung wurde in der Islamischen Republik ein Gesetz. In ihren Augen dient der Hidschab „dem Regime dazu, die Körper und die Psyche der Frauen zu kontrollieren“.

Aus: *Courrier international* (<https://tinyurl.com/y27nuh6c>)

■ Übersetzung: MiWe